Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt: 22.05.2025

**Protokoll 07**

**Stadtratssitzung**
**Donnerstag, 27.03.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr**
**Rathaus, Grossratssaal**

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser Audioprotokoll auf der Website.

**Inhaltsverzeichnis**


Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr ..... 3
2024.SR.0254 ..... 4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.SR.0212 ..... 6
2 Postulat Mahir Sancar (JA!), Anna Jegher (JA!), Nora Joos (JA!), Paula Zysset (JUSO): Solidarität mit Menschen statt Staaten
2024.SR.0277 ..... 7
3 Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Geiser / Seraphine Iseli, GB): Aufarbeitung der Geschichte von versteckten Kindern von Saisonniers in der Stadt Bern
2024.SR.0286 ..... 11
4 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Timur Akçasayar, SP/Seraphine Iseli, GB/Barbara Nyffeler, SP/Cemal Özçelik, SP): Wie wird die Reform der Stadtteilpartizipation angegangen?
2013.FPI.000050 ..... 18
5 Informatik Stadt Bern: Zweites Rechenzentrum; Erneuerung des Housing-Vertrags; Verpflichtungskredit
2024.SR.0213 ..... 20
6 Interpellation Michael Ruefer (GFL), Mirjam Roder (GFL), Raffael Joggi (AL): Gaswerkareal: Hat der Gaskessel neben verlängertem Schulhausprovisorium und dem verdichteten Areal eine Zukunft?
2024.SR.0309 ..... 26
7 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen
Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr. ..... 31
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr ..... 32
2024.SR.0309 ..... 33
7 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen
2024.SR.0174 ..... 35
8 Motion Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern!

2024.SR.0173 ..... 43
9 Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für den Mittelstand – es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie
2024.SR.0282 ..... 44
10 Motion Thomas Hofstetter/Simone Richner (FDP): GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels
2024.SR.0147 ..... 46
11 Interfraktionelles Postulat GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung
2024.SR.0146 ..... 52
12 Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer/Bettina Jans-Troxler, EVP): Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen
2024.SR.0111 ..... 52
13 Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!
2025.SUE.0002 ..... 61
15 Tierpark Bern; Gesamterneuerungswahl der Tierparkkommission
Verschoben und eingereicht ..... 62
Schluss der Sitzung: 22.24 Uhr. ..... 63

**Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr**

*Stadtrat anwesend*

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

*Stadtrat entschuldigt*

Nadine Aebischer
Nik Eugster
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Thomas Hofstetter
Anna Leissing
Dominic Nellen
Sarah Rubin
Irina Straubhaar

**2024.SR.0254**

## 1 Begrüssung und Mitteilungen

**Präsident**: Liebe Anwesende, es ist Zeit, die heutige Sitzung zu starten. Ich bitte euch, jetzt Platz zu nehmen und den Geräuschpegel herunterzufahren. Liebe Anwesende, ihr hört es, ich spreche Hochdeutsch. Wir haben im Parlament zwei Personen, für die es schwierig ist, einer Debatte auf Dialekt zu folgen. Entsprechend kam die Frage auf, ob es möglich wäre, dass wir in diesem Rat künftig Hochdeutsch sprechen könnten. Die Fraktionspräsidienkonferenz hat sich an ihrer letzten Sitzung mit dem Thema befasst, fasste aber keinen Beschluss. In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass es Personen gibt, die besser Dialekt verstehen als Hochdeutsch. Die Fraktionspräsidienkonferenz hat sich darauf verständigt, dass künftig alle in der Sprache sprechen, die für sie die richtige ist, gemeint sind natürlich Dialekt oder Hochdeutsch. Für mich persönlich heisst dies, dass ich die Sitzungen künftig grossmehrheitlich auf Hochdeutsch leiten werde.
Wir kommen nun zum Start dieser Sitzung zu einem sehr ernsten und traurigen Thema. In der Schweiz wurde 2024 alle 2 Wochen eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Jede Woche überlebt eine Frau einen solchen, versuchten Femizid. Im Jahr 2025 verzeichnet man einen starken Anstieg dieser schrecklichen Taten. In diesem Jahr gab es bereits 9 Femizide mit 11 Opfern, den letzten vor 5 Tagen. Um solche schrecklichen Taten zu verhindern, sind wir alle gefordert, als Gesellschaft, aber auch als Individuen. Solche Taten machen uns fassungs- und oftmals auch sprachlos. Ich bitte euch, euch nun für eine Schweigeminute zu erheben, eine Schweigeminute für alle Opfer von Femiziden, ihre Angehörigen, Freunde und Weggefährt*innen. Wir halten diese Schweigeminute für die 44-jährige Frau, welche am 25. Januar 2025 in der Stadt Bern getötet wurde, stellvertretend für alle Opfer.
*Alle erheben sich für eine Schweigeminute.*
Ganz wichtig: Für Betroffene oder Angehörige von Betroffenen bietet die Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern Hilfe an. Das Frauenhaus Bern ist rund um die Uhr über die Telefonnummer 031 533 03 03 zu erreichen.
Ich gebe euch die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Nik Eugster, FDP, Georg Häsler, FDP, Anna Leissing, Grünes Bündnis, Irina Straubhaar, GLP, Thomas Hofstetter, FDP, Nadine Aebischer, SP, Dominic Nellen, SP. Und für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Bernadette Häfliger, SP.
Ich muss euch leider bereits die ersten 2 Rücktritte aus dem Stadtrat bekanntgeben. Ich werde die beiden Ratsmitglieder in der Reihenfolge verabschieden, in welcher uns die Rücktritte gemeldet wurden. Und ihr kennt es: Ich werde jeweils zuerst das Rücktrittsschreiben verlesen und dann noch einige Worte an das betroffene Mitglied richten. Ich beginne mit dem ersten Rücktrittsschreiben.
"Ich danke meinen Kollegen, die mich eingearbeitet und loyal begleitet haben, stets im Kontakt und Austausch. Liebe Béatrice, Sibyl, Laura und Michelle, weiter so. Nach 9 Monaten ist es mir nicht gelungen, neue Ansätze, Pfade und Wege zu finden. Mit Kafka besprochen: "Was man hinaufgibt, das stürzt hinunter. Was man heruntergibt, darüber stürzt man selbst." Dennoch, die Debatten sind ein Vergnügen, seien sie humorvoll oder gut informiert, trocken oder emotional, kurz oder lang. Es braucht viel Zeit, bis man etwas umsetzen kann. Die Traktandenlisten sind lang, ebenso die Debatten. Etwas kürzer halten und rascher abarbeiten wäre gut. Miteinander im Dialog und Konsens führen zu guten Lösungen. Das kann die Mitte. Markus Zürcher."

Lieber Markus, du hörst so auf, wie ich dich im Rat kennenlernen durfte – ruhig und zurückhaltend. Aber lieber Markus, auch solche Persönlichkeiten braucht es in der Gesellschaft, in der Politik, in einem Parlament. Wir sind auf Personen angewiesen, die lieber im Hintergrund arbeiten, als gross das Rampenlicht zu suchen, die öfter zuhören, als dass sie selber sprechen, die nicht immer nur überzeugen wollen, sondern auch bereit sind, sich von einem anderen Argument überzeugen zu lassen. Lieber Markus, im Namen des Stadtrats danke ich dir herzlich, dass du die letzten Monate bei uns im Rat mitgewirkt hast. Merci und alles Gute für deine persönliche Zukunft.
Ich komme zum zweiten Rücktrittsschreiben.
"Liebe Kolleg*innen, nach über einem Jahr bin ich leider am Punkt angelangt, an dem ich mein Mandat im Stadtrat aufgeben muss. Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit und weiteren Aufgaben im Leben bin ich an die Grenzen meiner Kapazitäten gestossen. Schichtarbeit und dieses politische Amt lassen sich für mich so nicht vereinbaren. Deswegen, und um einem möglichen Ausbrennen vorzubeugen und weiterhin politisch aktiv bleiben zu können, habe ich die Entscheidung getroffen, nicht länger im Stadtrat tätig zu sein. Das bedauere ich, bin aber der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung ist. Ich möchte mich bei euch allen für die wertvollen Diskussionen, die lehrreichen Erfahrungen und den Austausch bedanken. Ich wünsche euch allen eine spannende Zeit und freue mich auf ein Wiedersehen. Muriel Graf."
Liebe Muriel, ich habe nachgeschaut, wie oft du in deiner Zeit im Stadtrat am Redner*innenpult warst; genau dreimal. Gesprochen hast du zum Vorstoss "Text me when you get home", der sich mit der Thematik der Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum befasste, zur Überwindung des Kapitalismus und zur Forderung, dass an städtischen Anlässen künftig nur noch fleischlose Verpflegung erlaubt sein soll. Sicherheit für Frauen, Überwindung des Kapitalismus und vegane Ernährung – eine Person, die dich schon viel länger kennt als ich, meinte hierzu, ich zitiere: "Das fasst Muriel eigentlich recht gut zusammen." Liebe Muriel, du trittst zurück, weil du sehr hohe Ansprüche an dich selbst hast und merkst, dass du an die Kapazitätsgrenzen stösst. Für diese persönliche Entscheidung gebührt dir Respekt und es ist richtig und wichtig, ziehst du Konsequenzen, bevor es dir zu viel wird. Ich erlaube mir aber, dies zum Anlass zu nehmen für eine allgemeine Bemerkung. Ich weiss, dass immer wieder Ratsmitglieder an ihre Belastungsgrenzen stossen. Und meine langjährige, jedoch stark subjektive Wahrnehmung stellt fest, dass das allen voran neue Ratsmitglieder sind und überdurchschnittlich oft jüngere Frauen, die diese Erfahrung machen. Entsprechend möchte ich hier eine Sache anmerken. Es spricht für euch alle hier im Rat, dass ihr das Amt und die damit verbundene Verantwortung bestmöglich aus- und erfüllen wollt. Es spricht für alle von euch, dass ihr bereit seid, einen sehr hohen Einsatz, viel Zeit und Energie in dieses Amt zu investieren. Und ich weiss, dass dies nun vielleicht für einige Leute komisch klingen mag. Aber in meinen 8 Jahren hier im Rat habe ich persönlich gelernt: Es muss nicht immer alles mega perfekt sein. Manchmal genügt es, seine Sache einfach nur sehr gut zu machen. Das ist das, was ich im Januar in meiner Antrittsrede meinte. Habt auch Respekt vor euch selbst und euren eigenen Grenzen, sprecht offen an, wenn es euch auch mal zu viel wird, enttabuisiert das Thema der mentalen Gesundheit und seid ehrlich, wenn man euch fragt, wie es euch geht. Liebe Muriel, für dich persönlich kommen diese Worte nun zu spät. Du hast entschieden, den Rat zu verlassen, und wie bereits gesagt, habe ich grossen Respekt für diesen Entscheid. Auch dir danke ich ganz herzlich für deine Zeit im Rat und wünsche auch dir für deine Zukunft nur das Beste. Merci vielmals.
So, und jetzt zum Schluss eine erfreuliche Mitteilung, damit wir noch etwas Positives haben. Wir dürfen Mirjam Roder zum erfolgreichen Abschluss des Master of Arts in

Politikwissenschaften an der Uni Bern gratulieren. In ihrer Masterarbeit nahm sie die politischen Entscheidungen des Berner Stadtrats unter die Lupe und untersuchte sie auf die Frage, inwiefern die Frauenmehrheit sich auf die Entscheidungen im Rat auswirkt. Herzlichen Glückwunsch, liebe Mirjam.
Zum Schluss noch die Standardmitteilungen: Denkt daran, ihr habt per E-Mail den Hinweis erhalten für einen Workshop in Medien- und Auftrittskompetenz. Die Anmeldefrist läuft noch bis 31. März, das ist Montag, falls ihr es noch nicht gemacht habt. Vergesst nicht zu badgen. Und das Einreichen der Vorstösse ist wie immer: Dringliche Vorstösse bis 21 Uhr, nicht dringliche Vorstösse bis 21.30 Uhr. Die Mitteilungen waren heute etwas länger als sonst, aber wir haben auch nicht an jeder Sitzung 2 Rücktritte zu verkünden.
Wir kommen somit zu den Traktanden der heutigen Sitzung und starten mit Traktandum Nummer 2, Postulat Mahir Sancar, Anna Jegher, Nora Joos, Paula Zysset – "Solidarität mit Menschen statt Staaten". Ich frage in den Raum: Ist dieses Postulat bestritten? Dieses Postulat ist nicht bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort für eine kurze Erklärung. Eine Minute. Wem darf ich das Wort geben? Ronja Rennenkampff.

**2024.SR.0212**

## 2 Postulat Mahir Sancar (JA!), Anna Jegher (JA!), Nora Joos (JA!), Paula Zysset (JUSO): Solidarität mit Menschen statt Staaten

**Ronja Rennenkampff (JA)** für die Einreichenden: Ich bedanke mich natürlich, dass das Postulat unbestritten ist. Das freut uns sehr. Danke auch, Tom, für deine Worte. Betreffend Mental Loads – wir hatten alle nicht viel Zeit, dieses Votum vorzubereiten. Und ich bin jetzt auch noch ein bisschen durch den Wind. Aber ich werde euch kurz etwas dazu sagen. Ich glaube, es gilt, einen Grundsatz immer einzuhalten. Städtische Solidaritätsbekundungen müssen frei von rassistischen Mustern sein. Das heisst, Solidaritätsbekundungen sind nicht überdurchschnittlich bei betroffenen, weissen Menschen abzuhalten. Konflikte im globalen Norden sind gleich zu werten wie Konflikte im globalen Süden. Präsenz zeigen in einem geografisch und kulturell nahen Konflikt legitimiert nicht das Schweigen angesichts eines sich fern anfühlenden Kriegs. Um dieser Willkürlichkeit vorzubeugen, fordern wir, dass die Stadtverwaltung ihr eigenes Handeln reflektiert, Grundsätze formuliert, die bei Solidaritätsbekundungen einzuhalten sind, und sich vertieft mit dem Thema auseinandersetzt. Zum Beispiel beim Hissen von Nationalflaggen. Es ist ein sehr einfaches Mittel, darauf zu verzichten und weniger willkürlich zu sein bei Solidaritätsbekundungen. Danke.

**Präsident**: Vielen Dank, Ronja. Wir haben somit das Postulat überwiesen. Das heisst aber, dass wir jetzt darüber abstimmen, ob ihr die Antwort des Gemeinderates als Prüfungsbericht annehmt oder nicht. Wenn ihr die Antwort annehmt, drückt ihr Grün, wenn ihr sie ablehnt, drückt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 005

| 2024.SR.0212: Prüfbericht | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 18 |

| | |
|---|---|
| Enthalten | 2 |

**Präsident**: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

**2024.SR.0277**

## 3 Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Geiser / Seraphine Iseli, GB): Aufarbeitung der Geschichte von versteckten Kindern von Saisonniers in der Stadt Bern

**Präsident**: Wir sind somit bereits bei Traktandum Nummer 3, einer Richtlinienmotion "Aufarbeitung der Geschichte von versteckten Kindern von Saisonniers in der Stadt Bern". Ich frage auch hier, ist dieses Geschäft bestritten? – Nicht bestritten? – Wie lautet die Antwort? – Nicht bestritten? – Ihr müsst euch entscheiden. Wenn ich frage, ob es bestritten ist, bitte einfach eine Hand hoch, dann ist es bestritten. Aber andere Handzeichen sind schwierig zu deuten. Okay, der Vorstoss ist bestritten. Wir treten somit ein in die Debatte und ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Franziska Geiser.

**Franziska Geiser (GB)** für die Einreichenden: Das Saisonnierstatut, das 1931 eingeführt und erst Anfang des neuen Jahrtausends aufgehoben wurde, ist aus vielen Gründen problematisch. Die Motion fokussiert aber auf ein spezifisches Problem. Viele Familien wurden wegen der Regelungen im Saisonniers- und Jahresaufenthaltsstatuts auseinandergerissen, illegalisiert und traumatisiert. Die Idee dieses Statuts war, dass die Schweiz die dringend gesuchten Arbeitskräfte im Ausland findet, dass die Arbeiter*innen sich aber nicht in der Schweiz niederlassen, sondern wieder gehen, wenn die Arbeit getan ist. Deshalb sollte mit dem Saisonnierstatut verhindert werden, dass sich die Arbeiter*innen in der Schweiz ein gutes Leben aufbauen können. Der Familiennachzug beispielsweise war stark erschwert. Um eine Niederbelassungsbewilligung konnten die Betroffenen erst nach 10 Jahren ersuchen. Später wurden dann die Fristen etwas angepasst. Das Saisonnierstatut führte dazu, dass Familien auseinandergerissen wurden, Kinder mussten zurückgelassen werden oder sie lebten als sogenannte Schrankkinder in Wohnungen versteckt, konnten nicht zur Schule gehen, nicht draussen spielen, kein Leben als Kinder führen. In den letzten Jahren haben sich ähnlich wie beim Thema der fürsorglichen Zwangsmassnahmen Betroffene, Angehörige und solidarische Menschen zusammengefunden. Sie haben sich zum Verein Tesoro zusammengeschlossen und fordern eine offizielle Anerkennung des Leids und die Entschuldigung der Schweizer Behörden, eine historische Aufarbeitung der Illegalisierung von Familien mit Statut A und B, eine angemessene finanzielle Entschädigung für das entstandene Leid. Der Verein Tesoro kritisiert zu Recht, dass die bisherige Aufarbeitung stark auf das Thema versteckte Kinder aus Italien fokussiert. Tesoro fordert ein breiteres Verständnis der Thematik. Nicht nur Menschen aus Italien sind betroffen. Und auch nicht nur Kinder sind betroffen, sondern ihre Eltern, ihre Grosseltern. Ganze Familienstrukturen wurden beschädigt. Unsere Motion fordert im Grundsatz, dass die Stadt Bern Hand bietet für die Aufarbeitung dieses Teils der Schweizer Geschichte, der darin bestand, Arbeitskräfte aus anderen Staaten anzuwerben und gleichzeitig ihre Familien zu illegalisieren und auseinanderzureissen. Die Stadt Bern soll den Diskurs zum Thema "Folgen des Sessionierstatuts" aktiv fördern. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, er könne keine eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen durchführen. Das

kann ich noch relativ gut nachvollziehen. Er schlägt aber zwei Massnahmen vor, wie die Aufarbeitung erleichtert werden kann. Der Gemeinderat schlägt vor, die sogenannte Ausländerkartei der Einwohnerdienste ins Stadtarchiv zu überführen und vollständig zu digitalisieren. So soll für betroffene Familien, aber auch für die Forschung ein einfacherer Zugang zu den Informationen über einzelne Saisonniers und deren Familien geschaffen werden. Zu einer Aufarbeitung gehört auch die Bekanntmachung des Themas. Es braucht neben der historischen Aufarbeitung eine breite öffentliche Auseinandersetzung. Der Gemeinderat schlägt diesbezüglich vor, dass er öffentlich per Medienmitteilung in einer Spezialausgabe der Publikationsreihe "Timeline" bekannt macht, dass diese sogenannte Ausländerkartei für Betroffene und Forschende digitalisiert wird und auf Anfrage zur Einsichtnahme zur Verfügung steht. Es muss sicher noch mehr geschehen als das, um das Unrecht, das den Familien, die vom schweizerischen Saisonierstatut betroffen waren, wieder gutzumachen. Das wird sicher ein langer und auch ein langwieriger und langsamer Prozess sein. Was der Gemeinderat vorschlägt, ist aber schon einmal ein Anfang, und wir bitten euch deshalb, die Motion erheblich zu erklären.

**Präsident**: Danke, Franziska. Somit könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

**Corina Liebi (JGLP)** für die Fraktion: Ich halte mich kurz. Die Grünliberalen werden die Motion ablehnen; nicht, weil wir inhaltlich gegen die Aufarbeitung dieser Geschichte sind. Im Gegenteil: Wir erachten diese als sehr wichtig. Es ist aber einfach nicht die Aufgabe der Stadt, diese Geschichte aufzuarbeiten und selbst zu finanzieren. Es gibt verschiedene Stiftungen. Ich bin selbst Historikerin. Ich weiss, wovon ich spreche. Es gibt verschiedene Stiftungen, die solche Forschungsprojekte, wenn es interessierte Forschende gibt, unterstützen würden, unterstützen können. Und deshalb sehen wir es nicht als städtische Aufgabe, das dann auch selbst zu finanzieren. Grundsätzlich habe ich nichts dagegen, wenn die Ausländerkartei ins Stadtarchiv überführt wird, auch eine Digitalisierung würde in Ordnung gehen. Aber auf die zugehörige Ausstellung und die weiteren Ausgaben kann man problemlos verzichten. Vielen Dank.

**Präsident**: Merci, Corina. Für die Fraktion SP-JUSO, Dominique Hodel.

**Dominique Hodel (SP)** für die Fraktion: "Daran sollten wir uns erinnern. Die Geschichte unseres glücklichen Landes ist voll von Geschichten unglücklicher Kinder. Diese verbotenen Kinder waren Opfer des Wohlstands, den wir durch die Arbeit anderer erwarben, deren Muskelkraft uns willkommen war, deren seelische Kraft oder Schwäche uns hingegen nicht kümmerte. Wollte ein Mann aus dem Süden ein kleines Stück Glück schon jetzt und nicht erst im Alter, und holte seine Frau und Kinder zu sich, sah das hiesige Regelwerk dies nicht vor, denn unsere Papiere und Formulare kannten die Sprache des Herzens nicht." Ein Ausschnitt aus "Feindesland" von Franz Hohler.
Lieber Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätin, liebe Kolleg*innen, heute stehen wir hier, um den stillen Stimmen der Vergangenheit Gehör zu verschaffen. Die Geschichte der versteckten Kinder von Saisonniers in der Stadt Bern ist ein Kapitel, das lange im Schatten lag. Doch es ist an der Zeit, dass wir uns dieser Thematik stellen und die betroffenen Familien von Kindern in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken. Es ist eine Thematik, die auch aufgearbeitet werden muss. Die SP-JUSO-Fraktion möchte sich bei allen Beteiligten für das Erarbeiten und Einreichen dieser wichtigen Motion bedanken. Von 1931 bis 1991 für Personen aus anderen Kontinenten und bis 2002 für Personen aus der EU waren viele Menschen aus dem Ausland in der Schweiz

als Saisonniers tätig, lange unter einem Regime, das die Menschenrechte und die Würde der Familien missachtete. Letzten Herbst wurde im nationalen Parlament diskutiert, ob das Recht auf Familienzusammenführung von Kriegsflüchtlingen zukünftig in der Schweiz abgeschafft werden soll. Genauso wird im nationalen Parlament immer wieder die Diskussion darüber geführt wird, ob das Saisonniers-Statut wieder eingeführt werden soll, und wie gut dieses war. Wir, die SP-JUSO-Fraktion, finden solche Diskussionen absolut unmenschlich. Gehen wir noch einmal kurz zurück in die Vergangenheit. Die Eltern von Egidio Stigliano verliessen 1961 seine Heimat, um in der Schweiz als Saisonniers zu arbeiten. 4 Jahre später holten seine Eltern ihn in die Schweiz. Doch ihm erging es wie tausenden anderer Saisonniers-Kinder in der Schweiz. Da sich Egidio nicht lange ruhig verhalten konnte, versteckte er sich tagsüber alleine im nahegelegenen Wald. Als er sich bei einem Sturz den Arm brach, durfte er nicht ins Spital, aus Angst, die Familie könnte ausgewiesen werden. Ein Dorfarzt behandelte seinen Arm nur mit einem Verband. Doch ohne Gips ist der Bruch leider nicht richtig verheilt und so blieb ein krummer linker Arm als bleibende Erinnerung zurück. Die SP-JUSO-Fraktion ist sich einig: Geschichten wie diese und jene vieler Familien, die auf Kosten unserer Wirtschaft so viel Leid erlitten haben, dürfen nicht vergessen werden. Diese schlimmen Zeiten dürfen auch nie mehr wiederholt werden, auch nicht von zukünftigen Generationen. Darum stimmt die SP-JUSO-Fraktion Ja und nimmt die Motion mit allen Punkten an. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

**Präsident**: Merci. Für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

**Tanja Miljanovic (GFL)** für die Fraktion: Die Geschichte der sogenannten versteckten Kinder ist ein verdrängtes Kapitel der Schweizer Migrationsgeschichte. Sie zeigt, wie lange in diesem, unserem Land Arbeitskraft willkommen war, Menschenrechte aber nicht. Auch in Bern lebten vermutlich Kinder von Saisonniers-Familien über Jahre im Versteck, ohne Kindergarten, ohne Schule, ohne Zugang zur Gesellschaft, illegalisiert, weil sie unwillkommene Kinder von willkommenen, ja herbeigesehnten Arbeitskräften waren. Die GFL unterstützt den Vorstoss ausdrücklich. Denn es braucht eine sichtbare und aktive Anerkennung dieses Unrechts. Es geht hier nicht allein um eine historische Aufarbeitung, sondern auch um politische Verantwortung. Auch unsere Stadt war Teil dieses unmenschlichen und ausbeuterischen Systems. Sie hat, wie viele andere, profitiert, geschwiegen und weggeschaut. Gleichzeitig ist es nicht Aufgabe der Stadt, das Saisonnierstatut, im Alleingang aufzuarbeiten. Solche Prozesse müssen wissenschaftlich begleitet und gesellschaftlich breit abgestützt werden. Die Stadt ist keine historische Forschungsinstitution. Dafür gibt es die Universität und andere Einrichtungen. Die bereits bestehenden Unterstützungsleistungen etwa über die Denkmalpflege oder mit Beiträgen an wissenschaftliche Projekte sind sinnvoll und richtig. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass solche Prozesse partnerschaftlich geschehen, nicht von oben herab, nicht als Symbolpolitik, sondern als echter Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, den Betroffenen und der Politik. Die Frage nach Wiedergutmachung, auch symbolischer, ist berechtigt, aber sie muss gemeinsam beantwortet werden. Die Stadt kann diesen Dialog ermöglichen, anregen und unterstützen, sie muss ihn aber nicht allein führen. Danke.

**Präsident**: Merci. Für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

**Béatrice Wertli (Mitte)** für die Fraktion: Die Aufarbeitung der Geschichte ist wichtig, gerade auch im Fall der Saisonniers in Bern. Die Mitte-Fraktion unterstützt, wenn punktweise abgestimmt wird, darum auch Punkt 1 dieser Motion. Dass die Stadt eigene Initiative zeigt, finden wir richtig, und es tut der Stadt gut, unserer Gesellschaft auch. Allerdings ist es so, dass die Rolle der Stadt begrenzt ist, die Finanzen natürlich auch, und darum würden wir die Punkte 2 und 3 ablehnen. Danke vielmals.

**Präsident**: Voten zu diesem Geschäft? – Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Marieke Kruit.

**Marieke Kruit**, Stadtpräsidentin: Der Gemeinderat ist wie die Motionär*innen der Meinung, dass der Migrationsgeschichte eine wichtige Bedeutung zukommt. Das Phänomen der versteckten Kinder als Folge des Saisonnierstatus wurde bisher nur punktuell erforscht. Eine Aufarbeitung dieses Themas ist deshalb unbedingt zu begrüssen. Der Gemeinderat sieht die Rolle der Stadt Bern vor allem darin, die verfügbaren Informationen für Betroffene und deren Familien besser zugänglich zu machen. Er schlägt daher vor, die Ausländer*innenkartei der Einwohnerdienste ins Stadtarchiv zu überführen und vollständig zu digitalisieren. Hingegen erachtet es der Gemeinderat nicht als die Aufgabe der Stadt, eigene wissenschaftliche Forschungsprojekte durchzuführen oder Schulungskonzepte zu konzipieren. Er ist vielmehr bereit, selbstverständlich entsprechende Projekte im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Der Gemeinderat nimmt deshalb auch die Motion als Richtlinie gerne so entgegen.

**Präsident**: Vielen Dank, wir kommen zur Abstimmung. Die Einreichenden haben mich darüber informiert, dass sie punktweise abstimmen möchten. Wir stimmen somit über die Motion als Richtlinie ab. Wer Punkt 1 erheblich erklären möchte, drückt Grün, und sonst Rot.

Abstimmung Nr. 006

| 2024.SR.0277: Punkt 1 als Richtlinie | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 50 |
| Nein | 14 |
| Enthalten | 1 |

**Präsident**: Ihr habt den Punkt erheblich erklärt. Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 007

| 2024.SR.0277: Punkt 2 als Richtlinie | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 38 |
| Nein | 21 |
| Enthalten | 7 |

**Präsident**: Ihr habt den Punkt angenommen. Wir stimmen ab über Punkt 3.

Abstimmung Nr. 008

| 2024.SR.0277: Punkt 3 als Richtlinie | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 44 |
| Nein | 19 |
| Enthalten | 3 |

**Präsident**: Ihr habt den Punkt angenommen. Somit sind alle 3 Punkte dieser Motion als Richtlinie überwiesen.

**2024.SR.0286**

## 4 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Timur Akçasayar, SP/Seraphine Iseli, GB/Barbara Nyffeler, SP/Cemal Özçelik, SP): Wie wird die Reform der Stadtteilpartizipation angegangen?

**Präsident**: Wir kommen zu Traktandum Nummer 4: Interpellation "Wie wird die Reform der Stadtteilpartizipation angegangen?" Die Diskussion ist gewünscht. Wir stimmen darüber ab, ob ihr die Diskussion gewährt.

Abstimmung Nr. 009

| 2024.SR.0286: Diskussion | |
|---|---|
| **1/3-Quorum erreicht** | |
| Ja | 50 |
| Nein | 14 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt die Diskussion gewährt. Ich gebe somit den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Timur Akçasayar.

**Timur Akçasayar (SP)** für die Einreichenden: Vielen Dank für die Gewährung der Diskussion über die Interpellation, die fragt, wie die Reform der Stadtteilpartizipation angegangen wird. Es ist bedauerlich, dass eine Interpellation nötig ist, um im Stadtrat eine Grundsatzdebatte über dieses wichtige Reformprojekt der Quartierorganisationen anzustossen. Die Stadtteilpartizipation in Bern war lange Zeit ein Erfolgsmodell. Die Zeiten haben sich geändert. Die Realität von vor 40 Jahren ist nicht mehr die heutige. Die Bevölkerung ist zunehmend weniger in Vereinen aktiv und möchte direkt und unverbindlich mitwirken. Ein Verein im Stadtteil, dem andere Vereine beitreten und Delegierte entsenden können, wie wir es heute haben, ist nicht niederschwellig und schliesst viele Menschen aus. Es besteht auch ein wachsendes Bedürfnis nach Mitwirkung, das über die blosse Information und Stellungnahme über bestehende Planungen und Bauprojekte hinausgeht. Das gesellschaftliche Leben und der Service public bringen Themen mit sich, die eine aktive Beteiligung der Bevölkerung erfordern. Nun zu den Antworten, die uns vorliegen. Leider müssen wir feststellen, dass die Antworten auf unsere Fragen nicht zufriedenstellend sind und viele wichtige Aspekte unklar bleiben. Für das Protokoll: Wir sind mit den Antworten unzufrieden. Bei der ersten Frage, in der es um den Auftrag des Gemeinderates an die Verwaltung und Projektorganisation geht, erklärt

der Gemeinderat unter anderem verschiedene Punkte, und geht auch auf den abgelehnten Fusionsvertrag mit Ostermundigen ein, wo die Reform der Stadtteilpartizipation anzugehen ist. Dies ist keine Antwort auf die gestellte Frage. Seit einem Jahr werden Ressourcen der Stadtverwaltung verwendet. Seit einem Jahr werden ehrenamtlich arbeitende Kolleg*innen beschäftigt. Aber es ist unklar, welche konkreten Anliegen angegangen werden. Es ist unklar, was der Auftrag des damals zuständigen Direktors war. Oder war es der Gesamtgemeinderat? Geht es lediglich um eine Reform der Struktur dieser Organisationen oder ist es eine echte Reform aller Prozesse? Anstatt dass Klarheit herrscht, stellen sich weitere Fragen. Was mir als Delegierter der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem bisher berichtet wurde, besorgt mich. Denn für mich gehört zu einem solchen Projekt als erster Schritt ein Vorprojekt, in dem man sich zusammensetzt und zuerst einmal die Begrifflichkeiten definiert – was verstehen wir unter Mitwirkung und Partizipation? – um eine klare und einheitliche Grundlage zu schaffen. Das fehlt alles. Bei der Frage 2 geht es um das Vorgehen und die Zielsetzung, Zeitplan, Budget. Diese Punkte werden vom Gemeinderat nicht beschrieben. Die Frage bleibt somit unbeantwortet. Ohne klare Aussagen bleibt alles intransparent. Ich könnte mit der Antwort leben, dass wir in der Phase 0 beim Vorprojekt sind, und aktuell die Abklärungen laufen und alles offen ist und später die Informationen geliefert werden. Das wäre ehrlicher gewesen und würde das Stadtparlament und seine Mitglieder ernst nehmen. Das Budget wäre besonders interessant gewesen, finde ich. Dann wüssten wir, ob der Stadtrat etwas bewilligen müsste dieses Jahr oder ob er erst am Ende des Projektes gefragt wird, was er von der Reform hält, und man so das Risiko einzugehen bereit ist, vielleicht den Unmut dieses Stadtrats zu erregen, vielleicht sogar eine Rückweisung oder was auch immer. Oder es wäre auch interessant gewesen, ob wir noch einen Vorstoss, wie wir es schon in den letzten Jahren gemacht haben, einreichen müssten. Bei der Frage 3 muss ich es wie folgt interpretieren: Die Antwort, es sei keine fundierte externe Analyse der heutigen Organisation und der Prozesse vorgesehen, ist ein gravierender Mangel, der die Qualität und die Objektivität des Projektauftrags und einer möglichen Reform beeinträchtigt. Eine externe, neutrale Sichtweise fehlt. Und da die Analyse durch die Stadtverwaltung erfolgt ist, wie in der Antwort geschrieben, sind die Ergebnisse im Prinzip klar. Somit ist auch verständlich, weshalb nur die Prozesse der Organisationen und nicht auch die der Stadtverwaltung betrachtet werden sollen. Beim Punkt 4 geht es um den Einbezug der nicht organisierten Bevölkerung. Die Antwort auf die Frage, wie die nicht in den bestehenden Strukturen organisierte Bevölkerung einbezogen wird, ist schlichtweg unvollständig und vage. Es fehlt eine klare Strategie und konkrete Massnahmen, um sicherzustellen, dass auch diese Gruppe der Bevölkerung aktiv am Prozess teilnehmen kann. Zur Erinnerung: Das Legislaturziel "Stadt der Beteiligung" für die Jahre 2017 bis 2020 war darauf ausgerichtet, die Bevölkerung aktiv in die Gestaltung und Entwicklung der Stadt einzubeziehen. Ich bin jetzt ein bisschen bösartig: Aber es scheint, dass das Ziel nur für einen begrenzten Zeitraum galt und nicht nachhaltig umgesetzt wird. Eine umfassende und langfristige Strategie zum Einbezug aller Bevölkerungsgruppen ist dringend erforderlich, um die Partizipation inklusiv zu gestalten. Kommen wir zum letzten Punkt, nämlich zur Information der Stadtratskommission und der Öffentlichkeit. Es wäre wünschenswert, dass die zuständigen Stellen in der Präsidialdirektion und in anderen Verwaltungseinheiten proaktiv auf die Kommissionen zugehen, um sicherzustellen, dass die Informationen frühzeitig erfolgen, und auch Feedback abgeholt wird. Ein solches Vorgehen würde Transparenz schaffen und das Vertrauen in den Reformprozess stärken. Als Mitglied der Kommission PVS fühle ich mich geradezu privilegiert, da die Tiefbaudirektion, die Verkehrsplanung, Stadtgrün und auch Hochbau Stadt Bern proaktiv handeln und uns über vieles immer wieder informieren

und auch aktiv einbeziehen, manchmal vielleicht auch zu viel. Zum Schluss folgende Bemerkung: Die bescheidene Erhöhung der jährlichen Subventionen ist nett gemeint. Sie ermöglichen es den Quartierorganisationen, die Anliegen der Stadtverwaltung etwas professioneller zu bedienen. Aber dabei handelt es sich nicht um eine wirkliche Verbesserung der Strukturen, Prozesse und Teilhabe. Es bedarf einer umfassenden und nachhaltigen Reform, die die tatsächlichen Bedürfnisse und Herausforderungen der Stadtteilpartizipation ernst nimmt. Ich denke, dass sich mir die Quartierorganisationen von West bis Ost anschliessen. Wir wünschen uns vom Gesamtgemeinderat, dass das Reformprojekt umfassend durchgeführt wird, damit es auf eine zukunftsfähige Basis gestellt wird und die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Merci.

**Präsident**: Merci. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten zu diesem Geschäft. Als erstes für die Fraktion GB/JA, Seraphine Iseli.

**Seraphine Iseli (GB)** für die Fraktion: Dass Partizipation mehr bedeutet, als über ein Planungsprojekt informiert zu werden, und dieses abnicken zu können, ich glaube, darüber sind wir uns hier drin einig. Echte Partizipation braucht Mittel, und zwar einerseits finanzielle Mittel, die ermöglichen, dass echte Partizipation stattfinden kann. Aber es braucht auch zeitlichen Spielraum, sodass die Anträge tatsächlich noch in ein Projekt einfliessen können und dieses nicht eigentlich schon beschlossene Sache ist, wenn ein Gremium informiert wird. An die Quartierkommissionen werden heute sehr viele Anforderungen gestellt. Sie sollen einerseits für das Quartier sprechen. Sie sollen als Bindeglied zwischen Verwaltung und Quartier dienen und sie sollen die Zusammengehörigkeit im Quartier stärken. Die Quartierkommissionen in der heutigen Form können aber diesen Anforderungen, nämlich dass sie die Meinung des Quartiers vertreten sollen, nicht mehr gerecht werden. Sie haben zu wenig personelle Ressourcen, um sich wirklich gewinnbringend für das Quartier einzusetzen; zum Beispiel zu wenig Ressourcen, um die Unterlagen wirklich gut aufzuarbeiten und sich intensiv in alle diese Thematiken einzuarbeiten, und auch, um all die Fristen einzuhalten, und sogar auch, um all die komplexen Prozesse, zum Beispiel eines Baugeschäfts, in seiner Tiefe zu verstehen. Das alles ist nicht möglich mit diesen wenigen Stellenprozenten, die sie haben. Ein anderes Problem ist, dass die Quartierkommissionen, Timur hat es schon gesagt, nicht die ganze Quartierbevölkerung abbilden, sondern nur einen kleinen Teil davon. Damit die Quartierkommissionen, aber auch weitere Bevölkerungsgruppen erreichen, braucht es eine umfassende Auseinandersetzung dahingehend, was sich denn verändern muss, damit auch junge Menschen oder vermehrt Menschen ohne Schweizer Pass sich von den Quartierkommissionen vertreten fühlen, und auch Lust haben, sich dort einzubringen. Auch die Digitalisierung ist eine Herausforderung. Heute werden Kanäle genutzt, die vielleicht noch ältere Menschen erreichen, aber auch bald das nicht mehr; einfach, weil sehr viele Menschen gewohnt sind, dass sie über digitale Medien erreicht werden. Deshalb sehen wir, dass die Stadtteilpartizipation, wie sie lange Zeit gehandhabt wurde, nicht mehr zeitgemäss und eine Reform deshalb absolut unumgänglich ist. Die Umfrage bei den Quartierkommissionen sollte den Startschuss dafür darstellen. Für uns war allerdings von Anfang an nicht ganz klar, was die genauen Ziele sind und die weiteren Schritte, die nach dieser Erhebung passieren sollen. Und deshalb haben wir die Interpellation auch miteingereicht. Jetzt, nach der Antwort des Gemeinderates, sind wir leider nicht viel schlauer. Wir wissen zwar, dass das Ziel eine Anpassung des Reglements über die politischen Rechte sein soll. Aber der Weg dorthin, wie der Gemeinderat sich diesen vorstellt, bleibt für uns eine Blackbox. Das zeigt sich auch zum Beispiel bei

der Antwort auf die Frage 3 nach der externen, fundierten Analyse. Darauf hat der Gemeinderat geantwortet, ich zitiere: "Es haben eine breite, nicht repräsentative Erhebung und 2 Workshops stattgefunden", was nicht wirklich viel aussagt. Wir können aufgrund dieser Antwort nicht mit gutem Gewissen sagen, dass wir überzeugt sind, dieses Projekt sei gut aufgegleist und es werde wirklich alles getan, um für die Quartier ein Partizipationsgefäss zu schaffen, bei dem wirklich das ganze Quartier und nicht nur alteingesessene Quartierbewohner*innen vertreten sind. Aber es stimmt uns trotzdem grundsätzlich zuversichtlich zu lesen, dass eine öffentliche und breit angelegte Partizipation geplant ist, die es eben für diese Reform braucht. Wir halten uns jetzt einfach ein bisschen an diesem Versprechen fest. Wir sind gespannt, wieder über das Projekt zu hören, und hoffen, dass die Herausforderungen mit Diversitätsmanko, Digitalisierung und fehlenden Ressourcen tatsächlich ernst genommen werden und mit der Reform vielleicht zwar nicht ganz behoben, aber zumindest massiv verbessert werden können. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar: Politische wie soziale Teilhabe ist in keinem Fall der Ort, wo man sparen sollte.

**Präsident**: Merci. Als Nächstes für die Fraktion GFL, Michael Ruefer.

**Michael Ruefer (GFL)** für die Fraktion: Es wurde schon verschiedentlich gesagt: Es liegt noch kein konkreter Vorschlag vor, wie diese Stadtteilpartizipationsreform genau angegangen werden soll. Deshalb noch einmal aus Sicht der GFL die 4 Hauptanforderungen, die wir an diese Reform stellen. Die entscheidende Frage, und Timur hat das auch schon vorweggenommen, ist: Handelt es sich bei der Stadtteilpartizipation respektive bei den Quartierkommissionen um eine Vox Populi oder doch eher um einen verlängerten Arm des Stadtrates? Haben wir es sozusagen mit kleinen PVS-Kommissionen auf Stadtteil-Ebene zu tun? Oder geht es mehr darum, dass wir die Bevölkerung direkter erreichen und mit Infoanlässen, Workshops etc. breiter informieren? Haben wir ein Schattenparlament aus Experten oder erreichen wir eben tatsächlich auch Schichten, die sonst nicht so nah an der Politik sind? Dann ein weiterer Punkt: Die Arbeit in den Quartierkommissionen ist typische Vereinsarbeit. Sie steht und fällt heute mit dem Engagement einiger Weniger. Und es gibt in den Stadtteilen heute deutliche Unterschiede, was die Professionalität und die Ressourcen anbelangt. Gewisse Abgänge, das hat man zum Beispiel im Norden sehr gut gesehen, reissen dann heftige Löcher in die Arbeit solcher Quartierkommissionen. Und da gilt es sicher hinzugucken. Der letzte Punkt betrifft die Eigendynamiken, die in diesen Quartierkommissionen herrschen. Mir wurde zum Beispiel damals als neuem Mitglied im Norden gesagt: Du musst dich erstmal 3 Jahre einarbeiten, bevor du überhaupt etwas bewegen kannst. Also, so wird man dort fast standardmässig empfangen. Und dieses Berner Modell, wie es auch in der Antwort auf die Interpellation gepriesen wird, ist so natürlich das Gegenteil von niederschwellig. Vielmehr ist es im Endeffekt ein Expertengremium unter dem Siegel der Stadt. Und einige Kommissionen, das wurde hier auch schon betont, wirken deshalb heute äusserst verstaubt. Das gilt es sicher zu beheben in dieser Reform. Und die Frage, die über allem thront, ist eigentlich: Braucht es mehr Bevölkerungsteilhabe in der Stadt oder mehr Expertengremien? Das soll diese Reform beantworten. Vielen Dank.

**Präsident**: Danke. Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Ich rede Berndeutsch. Aber - und ich habe das auch in der Fraktionspräsidienkonferenz gesagt – immer, wenn jemand einen Vorstoss

einreicht, der Berndeutsch nicht gut versteht, kann man mir das vorher sagen. Dann werde ich selbstverständlich Schriftdeutsch reden. Ich wäre aber auch froh, dass man es auch mitteilt, wenn die Leute aus den Fraktionen, die Berndeutsch nicht verstehen, nicht da sind. Sonst fühlen sich viele Leute bemüssigt, Schriftdeutsch zu reden, obwohl auch Berndeutsch geht. Das ist meine Meinung. Ich komme jetzt zur eigentlichen interfraktionellen Interpellation. Ich habe hierzu ein paar persönliche Bemerkungen. Seit vielen Jahren bin ich Delegierter in der Quartierkommission Quavier, das ist die Delegiertenversammlung des Stadtteils 4 – Kirchenfeld, Elfenau und Obstberg, dort Richtung Ostermundigen hinaus, das Quartier Wittikofen etc. Wir reden jetzt über eine neue Organisation. Was für mich ganz wichtig ist – und darauf habe ich immer Wert gelegt: Es kann nicht sein – und das wird wahrscheinlich wieder der Fall sein –, dass man im Stadtrat und in den Kommissionen Sachgeschäfte behandelt, die die Quartierkommissionen nicht einmal vorbesprochen haben. Ich erinnere an die Dalmazibrücke. Da hat man den Stadtteil 3, Marzili, informiert. Wir vom Stadtteil 4 haben das erst nachträglich erfahren, erst nachdem die Vorlage schon drin war. Ihr erinnert euch an den Tierpark. Obwohl ein zentrales Element unseres Quartiers, war das Geschäft zuerst in den Kommissionen und erst, als alles vorgestellt war und die Abstimmung im Stadtrat durchging, hat man das uns vorgestellt. Aber die Geschichte geht weiter. Man hat jetzt die Giacometti-Strasse. Die war heute in der PVS traktandiert. Am 6. Mai haben wir eine Quartierkommissionssitzung. Das wird uns dann vorgestellt werden. Wenn wir Pech haben, wird das wieder bereits am 24. April im Stadtrat entschieden. Und ich bin der Meinung, wenn die Stadtteilorganisationen ihren Auftrag machen sollen, und zwar von unten nach oben, dann müssen sich die Leute auch äussern können, sonst sind alle Revisionen und alles Papier, das ihr produziert, eigentlich schade für die Zeit. Ich habe immer die Befürchtung gehabt, die Quartierkommissionen brauche man dann, wenn sie auf der Seite des Gemeinderates sind und man damit einer Vorlage zum Durchbruch verhelfen kann. Und wenn man das Gefühl hat, es könnte Widerstand geben, wie beispielsweise bei der Dalmazibrücke, wo wir von der Quartierkommission nachher selbst eine Einsprache gemacht haben, oder auch beim Tierpark, wo man auch mit Widerstand gerechnet hat, kommt es nicht in die Quartierkommission. Und das sind für mich die ganz entscheidenden Punkte. Wenn ihr das ernst nehmt, dann müsst ihr die Leute einbinden, frühzeitig informieren, damit wir eine Mitwirkung ergreifen können, bevor es in den Kommissionen und im Stadtrat ist. Es bringt nämlich wenig, wenn die Sache traktandiert ist, und eine Woche oder vielleicht nur 4 Tage nach der Stadtratssitzung hat man eine Quartierkommissionssitzung. Da kann nachher nicht mehr viel passieren. Dann ist man nur ein Feigenblatt. Und das darf nicht sein. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Ein weiterer Punkt: Man muss jetzt nicht mit dem grossen Geldesel vorbeigehen. Wir haben meines Erachtens eine recht gute Lösung. Wenn wir im Rahmen der Quartierkommission beispielsweise eine Einsprache machen, dann arbeiten die Architekten, die Juristen und die Fürsprecher, zu denen ich gehöre, einen Entwurf aus, damit man den professionellen Sekretär entlasten kann. Und wenn es vielleicht um etwas im Sozialbereich oder im Kulturbereich geht, dann haben wir im Vorstand eben auch Leute, die in diesen Kommissionen, in diesen Wettbewerbskommissionen oder was auch immer es sind, Einfluss nehmen und dort die Begleitgremien machen. So können die Leute die Kommission unterstützen, damit der Input effektiv auch von unten kommt. Aber die machen das natürlich auch nur, wenn es etwas bringt. Wenn man in der Zeitung liest, dass das Geschäft, das man in einem Monat auf der Traktandenliste hat, schon im Stadtrat entschieden worden ist, dann vergeht einem der "Fiduz". Das sind genau die Bemerkungen, die mir wichtig sind. Und was für mich auch immer wichtig ist: Ich kann leben als Minderheitspolitiker und auch damit, dass meine Anträge abgelehnt werden. Ich

habe immer gesagt, und das ist bis jetzt immer so gewesen, dass man klar sagt, wie viele Stimmen für das Projekt oder gegen das Projekt sind. Früher, wenn ich mich eingesetzt habe für Parkplätze, waren es meistens 3 Stimmen gegen 17. Aber jetzt, je mehr abgebaut wurden, habe ich manchmal durchaus, zum Beispiel bei der Dalmazibrücke, sogar die Mehrheit gehabt. Wenn die Leute merken, dass man die letzten Parkplätze vor dem Haus wegnimmt mit der Begründung, dass es mehr Platz geben soll für die Notfallfahrzeuge und für die Sanität, damit die durchkommen, und für den Güter. Und dann macht man später eine Begegnungszone und versetzt die Parkplätze von der anderen Seite auf die Strasse. Man hat schlussendlich den Goodwill der Anwohner verspielt, indem man Blumenkisten und Parkplätze auf der Strasse hat. Fazit: Die Stadt, der Gemeinderat ist gefordert, die Quartierkommissionen einzubinden. Minderheitenschutz müsst ihr weiterhin gewährleisten, denn sonst bringt das nichts. Und das Entscheidende ist, und ich will, dass das im Protokoll und in den Medien aufgenommen wird, dass man rechtzeitig von unten mitwirken kann. Sonst nützt die ganze Revision nichts. Merci.

**Präsident**: Als Nächstes für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

**David Böhner (AL)** für die Fraktion: Die Fraktion AL-PdA-TIF möchte den Interpellant*innen für diesen Vorstoss danken. Es sind die richtigen Fragen, die gestellt worden sind. Und auch unsere Fraktion ist sehr interessiert an den Antworten darauf. Leider bleibt der Gemeinderat in seinen Antworten unserer Meinung nach sehr vage und äussert nur Allgemeinplätze, die uns nicht viel schlauer machen. Ich möchte mich meinen Vorredner*innen anschliessen. Es ist darum jetzt umso wichtiger, dass in der Vernehmlassung aktiv der Kontakt mit der Bevölkerung in den Quartieren gesucht wird, insbesondere auch mit den Menschen, die nicht stimm- und wahlberechtigt sind, damit Bern seinem Anspruch auf Teilhabe gerecht wird. Das Ziel der Reform der Stadtteilpartizipation sollen Mitbestimmung und Beteiligung der Bevölkerung sein, nicht einfach nur eine pro forma Mitwirkung oder Mitsprache, die den Vereinen vorbehalten ist oder den politischen Parteien. Es wurde auch schon in den Voten vor mir erwähnt. In den Quartieren sollen Strukturen und Treffpunkte geschaffen werden, wo sich die Menschen austauschen und ihre Bedürfnisse und Vorschläge diskutieren und artikulieren können und diese dank dem partizipativen Budget respektive öffentlichen Geldern auch tatsächlich umgesetzt werden können. Ihr erinnert euch vielleicht: Es ist ein Vorstoss unserer Fraktion für ein partizipatives Budget hängig. Dafür wurde eine Fristverlängerung gewährt, damit es eben in dieses Projekt der Stadtteilpartizipation einfliessen kann. Die Vision der AL/PdA/TIF ist die "sorgende Stadt", ein Konzept, das in vielen linksregierten spanischen Städten und Gemeinden entwickelt und umgesetzt wird. Dort wird in den Quartieren eine Bestandesaufnahme der Sorgebedürfnisse der Bevölkerung gemacht, um darauf aufbauend Versorgungslücken zu erkennen und dann auch schliessen zu können. Es geht um eine bessere Koordination und Abstimmung zwischen öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und selbstorganisierten Angeboten und Aktivitäten in der Nachbarschaft. Mit der Reorganisation der Stadtteilpartizipation sehen wir eine Chance für die Umsetzung ähnlicher Ideen in Bern. Wir wünschen uns physische Anlaufstellen und Treffpunkte in den Quartieren, die allen Bewohner*innen niederschwellig offen stehen, und wo verschiedene Hilfs- und Careangebote und Vernetzungen vermittelt werden können. Wir hoffen, dass solche Ideen und Überlegungen in die Reorganisation der Quartierarbeit einfliessen und freuen uns auf die Ausarbeitung einer solchen Vorlage mit möglichst vielen Akteur*innen auch ausserhalb der Verwaltung und des klassischen Politbetriebs. Dafür braucht es aber eine Einladung an die Bevölkerung und einen Effort

von uns allen, damit diese auch angenommen wird. Wir erhoffen uns auch vom Gemeinderat, dass die Informationen jetzt ein bisschen aktiver fliessen, als es bis jetzt passiert ist. Es wurde schon mehrmals gesagt: Das Geschäft kommt irgendwann mal in die RWSU. Einen Termin gibt es noch nicht, obwohl vom Gemeinderat eigentlich gesagt wurde, dass sie bereit sind. Die SBK hat sich auch interessiert gezeigt und wurde eingeladen. Und wir hoffen doch sehr, dass vorwärts gemacht wird und dass wir uns genügend Zeit nehmen können, um das weiter zu bearbeiten und eben auch, dass nicht nur die politischen Parteien involviert werden, sondern dass wirklich die ganze Bevölkerung angesprochen wird, und dass diese auch merkt, dass sie angesprochen ist, und dass Wege gefunden werden, wie sie einbezogen werden kann. Merci.

**Präsident**: Danke. Für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

**Oliver Berger (FDP)** für die Fraktion: Die Fraktion FDP nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Interpellation punkto Reform Stadtteilpartizipation zur Kenntnis. Entgegen der Meinung des Gemeinderats sind wir der Ansicht, dass es beim aktuellen Bern-Modell einen grossen Nachholbedarf punkto echter Demokratie, Repräsentativität und bisher nicht vertretener Minderheitsmeinungen gibt. Die aktuellen Erfahrungen von Delegierten aus Quartierkommissionen zeigen, dass die Zusammensetzung der Gremien eher parteipolitisch geprägt ist, und wichtige Bevölkerungsteile nicht repräsentiert sind. Gerade Minderheitsmeinungen können sich wenig Gehör verschaffen. Häufig werden die Quartierkommissionen von einigen wenigen Personen – oder sollte ich sagen: Fürstinnen und Fürsten? – dominiert. Das verfälscht das Bild der Leute vor Ort. Die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Nicht-Eingeweihten sind heute schwierig. Wir erwarten, dass der Gemeinderat bei der Überarbeitung des Modells unserer Überlegungen einbezieht. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

**Präsident**: Danke. Für die Fraktion SP-JUSO, Judith Schenk.

**Judith Schenk (SP)** für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion ist einigermassen erstaunt über die vorliegende Nicht-Antwort. Stadtteilpartizipation bedeutet Einwohner*innennähe, Mitbestimmung, Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Förderung von Inklusion, um nur einige Aspekte zu nennen. Stadtteilpartizipation bedeutet auch, dass die Menschen, die uns hier auf unsere Sitze gewählt haben, die Menschen, die wir in diesem Saal zu vertreten haben, auch noch andere Mittel haben, um unsere gemeinsame Heimatstadt mitzugestalten, als sich nur alle 4 Jahre an Wahlen zu beteiligen oder sich eben nicht an Wahlen zu beteiligen oder sich nicht an Wahlen beteiligen zu können. Letztere werden in der vorliegenden Antwort des Gemeinderates doppelt übergangen. Das gescheiterte Fusionsvorhaben ist mittlerweile eineinhalb Jahre her. Das ist fast eine halbe Legislatur. Dennoch zitiert der Gemeinderat noch immer Artikel aus dem Fusionsvertrag, um konkreten Fragen zum Auftrag, zu den Zielsetzungen, zum Zeitplan und zu weiteren Eckwerten bezüglich der Reform der Stadtteilpartizipation auszuweichen. Des Weiteren hat sich aufgrund der nicht geschehenen Fusion innerhalb der Quartierorganisationsstrukturen der Stadt Bern eben nichts geändert. Wäre die Partizipation der Bevölkerung etwas höher auf dem Radar der Exekutive, hätte diese bereits vor eineinhalb Jahren eingehakt und zusammen mit den bekannten Strukturen weitergestaltet werden können. Die einzige konkrete Aussage in der Antwort des Gemeinderates ist, dass das Reformprojekt noch innerhalb der laufenden Legislatur zur Volksabstimmung gebracht werden soll, also irgendwann innerhalb der nächsten 4 Jahre. Der Gemeinderat sagt es abschliessend in seinem Vortrag richtig: Das letzte Wort hat die

Stimmbevölkerung. Bekanntlich ist das letzte Wort aber meist nur ein Ja oder ein Nein, und die Stimmberechtigten bilden auch nur einen Teil der Bevölkerung ab. Die SP-JUSO-Fraktion macht deshalb dem Gemeinderat beliebt, vorwärtszumachen und der gesamten Stadtberner Bevölkerung, unserem Raison d'être in diesem Saal, so rasch als möglich ein paar Worte mehr als ein blosses Ja oder Nein an der Urne einzuräumen.

**Präsident**: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Plenum? - Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Marieke Kruit.

**Marieke Kruit**, Stadtpräsidentin: Ziel des Reformprojekts ist es, die bereits seit vielen Jahren bewährte Quartierpartizipation zu stärken und angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Anliegen und Vorstösse, die zu einer besseren Verankerung der Quartierorganisationen in der Bevölkerung abzielen, sollen aufgenommen werden. Ziel muss es sein, eine verbesserte Beteiligung und damit auch Repräsentativität zu schaffen. Zum Vorgehen: Letztes Jahr wurde gemeinsam eine Standort- und Handlungsbedarfsanalyse durchgeführt und ein Projektauftrag ausgearbeitet. Zurzeit läuft die Vernehmlassung dazu. In enger Kooperation mit den Quartierorganisationen soll ein Projektkonzept erarbeitet werden und anschliessend eine Revision des Reglements der politischen Rechte erfolgen. 4 Arbeitspakete sind vorgesehen, und zwar Sichtbarkeit und Kommunikation sowie Repräsentativität und Diversität. Abläufe und Prozesse sowie Organisationsstrukturen sollen angeschaut werden. Es geht natürlich eben auch um städtische Partizipationsprozesse, aber auch um rechtliche Grundlagen und Abstimmungsprozesse. Vorgesehen ist, eine öffentliche, breit angelegte Partizipation zu ermöglichen. Ich nehme die Schelte zur Kenntnis und ich nehme sie natürlich auch ernst und bin gerne bereit, noch mehr Klarheit, mehr Partizipation und mehr Transparenz zu schaffen. Gerne ist der Gemeinderat auch bereit, die zuständige Kommission des Stadtrats in regelmässigeren Abständen über den Projektverlauf und auch über die Kosten zu informieren – und eben nicht nur zu informieren, sondern das auch zu diskutieren. Ich denke, ein Einbezug aller Akteur*innen ist selbstverständlich vorgesehen und das sollten wir unbedingt auch anvisieren.

**Präsident**: Vielen Dank. Ich halte für das Protokoll fest: Die Interpellanten sind mit der Antwort nicht zufrieden.

**2013.FPI.000050**

## 5 Informatik Stadt Bern: Zweites Rechenzentrum; Erneuerung des Housing-Vertrags; Verpflichtungskredit

**Präsident:** Wir kommen zu Traktandum 5, das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum: Informatik Stadt Bern, 2. Rechenzentrum, Erneuerung des Housing-Vertrags, ein Verpflichtungskredit. Ich erteile das Wort für die vorberatende Kommission RWSU, Judith Schenk.

**Judith Schenk (SP)** für die Kommission: Im vorliegenden Verpflichtungskredit "Erneuerung des Housing-Vertrags" sprechen wir das Geld für die Verlängerung des Housing-Vertrages für das zweite Rechenzentrum (RZ) der Stadt Bern. Sprich, es geht um die Sicherstellung der Informatikdienstleistungen der Stadt Bern. Es werden zwei gleiche Rechenzentren parallel betrieben, damit bei einem Ausfall, einem Katastrophenfall oder

ähnlichem die Verwaltung nicht ausfällt. Das Hauptrechenzentrum befindet sich im stadteigenen Beerhaus. Das zweite, worüber wir heute sprechen, wird als Housing-Colocation bei der Firma NTS Workspace AG in Bern betrieben, wo sich die Stadt eingemietet hat. Hier werden durch Informatik Stadt Bern stadteigene technische Informatikkomponenten wie Server, Speicher, Netzwerke und so weiter betrieben. Am 4. Dezember 2014 hat der Stadtrat die erstmalige Realisierung dieses zweiten Rechenzentrums als Housing bewilligt. Am 4. April 2019 hat der Stadtrat die Verlängerung des Housing-Vertrags um 5 weitere Jahre bewilligt. Dieser läuft nun am 31. Mai dieses Jahres aus. Die Laufzeit für den Housing-Vertrag soll wiederum um 5 Jahre verlängert werden, vom Juni 2025 bis Mai 2030. Die Kosten belaufen sich auf 1'440'300 Franken, inklusive den geschätzten Energiekosten, mit einer Laufzeit, wie bereits erwähnt, von 5 Jahren, wiederum zulasten der Erfolgsrechnung von Informatik Stadt Bern. Der RZ-Raum mit 12 Racks kostet 450'000 Franken für 5 Jahre. Die Bereitstellung der Nettoleistungen kostet 666'000 Franken. Die Connectivity, die Netzwerkerschliessung kostet knapp 80'000 Franken. Die Energiekosten werden auf 245'000 Franken geschätzt. Insgesamt liegen die Kosten somit bei knapp 300'000 Franken pro Jahr. Das Geschäft weist eine einigermassen hohe Komplexität auf. Insgesamt greifen 200 Standorte der Stadtverwaltung und der Stadtberner Schulen auf die Rechenzentren zu. Die Anforderungen sind wie überall in der Informatik. Es braucht eine stabile, hochverfügbare Informatikinfrastruktur. Aus verschiedenen Gründen wurde keine offene Ausschreibung durchgeführt. Nebst der hohen Komplexität sind die wichtigsten Gründe der Platz- und Strombedarf. Beide werden sich voraussichtlich reduzieren. Eine genaue Voraussage dieser Redimensionierung ist jedoch schwierig. Ein paralleler Aufbau, würde die Anbieterin gewechselt, würde gemäss Berechnungen nur schon während eines Umzugs die Kosten des Gesamtbetrags, also der knapp 1,5 Mio. Franken, bis zu 40% erhöhen. Entsprechende Variantenvergleiche wurden seitens der Stadt geprüft. Zur fehlenden Auswirkung auf das Klima im Vortrag: Die frühzeitigen Kommissionsfragen dazu wurden leider nicht beantwortet. Wir sind aber sicher, dass dies ein einmaliges Auslassen war. Des Weiteren wurden wir von der Stadt informiert, dass Abwärme genutzt werde, dass etwa 2000 Tonnen $CO_2$ reduziert werden können und dass 100% erneuerbare Energien genutzt werden und sogar die Kühlung an Effizienz gewonnen hat. Die hohen Kosten begründen sich durch die hochspezialisierten Räume, die strenge Zutrittsbeschränkung mit einem komplexen System dahinter, die sehr hohen technologischen Sicherheitsanforderungen, die hohe Verfügbarkeit, Kameraüberwachung, Feuer- und Rauchpartikeldetektion, die Stickstofflöschanlagen, Wasserleckdetektionen und Luftfeuchtigkeitsregelung und so weiter. Insbesondere aufgrund der Redimensionierung und der im Informatikbereich immer zu antizipierenden Anpassungen wurde zwischen der Finanzdirektion und der RWSU vereinbart, dass die Stadt die Kommission in rund zweieinhalb Jahren wieder über dieses Geschäft informieren wird, bevor es wieder in den Stadtrat kommen wird. Insgesamt schlägt die RWSU-Kommission das Geschäft einstimmig zur Annahme vor. Vielen Dank.

**Präsident**: Merci. Gibt es bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Ist das Geschäft bestritten? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Verpflichtungskredit genehmigt.

Beschluss

| |
|---|
| *Stillschweigende Annahme* |

**2024.SR.0213**

## 6 Interpellation Michael Ruefer (GFL), Mirjam Roder (GFL), Raffael Joggi (AL): Gaswerkareal: Hat der Gaskessel neben verlängertem Schulhausprovisorium und dem verdichteten Areal eine Zukunft?

**Präsident**: Wir kommen zu Traktandum Nummer 6. Die Interpellant*Innen verlangen die Diskussion. Wir stimmen darüber ab, ob ihr diese gewährt.

Abstimmung Nr. 010

| 2024.SR.0213: Diskussion | |
|---|---|
| **1/3-Quorum erreicht** | |
| Ja | 49 |
| Nein | 12 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt die Diskussion gewährt. Dann hat das Wort Michael Ruefer.

**Michael Ruefer (GFL)** für die Einreichenden: Macht euch darauf gefasst: Es geht hier sehr tief ins Detail, das gebe ich zu. 2019 hat der Gemeinderat sich dafür ausgesprochen, den Gaskessel an seinem jetzigen Ort erhalten zu wollen, Gaswerkarealplanung hin oder her. Bisher ist aber von der Stadt, das kann man sagen, wenig oder nur etwas mehr Bereitschaft zu spüren, den Gaskessel neben der geplanten hohen Dichte im Areal Nord des Gaskessels, also zwischen der Ryff-Fabrik und dem Gaskessel selbst, den nötigen Raum zuzugestehen, damit der Betrieb auch aufrechterhalten werden kann. Woran ist diese nicht eben sehr grosse Bereitschaft zu spüren? Die Gebäudelinie, aktuell sehr gut erkennbar an den neu gebauten Schulhausprovisorien, liegt 14 Meter von der Baulinie des Gaskessels im Norden entfernt. Der Gaskessel sagt, es brauche mindestens 17,5 Meter Abstand aufgrund eigener Berechnungen. Denn neu, das heisst ab circa 2032, geht der Ausgang des Gaskessels Richtung Norden, da im Süden Überbauungen mit 95% Wohnen geplant sind; so nahe, dass Lärmklagen gewiss wären. Warum sind jetzt die 14 Meter, wie in der Crowd-Management-Analyse der Stadt festgehalten, zu wenig? Ich beziehe mich auf das Richtprojekt Gaskessel oder Gaswerkareal. Der Weg ist einerseits ein neuer Quartierdurchgang von der Sandrainstrasse an die Aare. Dieser Weg, der nördlich entlang des Gaskessels führt, ist eben aber auch dazu da, den Einlass zum Gaskessel mit einem Personenleitsystem, also diesem schlangenförmigen Gitter, wie heute zu gewährleisten. Zusätzlich soll dieser Durchgang auch für die sogenannte Entfluchtung des Gaskessels dienen. Die Analyse, die die Stadt bei einem Experten in Auftrag gegeben hatte, kommt zum Schluss: 14 Meter reichen. Der Haken an der Analyse ist: Sie fokussiert einseitig auf die Entfluchtung und blendet aus, dass Quartierdurchgang und Einlass zusätzlichen Raum beanspruchen. Das heisst, eine Gebäudelinie, die 14 Meter vom Gaskessel weg ist, ist zu nahe und gefährdet potenziell die Sicherheit von Besuchenden des Gaskessels. Die Analyse der Stadt scheint zwar eine gute Grundlage zu sein, weist aber gemäss Gaskessel einige Lücken auf. Immobilien Stadt Bern, das hier in Charge ist, hat die Pflicht, diese zu schliessen und in der weiteren Planung für sichere Abstände zu sorgen. Konkret braucht der Gaskessel gemäss eigenen Infos einen Durchgang von 3,5 Metern nördlich des Personenleitsystems, damit neben Entfluchtung und Schlangestehen eben auch die geplante Quartierdurchquerung möglich wird. Das heisst, das geplante Gebäude

3a, wo jetzt eben diese Schulbauten stehen, müsste weiter entfernt zu liegen kommen. Und es kommt hinzu, dass es nicht bloss eine Flause des Gaskesselteams ist. Die sind natürlich direkt betroffen. Es ist klar, dass sie an der ganzen Sache ein Interesse haben. Das Richtprojekt, das eine Fachjury beschlossen hat, stösst genau ins gleiche Horn. Im Fachbericht ist die Rede davon, dass Abstände überarbeitet werden müssten. Zitat Wettbewerbsjury: "Die Disposition der Gebäude ist zu eng und grundlegend zu überarbeiten. Bloss, es gibt nun keinerlei Qualitätssicherung dieser Anforderungen von Seiten ISB. Man hat im Richtprojekt Dinge durchgesetzt, die darauf hindeuten, dass ein viel zu hohes Nutzungsmass im nördlichen Gaswerkareal zu verplanen sei, dass gerade den Freizeitnutzungen und den Naturwerten kaum mehr Luft zum Atmen bleibt. 70'000 Quadratmeter Geschossfläche, davon rund 40'000 zwischen Monbijou-Brücke und Gaskessel, sind viel mehr als ursprünglich geplant und viel mehr auch, als EWB als frühere Eigentümerin mal vorgesehen hatte. Es ist wichtig, dass Stadtplanungsamt und Immobilien Stadt Bern diese Kritik und Bedenken bei der weiteren Planung ernst nehmen." Ich erlaube mir noch eine abschliessende kritische Bemerkung. Dieses Anliegen ist auch im Interpellationstext ausgeführt. Die Stadt hat ihr Baugesuch für das Schulprovisorium, das jetzt steht, nachträglich, das heisst 2 Tage vor Ablauf der Auflage- und Einsprachefrist, und einen Tag vor der Stadtratsdebatte letzten Frühsommer oder Frühling, ohne den Gaskessel zu informieren und ohne, dass dies neu publiziert worden wäre, abgeändert. Statt für 6 ist das Schulhausprovisorium nun für 10 Jahre bewilligt und die Stadt tut auf Anfrage so, als wäre das alles ganz üblich und habe kein "Geschmäckle". Der Haken an der Sache ist: Nach 6 bis 8 Jahren ist eben der Haupteingang des Gaskessels nach Norden ausgerichtet. Würde das Schulhaus-Provisorium dann ganze 10 Jahre betrieben – und wir alle kennen diese Providurien – läuft der Gaskessel wegen der sehr geringen Gebäudeabstände dann in ein Sicherheitsproblem hinein. Deshalb noch einmal mein Appell zuhanden der weiteren Planung des Gaswerksareals. Plant mehr Abstände ein, überarbeitet auch dieses geplante Nutzungsmass, damit der Gaskessel dort tatsächlich weiter existieren kann. Der Zufriedenheitsgrad auf die Antwort ist Mittel. Danke.

**Präsident**: Merci, also das heisst, teilweise zufrieden. Somit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Ich danke den Interpellanten für ihre Interpellation. Ich muss sagen, um gewisse Punkte bin ich froh, dass man sie thematisiert. Ich habe immer gesagt, bei der Gaswerkarealüberbauung gibt es unweigerlich einen Nutzungskonflikt. Ich wollte ein bisschen weniger dicht überbauen, dafür auch ein bisschen höherwertig. Das wollte man alles nicht. Ihr jammert immer wegen des Klimas. Jetzt wird das dort, wovon ich immer gesagt habe, es wäre ein idealer Ort, um das Marzilibad zu erweitern, überbaut. Ich habe das immer gesagt. Es gibt Probleme, nichts als Probleme; natürlich auch dadurch begründet, dass ihr immer mehr Einwohner in Bern wollt. Ihr wollt, dass immer mehr Leute in die Schweiz kommen. Das sind eben die Folgen der bösen Tat. Und jetzt kommt der Nutzungskonflikt. Ich habe immer gesagt, das Schulhaus Kirchenfeld müsse man sanieren, vernünftig sanieren. Nein, man hat ein Zimmer mehr gebraucht, dafür baut man jetzt am Hang. Während der Umbauphase, das ist völlig klar, muss man ein Provisorium beziehen. Es ist wie ein Schildbürgerstreich. Die Turnhalle, die man vor 10 Jahren für etwa 990'000 Franken saniert hat, wird abgerissen und durch eine Lärmschutzwand ersetzt. Unten hat man jetzt das Provisorium. Ich habe immer gesagt, dort könne man das machen. Ich habe immer gesagt, mit den Nachbarn müsse man fair sein. Es kommt nie gut, wenn man sagt: Wir machen

ein Provisorium für 6 bis 8 Jahre. Und dann sind es 15 oder 16 Jahre. Ich erinnere an das Provisorium beim Gymnasium Kirchenfeld. Dort ist schon mein Vater zur Schule gegangen. Da hat man zuerst noch gesagt, es sei ein Provisorium. Jetzt steht es unter Denkmalschutz; nur damit ihr seht, wie das läuft. Und das ist genau das, wovor ich immer gewarnt habe. Wenn ihr wollt, dass die Modulbauten, die ich gut finde, die ich unterstütze, auf Zustimmung stossen in den einzelnen Quartieren, dann müsst ihr euch an die Versprechungen halten. Und wenn ihr diese viel, viel länger dort lasst, dann werdet ihr immer das Risiko haben, dass die Leute sich mit Händen und Füssen wehren. Und ich habe gesagt: Ihr habt riesig Schwein gehabt, das dort niemand Einsprache gemacht hat. Wenn nämlich jemand Einsprache gemacht hätte, dann hätten während der Umbauphase des Kirchenfeldschulhauses die Kinder wahrscheinlich irgendwo in einem Zelt unterrichtet werden müssen. Ich weiss nicht wo, unten im Schwellenmätteli auf dem Fussballplatz oder irgendwie dort hinter dem Museum. Das einfach nur, damit ihr die ganze Problematik seht. Ich habe immer gesagt, tragt Sorge zur Natur, tragt Sorge zu unseren letzten grünen Lungen, überlegt euch gut, bevor ihr diese Karte ausspielt. Ich habe den Verdacht, der Fluch habe angefangen, als man im Schönberg Ost ein Quartier gebaut hat. Da hat die Stadt gesagt, das sei nur für Double-Incomes-No-Kids. Man brauche keinen Schulraum. Was ist passiert? Man hat zu wenig Schulraum gehabt, Man hat nachher den Schulraum bauen wollen, dort am Egelsee, im Naturschutzgebiet, wo man weiss, dort geht es sowieso nicht. Das Verfahren ist jetzt auch blockiert. Schon rein zonenplanmässig wird das wahrscheinlich über mehrere Instanzen gehen, und wenn dann das Baugesetz kommt, auch noch einmal. Und genau das Gleiche ist es hier. Wir haben Grünfläche unten im Gaswerkareal. Wir machen das dort. Viele Sachen sind unklar, meines Erachtens auch der Abgang, von dem ich nach wie vor nicht begreife, dass man das gemeinsam gemacht hat. Aber ihr seht, das sind alles Entwicklungen, vor denen die SVP-Fraktion gewarnt hat. Man hat auf das aufmerksam gemacht – Folgen der Tat. Ich bin froh, dass wir darüber diskutieren, aber es ist genau das, was kommt, wenn man zu viele Leute an einem Ort hat, und immer mehr nach Bern holen will, alle Grünflächen kaputt machen will. Das sind die Folgen und darum hat die SVP auch Grün im Logo, weil wir uns einsetzen, um die Grünflächen, die wertvollen, zu erhalten, damit die Menschen noch etwas davon haben. Merci.

**Präsident**: Für die Fraktion SP-JUSO, Barbara Keller.

**Barbara Keller (SP)** für die Fraktion: Ich möchte zunächst hervorheben, wie wichtig uns die zukunftsorientierte Entwicklung des Gaswerkareals ist. Die Schaffung von Wohnraum sowie die Integration des Kulturzentrums Gaskessels in eine urbane Mischnutzung sind für die Weiterentwicklung dieses Stadtteils von grosser Bedeutung. Wir unterstützen grundsätzlich die Vision eines lebendigen, gut vernetzten Areals, das sowohl den Bedürfnissen der Bewohner*innen als auch der Nutzer*innen des Gaswerkareals gerecht wird. Dabei dürfen jedoch praktische Anforderungen an den Betrieb des Gaskessels nicht aus den Augen verloren werden. Zu den wesentlichen Punkten, die ich in meinem Votum noch ansprechen möchte – Michael hat bereits einiges gesagt, weshalb ich ein bisschen kürzen kann – gehört etwas zur Baubewilligung für das Schulraumprovisorium auf 10 Jahre. Das Schulraumprovisorium ist auf eine Zeitspanne von 6 bis 8 Jahren geplant. Danach wird der Haupteingang des Gaskessels nach Norden ausgerichtet sein. Das heisst, würde das Schulraumprovisorium 10 Jahre betrieben, hätte der Gaskessel massive Sicherheitsprobleme. Da der Gemeinderat aber in seiner Antwort wiederholt, dass das Provisorium auf 6 bis 8 Jahre ausgerichtet ist, gehen wir davon aus, dass das Schulraumprovisorium in dieser Zeit gut neben dem Gaskessel

durchkommt. Dann zum Crowd-Management und den Sicherheitsfragen. Die durchgeführte Analyse zum Crowd-Management zeigt theoretische Überlegungen zu den Publikumsströmen, berücksichtigt jedoch nicht vollständig die praktischen Herausforderungen, die in der täglichen Praxis auftreten. Das Gaskessel-Team und dessen Know-how wurden in der Analyse nicht miteinbezogen, was wir ein bisschen komisch finden. Die konkrete Gestaltung der Fluchtwege, insbesondere im nördlichen Aussenbereich und die Lenkung der Personenströme bei Grossveranstaltungen muss noch präziser durchdacht werden. Konkret müsste beispielsweise ein Durchgang von 3,5 Metern nördlich des Personenleitsystems sichergestellt werden, damit die Durchquerung des Areals gewährleistet ist. Das heisst, Gebäude 3a müsste weiter entfernt liegen. Aber hierzu habt ihr bereits im Einreichendenvotum Genaueres gehört. Wir erwarten von den Verantwortlichen, dass diese Fragen weiter vertieft werden, um ein sicheres und störungsfreies Nebeneinander des Gaskessels und des Schulhaus-Provisoriums zu gewährleisten. Dann noch etwas zur Entwicklung des Areals und zu den Lärmschutzfragen: Der Lärmschutz ist ein weiteres wichtiges Thema, das nicht nur für die Anwohner*innen, sondern auch für den Gaskessel von grosser Bedeutung ist. Die geplante urbane Mischnutzung des Areals muss so gestaltet werden, dass der Betrieb des Gaskessels nicht durch Lärmkonflikte benachteiligt wird, und gleichzeitig die Bewohner*innen der neuen Wohnungen im Süden des Areals vor störenden Geräuschen geschützt sind. Wir begrüssen die Pläne für den Lärmschutz und sind der Meinung, dass hier noch weitere Massnahmen ergriffen werden müssen, um langfristig Konflikte zu vermeiden. Insbesondere ist es wichtig, die Architekturprojekte so auszurichten, dass Lärmemissionen wirksam abgehalten werden und um die angrenzenden Wohnungen im Süden des Areals keinen unzumutbaren Lärmbelastungen auszusetzen. Ich komme nun zu einem kurzen Fazit. Ich möchte betonen, wie wichtig der kontinuierliche Dialog zwischen den verschiedenen Akteur"*innen, hier insbesondere dem Verein Gaskessel, dem Planen des Areals und der Stadt ist. Der Gaskessel ist ein wertvolles Kulturzentrum und ein wichtiger Bestandteil der urbanen Vielfalt dieses Gebiets. Wir erwarten, dass die Bedürfnisse der Betreiber*innen des Gaskessels auch weiterhin in die Planung des Areals einfliessen. Wir sind überzeugt, dass mit einer offenen und transparenten Kommunikation und einem engen Austausch die genannten Herausforderungen gemeistert werden können. Abschliessend lässt sich sagen, dass die Entwicklung des Gaswerkareals und die Schaffung eines urbanen Mixes aus Wohnungen, Schulraum und Kultur unterstützt werden müssen. Wir sind zuversichtlich, dass die Verantwortlichen dieser Herausforderung gerecht werden, und wir auch in Zukunft ein Areal haben, das allen Interessen gerecht wird.

**Präsident**: Danke. Für die Fraktion GB/JA, Ronja Rennenkampff.

**Ronja Rennenkampff (JA)** für die Fraktion: Michael und Barbara haben schon sehr viel gesagt und ich sage jetzt einfach noch das, was am wichtigsten ist und für die Menschen des Gaskessels zu betonen ist: Der Gaskessel bleibt. Das steht seit 2019 auch für den Gemeinderat fest, wie er schreibt. Dass er gehört wird, dafür hat der Gaskessel jahrelang gekämpft, und wie es aussieht, muss er immer noch kämpfen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass der Gaskessel in den Prozess der Arealentwicklung einbezogen wurde. Jedoch ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum er nun beim Prozess um das Schulhausprovisorium nicht vollumfänglich miteinbezogen wurde und ihm wichtige Informationen vorenthalten wurden, wie zum Beispiel, dass die Baubewilligung für das Schulhausprovisorium für 10 Jahre eingereicht wurde und nicht, wie abgesprochen, für maximal 8 Jahre. Für die Stadt sind diese 2 Jahre vielleicht nicht viel,

aber für den Gaskessel bedeuten sie ein Sicherheitsrisiko für die Gäst*innen und somit ein Risiko für die Betriebsführung. Ich denke, es ist allen klar, dass seitens des Gaskessels diese 2 Jahre sehr wohl von Bedeutung sind. Auch wenn es sich nur um Reservejahre für allfällige Verzögerungen handelt, sind diese für den Gaskessel sehr relevant. Damit der Gaskessel funktionieren kann und zu keiner Zeit ein Sicherheitsrisiko besteht, erwarten wir von der Stadt, dass sie auch solche Informationen transparent mit dem Gaskessel teilt und ihn rechtzeitig in den Veränderungsprozess einbezieht. Dem Gaskessel wurde immer kommuniziert, dass das Schulhausprovisorium 6 bis 8 Jahre dort steht. Deshalb hat der Gaskessel seine Pläne zur Neuausrichtung des Eingangs entsprechend nach dem gerichtet. Nach dieser Zeitspanne wird der Eingang nach Norden ausgerichtet. Das Schulhausprovisorium stellt somit ein Sicherheitsrisiko dar. Gegen diese Pläne hätte der Gaskessel auch Beschwerde eingereicht, aber weil ja gar nie die Rede davon war, hat er das eben nicht gemacht. Dabei stütze ich mich auf Aussagen von Menschen des Gaskessels. Der Gemeinderat behauptet in seiner Antwort, dass das Schulhausprovisorium kein Sicherheitsrisiko für den Gaskessel darstellt, auch wenn der Eingang nach Norden ausgerichtet ist. Sie haben eine sogenannte Crowd-Management-Analyse gemacht. Bei dieser wurde der Gaskessel ebenfalls nicht einbezogen und sie ist nicht aussagekräftig. Für uns ist unverständlich, warum Expert*innen, die es die Leute des Gaskessels bei diesem Thema offensichtlich sind, denn es geht ja um ihre Crowd, nicht miteinbezogen wurde. Es scheint fast, als hätte diese Analyse nur bezweckt, das Vorgehen der Stadt zu legitimieren. Nach eigenen Aussagen des Gaskessels ist die Crowd-Management-Analyse lückenhaft und nicht praxisbezogen. Sie löst weder die Organisation der Fluchtwege nach Norden noch gewährleistet sie die Sicherheit im nördlichen Aussenraum und die Organisation des Personenleitsystems, also des Anstehens. Durch kurzes Nachfragen konnte mir der Gaskessel diese Informationen liefern, welche für mich mehr als schlüssig klingen. Warum der Gemeinderat und die Verwaltung nicht dasselbe getan haben, ist unverständlich. Die Sache ist für den Gaskessel überhaupt nicht abgeschlossen, und wir erwarten vom Gemeinderat, mit dem Gaskessel in Kontakt zu bleiben, eine Lösung bezüglich Schulhausprovisorium zu finden und eine Crowd-Management-Analyse mit dem Gaskessel auszuarbeiten, die alle Punkte berücksichtigt. Merci.

**Präsident**: Die Fraktion FDP, Oliver Berger.

**Oliver Berger (FDP)** für die Fraktion: Ich halte das Votum in Vertretung von Nik Eugster. Was bedeutet die Entwicklung des Gaswerkareals für den Gaskessel? Darüber haben wir im Rat schon ein paar Malberaten. Meine Grundskepsis kennt ihr. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Arealentwicklung keinen Einfluss auf den Gaskessel haben wird. Und ich habe einfach immer wieder das Gefühl, die Stadt ist hier nicht ganz ehrlich mit sich und mit dem Gaskessel; einmal mehr mit dieser Antwort. 2 Beispiele: Der Gemeinderat schreibt von einer Nutzungsdauer von 6 bis 8 Jahren, sagt aber selbst schon, vielleicht gebe es auch Verzögerungen. Er spricht von ein paar Monaten, gibt aber schon einmal präventiv eine Baubewilligung für 10 Jahre ein. Und weiter: Die provisorische Treppe bei der Monbijou-Brücke könne abgeschlossen werden. Aber wer macht das denn? Geht da tatsächlich jemand hin, um ständig auf- und zuzuschliessen? Bitte tragt Sorge zum Gaskessel. Es ist ein Ort, der momentan bei der jungen Generation besonders beliebt ist. Clubs in der oberen Stadt beklagen, dass die Jungen nicht mehr in den Ausgang kommen. Das stimmt nicht ganz. Sie gehen wieder dort in den Ausgang, wo schon meine Generation einmal war und hören lustigerweise auch wieder die gleiche Musik. Das ist doch toll. Aber wir töten diesen Ort, wenn wir nicht mit maximaler

Filigranität an die Arealentwicklung herangehen. Deshalb danke ich vielmals für die Interpellation und auch all die anderen Vorstösse in diesem Zusammenhang, die hier immer wieder eingereicht werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

**Präsident**: Gibt es weitere Voten zu diesem Geschäft? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Der Gemeinderat hat schon 2019 entschieden, den Gaskessel am bestehenden Standort zu erhalten und nach der Volksabstimmung zum Kauf des Areals, das war 2020, auch ein Sanierungskonzept für den Gaskessel ausarbeiten zu lassen. Die Arealentwicklungen und die damit verbundenen, auch die Sanierung des Gaskessels, basieren auf der vom Stadtrat gewünschten urbanen Mischnutzung und dem dafür notwendigen Mit- und Nebeneinander der bestehenden und zukünftigen Nachbarschaften. Um diesen sehr anspruchsvollen Auftrag – ja, das ist ein anspruchsvoller Auftrag – zu erfüllen, braucht es die enge Zusammenarbeit zwischen den Planungsgremien, in diesem Fall Immobilien Stadt Bern als Eigentümerin und Bauherrenvertretung, und natürlich dem Verein Gaskessel als Mieter. Und der Einbezug des Gaskessels in dieses Planungskonzept ist auch qualifiziert durch ein Informationsgefälle und auch ein Fachgefälle. Das ist eine sehr anspruchsvolle Zusammenarbeit, die, wie hier schon im Saal gesagt wurde, auch mit der nötigen Sorgfalt vollzogen werden sollte. Damit auch die Volksschulen Kirchenfeld und Sulgenbach saniert werden können, wird nun auf dem Gaswerkareal ein Schul- und Turnhallenprovisorium realisiert. Das macht es nicht einfacher bezüglich der Komplexität dieser Planung. Und neben dieser sinnvollen Zwischennutzung auf diesem Areal können auch wertvolle Erfahrungen mit einer neuen Nachbarschaft neben dem Gaskessel gesammelt werden und somit Erkenntnisse in die langfristige Entwicklung einfliessen. Das ist natürlich auch wieder ein anspruchsvoller Vorsatz, indem man sagt, man probiert jetzt auch aus, wie diese enge Zusammenarbeit aussehen kann, angesichts dieser sehr unterschiedlichen Nutzungskriterien. Ich habe mitbekommen, dass die Verwaltung nach dieser sehr engen Zusammenarbeit, in der man sich, wie ich gehört habe, auch ziemlich angenähert hat, nun eine Baueingabe eingegeben hat, in der eine Befristung auf 10 Jahre eingegeben ist; dies, falls es zu Verzögerungen bei den Sanierungsprojekten der Schulhäuser kommt. Und das wurde gegenüber dem Gaskessel nicht aktiv kommuniziert. Und somit ist auch die Vertrauensgrundlage, die man sich erarbeitet hat, ins Wanken gekommen. Das hat aber planerische Gründe. Es ist nach wie vor geplant, dass dieses Provisorium 6 bis höchstens 8 Jahre benötigt wird. Und es sind auch keine Hidden Agenda vorhanden und auch keine Änderung des Zeitplans vorgesehen. Der Gaskessel hat sich auch dazu geäussert, dass er eine Schule als direkte Nachbarnutzung schätzt und begrüsst. Und das Provisorium entspricht diesem Anliegen. Wir haben eine externe Analyse. Es ist gut, dass die Analyse extern ist und nicht intern. Logischerweise müssen das Fachpersonen machen. Und wenn beide Parteien Eingaben machen können, dann ist es auch gut, wenn die extern durchgeführt wird. Die Angaben, worauf die Analyse beruht, wurden vom Gaskessel geliefert, zum Beispiel die Pläne für Entfluchtung und Crowd-Management. Die wurden erstellt aufgrund der Kapazitätsangaben des Gaskessels für 1'470 Besucher*innen. Heute sind es 850, also mit noch ein bisschen Raum dort. Für die Abstände, die auch diskutiert wurden: Diese 14,35 Meter entsprechen dem heutigen Abstand bis zur Bowl. Ich denke, dass das auch nicht eine neue Information ist. Nichtsdestotrotz ist es auch für die weitere Planung und für den weiteren Betrieb absolut zentral, dass die Zusammenarbeit gut ist, dass sie auch vertrauensvoll ist, das

vielleicht auch wieder wird, und dass wir es tatsächlich schaffen, mit diesem Provisorium und vielleicht auch ein bisschen mit diesem Sich-noch-Annähern Erfahrungen zu gewinnen, die wertvoll sind für die zukünftige Entwicklung dieses Areals. Danke.

**Präsident**: Vielen Dank. Ich halte für das Protokoll fest: Der Zufriedenheitsgrad ist "teilweise zufrieden".

**2024.SR.0309**

## 7 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen

**Präsident**: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7, Motion "Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen". Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Lena Allenspach.

**Lena Allenspach (SP)** für die Einreichenden: Wir beraten heute eine Motion, die uns sehr am Herzen liegt. Sie ist quasi das diametrale Gegenteil von dem, was wir heute später noch diskutieren werden. Denn wir wissen alle: Die Miete ist der grösste Posten im Haushaltsbudget. Der Grossteil der Schweizer Bevölkerung lebt im Mietverhältnis. Und Wohnen ist das grösste Armutsrisiko. Die Mietpreise steigen. Und sie steigen nicht einfach so, sondern aufgrund illegal überhöhter Mieten. Und die Spekulation mit Wohnraum und Boden führt dazu, dass wir immer weniger bezahlbaren Wohnraum haben. Grundsätzlich haben wir in der Wohnbaupolitik 2 Hebel, um die aktuelle Situation zu verbessern. Wir können das Mietrecht verbessern, was aber auf nationaler Ebene geregelt ist, oder wir ändern die Besitzverhältnisse und garantieren damit gleichzeitig die Verfassung. Mehr gemeinnütziger Wohnraum, der dem Mietrecht entspricht und in dem Mieterinnen und Mieter zumindest in Kostenmiete leben können – um genau diesen Hebel geht es in der Motion, die wir heute beraten. Wir möchten, dass die Stadt ihre aktive Rolle in der Bodenpolitik weiterführt und für Liegenschaftserwerbe rasch auf dem Markt reagieren kann. Unsere Motion verlangt daher, dass der Rahmenkredit für Liegenschaftserwerb erneut auf mindestens 60 Mio. Franken aufgestockt wird und die Laufzeit wiederum 4 Jahre verlängert werden soll. Der Gemeinderat soll dem Stadtrat bzw. dem Stimmvolk eine entsprechende Vorlage unterbreiten. So kann die Stadt ihre Hebel nutzen und massgeblich dazu beitragen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, die wohnpolitischen Ziele erreicht und Wohnungen zur Kostenmiete oder zu GüWR-Kriterien (Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien) vermietet werden. Im Sinne einer Wohnpolitik, die für bezahlbare Mieten sorgt und der Spekulation entgegenwirkt, bitte ich euch, dieser Motion heute zuzustimmen. Herzlichen Dank.

**Präsident**: Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion FDP, Simone Richner.

**Simone Richner (FDP)** für die Fraktion: Wir sprechen heute über die erneute Aufstockung des Wohnbaufonds um 60 Mio. Franken und seine Verlängerung um 4 Jahre. Das Ziel: mehr bezahlbarer Wohnraum. Die Frage ist aber nicht, ob wir bezahlbaren Wohnraum wollen. Das wollen wir alle. Die Frage ist, ob dieser Fonds die richtige Strategie dafür verfolgt. Und dazu müssen wir klar sagen: Nein. Mehr Geld in den Wohnbaufonds zu stecken, bedeutet nicht automatisch mehr Wohnungen. Es bedeutet vor

allem mehr Schulden für die Stadt. Seit 2019 hat Bern bereits über 100 Mio. Franken in diesen Fonds investiert. Trotzdem steigen die Mieten weiter. Der Wohnbaufonds verändert nicht das Wohnungsangebot, sondern nur, wem die Wohnungen gehören. Doch das eigentliche Problem ist nicht die Eigentümerschaft, das Problem ist, dass zu wenig gebaut wird. Und das wäre die dritte Option, Lena. Dieses Modell ist finanziell riskant. Allein die Fondskapitalverzinsung steigt von 29,7 Mio. Franken im Jahr 2024 auf 30,4 Mio. Franken im Jahr 2025. Um das System überhaupt weiterzuführen, muss Bern bis 2028 zusätzlich 170 Mio. Franken an Fremdkapital aufnehmen. Wir finanzieren also einen Fonds mit Geld, das wir gar nicht haben. Das ist keine langfristige Strategie. Das ist Schuldenpolitik. Und genau hier liegt das grösste Problem. Der Erfolg dieses Fonds basiert auf der Annahme, dass die Immobilienpreise in Bern immer weiter steigen. Doch dafür gibt es keine Garantie. Wenn der Markt stagniert und gar sinkt, bleibt die Stadt auf einem teuren Immobilienstand sitzen, der sich nicht mehr rechnet. Und wer zahlt dann die Rechnung? Die Steuerzahlenden. Der zweite grosse Fehler dieses Modells ist, dass der Fonds nicht dafür sorgt, dass mehr Wohnraum entsteht. Er kauft lediglich bestehende Wohnungen auf. Doch damit entlastet man den Wohnmarkt nicht. Man kann den Wohnungsmarkt nicht entspannen, indem man Wohnungen von der einen Hand in die andere gibt. Man muss neue Wohnungen bauen und genau hier versagt die Stadt. Bauprojekte verzögern sich, Genehmigungen dauern ewig, private Investoren werden durch die Bürokratie ausgebremst. Wenn wir die Wohnungsnot in Bern wirklich lösen wollen, müssen wir bei diesen strukturellen Problemen ansetzen. Wir brauchen schnellere Bewilligungsverfahren, wir müssen private Investoren fördern, anstatt sie zu blockieren, und wir müssen sicherstellen, dass öffentliche Gelder dort eingesetzt werden, wo sie wirklich etwas bewirken, nämlich zum Bau neuer Wohnungen. Diese Motion ist ein weiteres teures Pflaster für ein Problem, das nur durch mutige Reformen gelöst werden kann. Bern braucht eine Wohnbaupolitik mit Zukunft, keine Finanzpolitik mit Ablaufdatum. Besten Dank.

**Präsident**: Als Nächstes für die Fraktion GB/JA, Nora Joos.

**Nora Joos (JA)** für die Fraktion: Bereits 1984 bei der Einführung des Fonds war eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik für die Bekämpfung von Spekulation und Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt notwendig. Diese Notwendigkeit ist leider heute immer noch der Fall. Ich wünschte, ich könnte heute festhalten, dass der Fonds seinen Nutzen selbst überflüssig machte und es ihn zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum nicht mehr braucht. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die städtischen Bestandesmieten sind letztes Jahr um etwas mehr als 3% gestiegen. Wie die Einreichende bereits erläutert hat, wird Wohnraum in der Stadt Bern von Jahr zu Jahr teurer. In den letzten 20 Jahren stiegen die Mieten um knapp 30%. Verglichen mit dem Anstieg der Konsumentenpreise sind die Kosten für Wohnraum seit 2007 unverhältnismässig gross. Wie ihr alle wisst, sind die Mieten am Explodieren und es hat zudem mit einer Leerwohnungsziffer von 0,45 keinen verfügbaren Wohnraum. Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist insbesondere für die von Armut betroffenen und gefährdeten Haushalte eine grausame Herausforderung. Wohnen darf kein Luxusgut sein, sondern ist ein Grundbedürfnis. Aktuell geben die Mieter*innen in der Schweiz aber ein Viertel ihres Einkommens für Wohnung und Energie aus. Studien zeigen, dass im Durchschnitt knapp 400 Franken pro Monat missbräuchliche, ungerechtfertigte Rendite sind. Diese Zahl sollte aber 0 sein. Es läuft also eindeutig etwas falsch im Wohnungsmarkt. In Bern besitzen gewinnorientierte Akteur*innen oder sogenannte Immobilienhaie drei Viertel der Wohnungen. Gemeinnützigen Trägerschaften gehören nur gerade einmal 10%. Das sind

nicht einmal 10'000 Wohnungen. Dieser Anteil muss dringend höher sein. In Wien beispielsweise gehören doppelt so viele Wohnungen gemeinnützigen Trägerschaften. Bei der Wohnbauleistung ist es sogar ein Drittel. Aber wieder zurück zur Stadt Bern. Der Fonds besitzt 2'500 Mietwohnungen, davon werden gerade einmal 700 Wohnungen zu GüWR-Kriterien vermietet. Dies ist in Anbetracht der Situation auf dem Wohnungsmarkt erschreckend wenig. Vor diesem Hintergrund fordert die GB/JA!-Fraktion den Gemeinderat auf, die aktualisierte Wohnstrategie mit oberster Priorität umzusetzen und mehr bezahlbaren Wohnraum verfügbar zu machen. Dazu gehört beispielsweise die Umsetzung der Mietzinskontrolle, welche der Stadtrat im Herbst überwiesen hat, oder eben auch die heute geforderte Verlängerung und Aufstockung des Rahmenkredites. Es ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion wichtig und dringend notwendig, dass der Rahmenkredit des Fonds handlungsfähig bleibt, um Liegenschaften zu kaufen. Wir nehmen die Motion an, damit mit einer aktiven Boden- und Wohnbaupolitik Spekulation und Preisanstiege auf dem Wohnungsmarkt bekämpft werden können, mit dem Ziel, dass bezahlbarer Wohnraum kein Luxusgut mehr ist, sondern für alle verfüg- und bezahlbar. Merci.

**Präsident**: Für die Fraktion GLP-EVP, Maurice Lindgren.

**Maurice Lindgren (GLP)** für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Was wir viel lieber sehen würden als eine Erhöhung des Rankenkredits, wäre ein Kredit für mehr Wohnungsbau. Im Fall der Kredite zu Viererfeld, Gaswerkareal und weiteren haben wir das auch gerne getan. Die Problematik der knappen Wohnungen und damit auch den Preisen liegt an dem zu tiefen Wohnungsbestand. Es liegt daran, dass zu wenig gebaut wird. Es liegt daran, dass die Stadt schneller wächst, als Wohnungen gebaut werden. Es liegt daran, dass unsere Gesellschaft immer mehr Platz braucht, auch pro Kopf gerechnet. Wenn die Stadt nun Wohnungen kauft und günstig und subventioniert vermietet, bekämpft sie das Symptom, nicht die Ursache. Und ich erlaube mir die Klammerbemerkung: Sie setzt aus volkswirtschaftlicher Perspektive auch noch die falschen Anreize. Wenn die Stadt mehr Wohnungen kauft, bleibt der knappe Wohnungsbestand trotzdem bestehen. Dass zu wenig gebaut wird, ändert sich auch nicht. Die Stadt wächst noch genau gleich schnell wie vorher und die Leute nehmen trotzdem immer mehr Quadratmeter für sich in Anspruch. Da kann man lange auf Spekulation, auf Gewinnorientierung, auf die Immobilienhaie, auf den Markt schimpfen. Es nützt alles nichts. Es bleibt ein simpler und einfacher Fakt: Es hat weniger Wohnungen, als die Leute gerne hätten und das bliebe auch so, wenn die Stadt mit dem Fonds oder sonst mit Steuergeldern die gesamten stadtbernischen Immobilienbestände aufkaufen würde. Es sind immer noch gleich viele oder eben wenige Wohnungen. Für eine solche Politik wollen wir uns nicht um weitere 60 Mio. Franken verschulden, und lehnen die Motion deshalb ab.

**Präsident**: Merci. Für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

**Johannes Wartenweiler (SP)** für die Fraktion: Schulden machen ist ein zentrales Element der Immobilienwirtschaft. Das wissen wir links und rechts alle. Und Schulden in Häuser zu investieren, ist eigentlich gut investiertes Geld. Insofern mache ich mir keine Sorgen, wenn die Stadt sich für den Kauf von Liegenschaften verschuldet. Der Rahmenkredit für den Kauf von Liegenschaften erfüllt eine vordringliche Aufgabe. Er gibt der Stadt ein Instrument in die Hand, um schnell auf Opportunitäten auf dem Liegenschaftsmarkt reagieren zu können. Dabei ist es wichtig, dass sie sich nicht auf Ge-

schäfte mit einer spekulativen Dimension einlassen darf. Die Stadt hat diese Gelegenheit bereits mehrfach genutzt und verschiedene Liegenschaften erworben. Es ist ganz in unserem Sinn, dass wir einen Schwerpunkt auf öffentlichen und gemeinnützigen Besitz von Wohnungen legen. Lena hat die Bedeutung der Miete für die Kaufkraft und die damit verbundene Belastung für breite Teile der Bevölkerung geschildert. Die Bestimmungen des Mietrechts werden grosszügig ausgelegt oder ignoriert. Damit verdienen die Wohnungsbesitzenden zusätzliche Milliarden. Dieses Geld fehlt den zwei Dritteln der Bevölkerung, die zur Miete wohnen. Hier immer wieder aufzustehen und dagegen anzugehen, gehört zu den Kernanliegen der SP. Der Kauf von Liegenschaften durch die Stadt mag für grossdenkende bürgerliche Vorkämpfer*innen Peanuts und ein Tropfen auf den heissen Stein sein – das haben wir schon gehört –, der keine wirklichen Auswirkungen auf den Markt und die Mieten habe und deshalb zu unterlassen sei. Für uns ist es ein konkreter Versuch, die Sache dort in die Hand zu nehmen, wo wir sie in die Hand nehmen können. Und dazu gehört es, den städtischen Liegenschaftsbesitz zu vergrössern und Mieten auf der Basis der Kostenmiete bzw. des Berner Modells zu berechnen. Für uns ist klar, dass Wohnen nicht ein beliebiges Gut ist, dessen Preis auf dem Markt bestimmt wird. Wohnen ist existenziell, was auch die leider zahnlosen Bestimmungen im Mietrecht anerkennen. Deshalb tun wir doch alles Mögliche, um den privaten, renditeorientierten Wohnbesitz einzudämmen. Und dazu gehört der Erwerb von Liegenschaften durch die Stadt. Wer von euch unser wohnpolitisches Programm gelesen hat, weiss, dass wir ambitionierte Ziele haben. Ein Drittel soll städtisch sein, ein Drittel gemeinnützig und ein letztes Drittel privat. Ihr wisst vermutlich auch, dass wir meilenweit davon entfernt sind. 2'500 Wohnungen gehören der Stadt, 8'000 Wohnungen gehören den Gemeinnützigen, knapp 70'000 Wohnungen sind im privaten Besitz. Mit dem Rahmenkredit wird die Diskrepanz zwischen Soll und Haben wenigstens ein bisschen verkleinert. Wenn es im aktuellen Rhythmus weitergeht, haben wir das Soll bei den städtischen Wohnungen in 781 Jahren erreicht. Aber ihr wisst, die SP hat einen langen Atem. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats und stimmen der Verlängerung des Rahmenkredits zu.

**Präsident**: Merci. Als Nächstes Sibyl Eigenmann.

**Sibyl Eigenmann (Mitte)** für die Fraktion: Ich rede Schweizerdeutsch, weil ich grundsätzlich meine Voten nie auf Hochdeutsch vorbereite und lieber so rede, wie mir der Schnabel gewachsen ist, und mit Emotionen und ohne abzulesen. Der Fonds für Wohn- und Bodenpolitik ist eigentlich etwas Gutes, er ist per se nichts Schlechtes. Wenn sich die Gelegenheit ergibt, sollte die Stadt etwas aufkaufen und günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Das ist sehr gut in der Theorie. Ich möchte mich aber den Vorrednern Maurice und Simone, anschliessen. Sie haben das erwähnt. Wir würden uns eigentlich eher wünschen, dass die Stadt ihre Ressourcen und ihre Energie in Wohnprojekte hineinwirft, die auf der langen Bank liegen. Wir haben viele Projekte, die einfach liegenbleiben in der Verwaltung: Gaswerkareal, Viererfeld und so weiter, die einfach nicht vorwärtsgehen. Es ist eigentlich skandalös, wie langsam die Stadt arbeitet und wie wenig sie bei dem Thema vorwärtsmacht, das ihr anscheinend zu wichtig ist. Das ist einmal ein Punkt, warum wir die Motion ablehnen. Dann noch der Punkt, der genannt worden ist. Es lohne sich, hier Schulden zu machen. Wir haben extrem viele Schulden. Und jetzt macht man noch mehr Schulden, mit den, ich glaube, 60 Mio. Franken sind in der Motion vorgeschlagen, denn die fallen nicht vom Himmel. Und nachher kann man sagen, das seien keine Steuergelder, die seien aus dem Fonds. Wir haben das hier drin immer wieder gehört. Als wir gegen die Aufstockung des Fonds waren, hat man uns

immer gesagt: Ja, aber das ist Fondsgeld, das ist kein Steuergeld. Das ist alles gut. Aber auch der Fonds muss schlussendlich profitabel bleiben und auch der Fonds vermehrt sich nicht von alleine, der wächst nicht einfach so, nur weil er ein Fonds ist. Er muss profitabel bleiben. Ich sehe es einfach momentan nicht, dass die Stadt mit einer Aufstockung des Fonds weiterhin profitabel bleibt. Der Gemeinderat hat es in der Antwort auf diese Motion schon genannt. Es werden neue Stellen geschaffen, weil die Wohnungen ja auch bewartet werden müssen, etc., etc. Wollt ihr nicht gescheiter diese Stellen schaffen, um endlich einmal bei seinen Wohnbauprojekten vorwärtszumachen, die einfach nicht vorwärtsgehen? Ausserdem haben wir auch noch Mühe mit dieser Motion wegen des Absenders. Ganz ehrlich, wieso bringt ihr das nicht einfach in den Gemeinderat? Wieso müsst ihr eine Motion machen für etwas, wofür ihr überall die Mehrheit habt? Das finden wir recht komisch. Aber ja, wir lehnen die Motion ab. Besten Dank.

**Präsident**: Und als letztes Votum vor der Pause für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

**Mirjam Roder (GFL)** für die Fraktion: Ich kann es ganz kurz machen. Die Antwort des Gemeinderats ist sehr schlüssig und sagt eigentlich schon alles. Ich wiederhole es trotzdem noch ganz kurz. Die Stadt Bern steht in einem angespannten Wohnungsmarkt vor der Herausforderung, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Um in dieser Situation handlungsfähig zu bleiben, braucht es flexible und vorausschauende Instrumente. Genau das bietet der bestehende Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften. Mit der beantragten Erhöhung auf mindestens 60 Mio. Franken und der Verlängerung des Kredits um 4 Jahre stellen wir sicher, dass die Stadt weiterhin rasch und gezielt handeln kann. Denn in der Wohn- und Bodenpolitik gilt: Wer zu langsam ist, verpasst Chancen. Die bisherigen Erfolge zeigen, dass dieses Instrument funktioniert. Dank der schnellen Verfügbarkeit von Mitteln konnte die Stadt in den letzten Jahren viele Wohnungen sichern. Weitere Projekte sind in Planung. Diesen Spielraum dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Eine kluge Stadtentwicklung bedeutet nicht nur zu reagieren, sondern aktiv zu gestalten. Genau das tut die Stadt Bern mit dem Rahmenkredit und genau deshalb braucht es eine Verlängerung. Wir nehmen diese Motion selbstverständlich an. Danke.

**Präsident**: Vielen Dank. Wir sind somit am Ende der ersten Sitzung – ausnahmsweise mal etwas früher als zu spät. Dennoch oder gerade deswegen: Bitte pünktlich um 20.30 Uhr zurück sein, damit wir weiterfahren können. Ich wünsche euch einen guten Appetit.

**Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

**Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:25 Uhr**

*Stadtrat anwesend*
Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

*Stadtrat entschuldigt*
Nadine Aebischer
Francesca Chukwunyere
Nik Eugster
Georg Häsler
Thomas Hofstetter
Fuat Köçer
Anna Leissing
Dominic Nellen
Irina Straubhaar

*Gemeinderat anwesend*
Marieke Kruit PRD
Alec von Graffenried SUE
Melanie Mettler FPI

*Stadtkanzlei anwesend*
Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

*Ratssekretariat anwesend*
Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

**2024.SR.0309**

## 7 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach/Johannes Wartenweiler, SP): Erfolgreiche Wohn- und Bodenpolitik fortsetzen: Rahmenkredit des Fonds weiterführen

**Präsident**: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit für die zweite Sitzung. Ich bitte euch jetzt, Platz zu nehmen und den Geräuschpegel herunterzufahren. Wir sind bei Traktandum 7, wir sind noch bei den Fraktionsvoten. Angemeldet ist für die Fraktion SVP, Stephan Ischi.

**Stephan Ischi (SVP)** für die Fraktion: Für eine Entlastung des Immobilien- und Mietmarkts gibt es genau 2 Möglichkeiten. Entweder wir lassen niemanden mehr nach Bern rein oder wir bauen einfach viel mehr. Da das erste utopisch ist, also dass wir niemand mehr nach Bern reinlassen, müssen wir einfach mehr bauen. Nur so ist die Preisfestlegung nämlich angedacht. Es sind nicht die verhassten Immobilienhaie, die bösen Hauseigentümer und die widerlichen Vermieter, die die Preise für Immobilien bestimmen, sondern es ist einfach das Angebot und die Nachfrage, die das machen. Das Mietverhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist nämlich mehrheitlich gut. Also braucht es keine Regulierung, noch weniger Verbote und vor allem überhaupt keine planwirtschaftlichen Ideen. Wir sind schon immer eigentlich gegen die Einmischung der Stadt Bern im Immobilienmarkt gewesen. Wir haben selbstverständlich aber den demokratischen Entscheid mitgetragen, der gesagt hat, dass wir solche Wohnungen mit dem Fonds kaufen wollen. Wir fragen uns aber, wie das Stimmvolk heute reden würde, denn mittlerweile haben wir nämlich Erfahrungen gesammelt und wissen, dass der Effekt dieser Übung vor allem einfach teuer, nutzlos und extrem risikoreich und vor allem ein Tropfen auf dem heissen Stein gewesen ist. Vielleicht etwas aus der Praxis. Wenn ich mit meinem Netzwerk rede und mich so herumhöre, dann höre ich vor allem 2 Voten und die muss man, glaube ich, wirklich ernst nehmen.
Immobilienentwickler klagen, dass die Stadt Bern, wenn es darum geht, eine Immobilie zu kaufen, immer den höchsten Preis zahlt. Also ein Immobilienentwickler hat praktisch keine Chance mehr, eine Immobilie zu kaufen, weil die Stadt Bern immer den höchsten Preis zahlt. Und den Hauseigentümern, die, die ein Mehrfamilienhaus haben oder so, denen wird unter vorgehaltener Hand gesagt: "Hey, verkauf doch dein Haus an die Stadt Bern, die zahlt jeden Preis". Damit ist zu mindestens in der Praxis klar, dass der Immobilienmarkt von der Stadt Bern angeheizt wird, mindestens die Preise auf alle Fälle, was diametral zur Zielsetzung steht. Dabei wäre eines der wichtigsten Kriterien nämlich, dass man keine spekulative Preise bezahlt. Wie kommt jetzt dieser Widerspruch? Also einerseits sagt man, man wolle keine spekulative Preise zahlen und andererseits zahlt man die höchsten Preise. Ja, das sind alle so recht sportliche Bewertungssysteme, die man in der Stadt Bern hat. Und auch die Idee, dass die Zinsen dauerhaft tief sind und die Immobilienwerte einfach nur noch steigen, die nächsten Jahre, die nächsten Jahrzehnte immer steigen. Was die Zinsen angeht, kann ich mich aber noch an Hypothekar-Zinsen von 7%, 8%, ja 9% und noch höher erinnern. Viel Glück mit einer Milliardenschuld, viel Glück.
Was die Werten der Immobilien, also die Immobilienwerte angeht, muss man sich vielleicht ab den 90er Jahren – für die, die dann noch nicht geboren waren – an die grosse Immobilienkrise in der Schweiz oder an die Finanzkrisen von 2008 erinnern. Immobilien muss man verstehen, man muss sie kennen, man muss sie managen und man muss sie anschauen als risikobehaftete Anlageklasse. Eine Immobilie ist nicht risikolos, es

ist eine risikoreiche Anlageklasse, die man diszipliniert im Griff haben muss. Dass der Immobilienmarkt Risiken birgt, zeigen ja nämlich auch die absoluten Verschärfungen, die wir jetzt in der letzten Zeit im Hypothekarmarkt auch gesehen haben, bei der Nationalbank, bei der FINMA. All diese Verschärfungen, die da gekommen sind, und dann auch noch der Ruf, und der ist vor allem von eurer Seite gekommen, nach mehr Eigenkapital für die Banken, damit man den Immobilienmarkt absichern kann. Also auf der einen Seite kaufen wir einfach Immobilien, auf der anderen Seite sagen wir, wir müssen alles verschärfen, schwierig. Was mich auch ratlos zurückgelassen hat, waren vor allem die Voten bei den Demonstrationen während der Finanzkrise, wo linke Kreise mit heiligem Eifer und grimmigem Zorn die bösen, riesigen Banken "gehatet" haben. Dabei haben die bösen Banken dann in der Sache nicht viel anderes gemacht als in Stadt Bern, Deals und Verschachtelungen von viel zu teuren Immobilien, so ist nämlich das Ganze zusammengefallen. Ich habe damals die Euphorie und die Gier am Immobilienmarkt verurteilt, das muss ich ehrlich sagen, und welche Überraschung, ich verurteile sie heute genauso. Und so geht es nicht. Und deshalb sage ich, stimmen wir dem Ansinnen zu, weiterhin Häuser zu exorbitanten Preisen zu kaufen, luxusmässig zu renovieren, noch Geld reinzustecken, weiss nicht wie, dann kann uns wirklich nicht mehr geholfen werden. Für einige wenige, mit einer Risikobereitschaft, die selbst die Lehman Brothers 2008 blass aussehen lassen würde. Wenn wir wirklich etwas machen wollen, dann investieren wir das Geld in eine effiziente und funktionierende Baubewilligungsbehörde. So entstehen neue Wohnungen und beruhigen den Markt. Besten Dank.

**Präsident**: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, diese Motion erheblich zu erklären und diesen Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften auf 60 Mio. Franken aufzustocken und die Laufzeit des Rahmenkredits, um weitere 4 Jahre zu verlängern. Die Nachfrage nach günstigem Wohnraum, wir hören es, in der Stadt Bern ist unvermindert hoch. Und es ist immer noch das Ziel der Stadt und das Ziel der Wohnstrategie, preisgünstigen und hindernisfreien Wohnraum für unterschiedliche Wohnbedürfnisse zu fördern und zu schaffen, und es hat sich bewährt, dass der Rahmenkredit als Instrument auf dem Markt genutzt werden kann, um bei günstigen Gelegenheiten rasch aktiv werden zu können. Die Stadt will sich so günstigen Wohnraum sichern. Und es gibt auch Verkäufer*innen, die zu interessanten Konditionen an die Stadt verkaufen möchten und auch in solchen Situationen muss man rasch handeln können. Kaufobjekte, welche für die Stadt interessant sind, gibt es natürlich nicht allzu oft, die überhaupt die Kriterien des Rahmenkredits erfüllen. Es ist auch nicht immer so, dass die Stadt gerade die Erste wäre, die zum Zug kommen kann, aber wenn es dann so weit ist, ist eben der Rahmenkredit genau das Instrument, das es der Stadt ermöglicht, bei interessanten Verkaufsobjekten ab 5 Mio. Franken mitzubieten, da eben der Kauf so vom Gemeinderat und in nützlicher Frist beschlossen werden kann. Das kann von entscheidender Bedeutung sein. Vielleicht noch kurz im ersten Rahmenkredit seit 2019 für 60 Mio. Franken, da konnte man innerhalb von 2 Jahren im Wert von 45,5 Mio. Franken beschaffen, darunter 8 Liegenschaften mit 75 Wohnungen. Im zweiten Rahmenkredit seit September 2021 konnte man innerhalb von rund 3 Jahren Liegenschaften mit 43 Wohnungen erwerben. Das ist es schon, danke.

**Präsident**: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Motion. Wer die Motion erheblich erklären will, drückt Grün, wer sie ablehnt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 011

| 2024.SR.0309 | |
|---|---|
| **Annahme** | |
| Ja | 43 |
| Nein | 21 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

**2024.SR.0174**

## 8 Motion Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern!

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 8 und 9.*

**Präsident**: Wir kommen zu den Traktanden 8 und 9, die wir gemeinsam behandeln. Traktandum 8, Richtlinienmotion: Mehr Wohneigentum für Familien mit Kindern. Traktandum 9, Postulat: Mehr Wohneigentum für den Mittelstand, es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie. Beide Vorstösse sind vom Gemeinderat bestritten, so erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Simone Richner.

**Simone Richner (FDP)** für die Einreichenden: Besten Dank, ich werde zuerst das Einreichenden-Votum für die Motion halten und anschliessend das Einreichenden-Votum für das Postulat.
Die Stadt Bern steht vor einer fundamentalen Herausforderung, die Wohnungsknappheit und insbesondere der Mangel an bezahlbarem Wohneigentum treiben immer mehr Familien aus der Stadt in die Agglomeration. Damit geht nicht nur ein Stück Identität unserer Stadt verloren, sondern auch ein entscheidender Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Diese Motion setzt hier an und bietet eine pragmatische, aber wirkungsvolle Lösung. Ein massgeblicher Anteil des von der Stadt Bern und des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik erstellten Wohnraums soll Stadtberner Familien mit Kindern und mittlerem Einkommen zum Erwerb angeboten werden. Der Wunsch nach Wohneigentum ist kein Luxusbedürfnis, sondern ein tief verankertes, legitimes Anliegen vieler Familien. Wer Eigentum besitzt, setzt sich nachhaltig für das Gemeinwohl ein, ist langfristig an die Stadt gebunden und investiert in deren Zukunft. Diese Form der Sesshaftigkeit fördert soziale Koalition, stabilisiert Quartiere und belebt lokale Strukturen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Leerwohnungsziffer in Bern betrug zuletzt nur 0,44%, was de facto einem nicht funktionierenden Marken entspricht. Das Angebot an Wohneigentum ist nicht nur verschwindend klein, sondern auch für Familien mit mittlerem Einkommen schlicht nicht erschwinglich. Das führt dazu, dass immer mehr Stadtbernerinnen und Stadtberner in die Agglomeration abwandern müssen, um sich den Traum von Eigenheim zu erfüllen. Diese Entwicklung ist nicht nur familienpolitisch problematisch, sondern widerspricht auch den Zielen des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Gemäss dessen Reglement soll Wohneigentum gefördert werden. Dennoch werden neue Entwicklungsgebiete wie das Viererfeld oder Mittelfeld

ausschliesslich für den Mietwohnungsbau genutzt. Hier wird eine zentrale Chance vertan, junge Familien in der Stadt zu halten. Unsere Motion verlangt, dass mindestens 25% der durch die Stadt und den Fonds auf neuen Entwicklungsarealen geschaffenen Wohnraums an Stadt Berner Familien mit Kindern verkauft werden. Die Vergabe soll gezielt an Haushalte der mittleren Einkommensschicht erfolgen, die über die notwendige Kaufkraft verfügen, aber derzeit in der Stadt Bern keine Möglichkeit haben, Eigentum zu erwerben, damit wir eine sozial ausgewogene Eigentumsförderung ermöglichen, ohne in spekulative Dynamik zu verfallen. Ein Spekulationsverbot gemessen geltenden Bestimmungen wird es sicherstellen. Warum ist diese Motion notwendig? Weil wir verhindern müssen, dass Familien aus unserer Stadt gedrängt werden, weil Wohneigentum langfristig soziale Stabilität schafft, weil das Fondsreglement explizit die Förderung von Wohneigentum vorsieht und diese Bestimmung endlich umgesetzt werden muss. Und weil unser Vorschlag nachhaltig und sozial verträglich ist. Wir müssen Bern zu einer Stadt machen, die Familien eine echte Perspektive bietet. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich Familien nicht zwischen ihrer Heimat und ihrem Eigenheim entscheiden müssen. Danke.
Dann würde ich zum Votum kommen für das Postulat: Wohneigentum ist mehr als ein individuelles Lebensziel, es ist ein Baustein für eine ausgewogene, nachhaltige Stadtentwicklung. Der Mittelstand, der unsere Gesellschaft trägt, findet in Bern kaum mehr Raum, sich diesen Wunsch zu erfüllen. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen, die hier verwurzelt sind, ihre Zukunft ausserhalb der Stadt suchen müssen. Ein Mittelstand ohne Perspektive ist ein Standort ohne Zukunft. Gerade weil wir als Stadt Vielfalt und Lebendigkeit leben wollen, dürfen wir nicht nur an jenen festhalten, die auf gemeinnützigen Wohnraum angewiesen sind, wir müssen auch jene ernst nehmen, die sich mit Eigeninitiative und Verzicht den Traum von Wohneigentum erarbeiten wollen. Wer Wohneigentum fördert, stärkt die Verantwortungskultur. Das Postulat fordert eine Strategie, kein Richtungswechsel um jeden Preis. Es verlangt, dass wir als Stadt endlich systematisch untersuchen, wie Wohneigentum auch für die Mittelschicht ermöglicht werden kann. Das ist eine Einladung zu einer ehrlichen wohnpolitischen Standortbestimmung. Eine Stadt ohne Strategie verliert den Kompass. Wir stehen als Politik in der Verantwortung, den Wohneigentumsmarkt nicht nur zu beobachten, sondern ihn zu gestalten. Mit einer Strategie, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet, können wir dem Mittelstand wieder eine Perspektive bieten und Bern zu einer Stadt machen, die auch in 20 Jahren noch als Heimat für alle gelten kann. Deshalb bitten wir, der Motion und auch dem Postulat zuzustimmen. Vielen Dank.

**Präsident**: Merci, ihr könnt euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

**Mirjam Roder (GFL)** für die Fraktion: Wir haben es jetzt schon einmal bei einem anderen Vorstoss von Matteo gehört, es geht wieder einmal um den feinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen dem Recht auf Wohnen und dem Recht auf Wohneigentum. Dabei stellt sich die zentrale Frage, was ist Aufgabe der Stadt und was nicht? Auch wenn ich es ehrlich gesagt ziemlich amüsant finde, dass die Fronten hier einmal umgekehrt sind. Die Bürgerlichen wollen mehr Staat und dass etwas Staatsaufgabe wird, und die Linken wollen, dass etwas nicht Staatsaufgabe wird. Es darf ja auch mal so sein. Bei allem Verständnis dafür, dass Wohneigentum für viele ein grosser Wunsch ist und bei aller Sympathie für junge Familien, die die Stadt verlassen, weil ihr Traum vom Eigenheim hier nicht realisierbar ist: Das drängendste Problem ist und bleibt bezahlbarer Wohnraum für alle.

Laut einer Studie der ZHAW aus dem Jahr 2022 möchten 9 von 10 Haushalten, die auf der Suche nach Wohneigentum sind, dieses erwerben, um eine langfristige Wohnsicherheit zu haben. Aber nun ist es ja zum Glück nicht so, dass Mieter*innen in der Stadt Bern ständig Angst haben müssen, ihre Wohnung zu verlieren. Die meisten wechseln freiwillig, weil sie umziehen oder eine passendere Wohnung suchen. Dennoch kennen wir alle Fälle, in denen Menschen ihre Wohnung ungewollt verlassen müssen, sei es wegen einer Kündigung wegen Eigenbedarf, Sanierung oder Abriss. Und genau hier liegt das eigentliche Problem. Wohnen wird immer teurer und jeder unfreiwillige oder auch freiwillige Umzug bedeutet für die meisten mehr Bezahlen für oft weniger Wohnraum. Genau hier sehe ich die Verantwortung der Stadt Bern. Sie muss sicherstellen, dass möglichst viele Menschen unabhängig von ihrem Einkommen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, wenn also niemand mehr Schwierigkeiten hat, in Bern eine erschwingliche Wohnung zu finden, dann können wir gerne darüber sprechen, ob die Stadt sich auch um Wohneigentum kümmern soll, aber bis dahin eindeutig nicht.
Denn die Realität ist, Bauland in Bern ist knapp, wenn wir es für den privaten Eigentumserwerb reservieren, fehlt es dort, wo es wirklich gebraucht wird, für den gemeinnützigen Wohnbau. Es ist hingegen nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, den Erwerb von Eigentum zu erleichtern, das ist nun wirklich für einmal Aufgabe des freien Marktes. Zudem zeigt es sich in anderen Städten, dass Wohneigentumsförderung oft nicht zur Mehrwohnsicherheit führt. Stattdessen werden öffentliche Mittel und Flächen langfristig dem Markt entzogen. Wenn die Stadt Land an Einzelpersonen verkauft, würde öffentlicher Boden unwiderruflich privatisiert. Und sind wir ehrlich, die Stadt kann nicht garantieren, dass genau jene Familien davon profitieren, die angeblich von der Eigentumsförderung abhängig sind. Und um es mit den Worten von Simone Richner zu sagen, die Stadt Bern braucht eine Wohnbaupolitik mit Zukunft und nicht mit Ablaufdatum und genau aus diesen Gründen lädt die GFL-Fraktion sowohl die Motion als auch das Postulat ab.

**Präsident**: Vielen Dank. Für die Fraktion SP/JUSO, Lena Allenspach.

**Lena Allenspach (SP)** für die Fraktion: Jetzt kommen wir zum diametralen Gegenstück. Ja, als ich diesen Vorstoss zum ersten Mal gelesen habe, muss ich sagen, dachte ich, ich sehe nicht richtig. Jetzt will man tatsächlich einen Teil der Wohnungen im Besitz der Stadt als Eigenheime verkaufen und das notabene von einer Partei, die sich letztes Jahr mehr Wohnungen auf die Fahne geschrieben hat. Da frage ich mich schon, mehr Wohnungen für wen genau? Ich sehe schon, dass es Menschen gibt, die gerne ein Eigenheim besitzen würden, dass es nun mal halt nicht mehr das Gleiche ist wie bei der Generation von unseren Eltern oder Grosseltern, obwohl sich auch damals längst nicht alle ein Haus oder eine Wohnung kaufen konnten, auch das eine eher privilegierte Sicht. Aber geschätzte Anwesende, liebe FDP, wer jetzt den Ausverkauf unseres Wohnraums fordert, der verschliesst die Augen vor der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung. Schlimmer noch, man trägt aktiv dazu bei, dass sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt noch verschärft. Mit dieser Motion wird ein wohnpolitisches Desaster gefordert und das erst noch unter dem Deckmantel, den Mittelstand zu entlasten. Dabei wissen wir alle genau, dass der ursprüngliche Mittelstand längst andere Probleme hat als den Erwerb eines Eigenheims.
Im letzten Jahr sind die Mietpreise in der Stadt Bern um 3,2% angestiegen. Schaut man auf die Entwicklung in den letzten 5 Jahren, also seit 2020, zum Beispiel für eine 4-Zimmer-Wohnung, beträgt der Anstieg 10%. Die Stadt Bern steht mit dieser Entwicklung

zwar besser da als der Schweizer Durchschnitt und liegt auch unter dem Landesindex für Konsumentenpreise, was auch das Resultat einer aktiven Wohnpolitik von dieser Stadt ist. Und dennoch ist diese Steigerung für viele längst zum Problem geworden, gerade auch für Familien. Denn während Prämien, Leben und Wohnen teurer werden, steigen die Löhne nicht im gleichen Ausmass an. Hinzu kommt, die Stadt wächst stetig. Es wird hier so getan, als ob alle in die Agglomeration ausweichen, weil sie in der Stadt nicht das finden, was sie wollen. Das mag für Einzelne zutreffen, schliesslich hat man je nachdem dort auch mehr Platz. Aber das Wachstum der Stadtbevölkerung beweist etwas anderes und es zeigt auch, dass wir jetzt nicht die langersehnten Wohnungen auf dem Viererfeld-Mittelfeld an einem kleinen Teil verkaufen dürfen. Für uns als Politikerinnen und Politiker muss die Verfügbarkeit von bezahlbarem und qualitativem Wohnraum höchste Priorität haben. Wir müssen jetzt die Wohnstrategie der Stadt Bern weiterführen und dafür sorgen, dass wir bestehenden Wohnraum schützen, das Mietrecht eingehalten wird und wir mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Geschätzte Anwesende, Wohnen ist ein Menschenrecht. Im Extremfall führen überhöhte Mieten zu Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit. Die Annahme dieser Motion und die Forderung nach einer Wohneigentumsstrategie würden einzig dazu führen, dass sich ein paar wenige, die es sich leisten können, eventuell eher ein Eigenheim in der Stadt kaufen könnten. Im Umkehrschluss trägt sie aber dazu bei, dass die Stadt für viele nicht mehr bezahlbar ist. Unsere Stadt steht nicht zum Ausverkauf. Die SP-JUSO-Fraktion lehnt diese beiden Vorstösse daher klar ab und ich bitte euch, das ebenfalls zu tun.

**Präsident**: Merci, als nächstes für die Fraktion GLP/EVP, Natalie Bertsch.

**Natalie Bertsch (GLP)** für die Fraktion: Wir werden dem Antrag des Gemeinderats folgen und sowohl die Motion als auch das Postulat ablehnen. Dennoch verstehen wir das beschriebene Problem im Grundsatz schon. Der Wunsch, sich zu verwurzeln, wächst oft mit der Familiengründung. Es ist nur schwer vorstellbar, die Stadt, die Freunde und das kulturelle Angebot der Stadt Bern hinter sich zu lassen und in die Agglomeration zu ziehen. Und so bleibt in der Konsequenz der Wunsch nach einer Wohnung oder Haus in der Stadt für die meisten unerfüllbar, selbst in Haushalten mit 2 Einkommen. Das unterscheidet sich schon sehr von der Situation bisheriger Generationen, bei denen ein Einkommen genügen konnte, um Eigentum zu kaufen. Gleichzeitig wäre es für die Stadt Bern von Vorteil, wenn mehr Menschen hier leben und sich dauerhaft verwurzeln könnten.
Eigenheim dient zudem häufig als Absicherung im Alter. Letztes Jahr gab es einen sehr interessanten Artikel in der New York Times, der eigentlich den Sonderfall Schweiz beschreibt: Obwohl es ein sehr wohlhabendes Land ist, gibt es hier sehr wenig Hausbesitzende und der Unterschied zwischen Miete und Eigentum spielt während des Erwerbslebens auch überhaupt keine Rolle. Doch im Alter sind Eigentümer*innen deutlich wohlhabender. Inwiefern Zugang zu Eigentum erleichtern, sozial ausgleichend wirken kann, sollte darum schon diskutiert werden. Aus liberaler Sicht sehen wir es aber nicht als Aufgabe der Stadt an, mit Steuergeldern über den Wohnungsfonds mehr Eigentum zu schaffen. Wie bereits erwähnt, sind für uns die Besitzverhältnisse nicht das Hauptproblem. Das eigentliche Problem ist, dass schlichtweg zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht. Und die Situation ist klar, die Stadt Bern wächst, während gleichzeitig der Wohnflächenverbrauch pro Kopf steigt. Doch es wird nicht genug oder nicht schnell genug gebaut und/oder verdichtet. Leider ist es halt so, dass in der Stadt Bern nicht genug Fokus auf günstigere Mieten durch mehr Wohnraum gelegt wird.

Grundsätzlich sehen wir in unserer Architektur immer auch ein Stück weit in unserer Vergangenheit. Heute leben Menschen länger, viele von ihnen am Lebensabend alleine und verständlicherweise möchte niemand das Zuhause oder den Lebensmittelpunkt gerade dann aufgeben. Zudem gibt es mehr Singlehaushalte, mehr Trennungen, schliesslich werden 50% aller Ehen wieder geschieden, wodurch oft zusätzlicher Wohnraum benötigt wird. Diesem erhöhten Wohnanspruch steht symbolisch das Einfamilienhaus gegenüber, das sich nur schwer an die heutigen sozialen und demografischen Veränderungen anpassen kann. Die wahre Herausforderung sehen wir daher in einer stärkeren innerstädtischen Verdichtung. Aus einer Umsetzungsperspektive erscheint uns die Motion zudem wenig praktikabel. Müssen Familien denn wieder ausziehen, sobald die Kinder erwachsen sind? Wie liessen sich Eigentumsverhältnisse und Immobilienpreise in der Agglomeration fair und einheitlich überprüfen? Zudem fühlt es sich schon ein wenig so an, als würde der Staat bzw. die Stadt ins eigene Schlafzimmer kommen. Wir halten es für schwierig, einen bestimmten Lebensstil zumal nicht immer frei gewählt zu begünstigen. Abschliessend möchten wir den Motionär*innen jedoch für ihre Initiative danken. Das angesprochene Problem verdient eine Diskussion und wir sollten über verschiedene Lösungsansätze diskutieren. In dieser Legislaturperiode planen wir auch, zu dieser Debatte beizutragen.

**Präsident**: Merci, als Nächstes für die Fraktion GB/JA!, Anna Jegher.

**Anna Jegher (JA)** für die Fraktion: Diese beiden Vorstösse zeigen einmal mehr, dass sich die Politik der FDP einzig nach dem Bedürfnis wohlhabenden Menschen orientiert und die Realität von Armut völlig ausblendet. Die Vorstösse suggerieren, dass Familien, zumindest solange sie genügend Geld haben, um sich eine Wohnung in der Agglomeration zu kaufen, ein Recht auf Eigentumswohnungen in der Stadt haben. In einer Stadt, in der akute Wohnungsnot herrscht, Mieten immer teurer werden und es fast unmöglich ist, günstigen Wohnraum zu finden, so eine Forderung zu stellen, ist zynisch und weltfremd. Ich weiss nicht, ob euch das bewusst ist, aber es gibt im Fall kein Recht auf Eigentumswohnungen. Die Schlussfolgerung, dass diese Familien, die das Bedürfnis nach Wohneigentum haben, in die Agglomeration ziehen müssen, obwohl sie doch so gerne ihre Kinder dort grossziehen würden, wo sie selbst aufgewachsen sind, ist völlig absurd. Es ist doch wirklich nicht unzumutbar, in einer Mietwohnung zu leben. Manchmal muss man sich im Leben halt entscheiden, wo die Prioritäten liegen. Und die Frage, ob ich lieber dort wohnen will, wo ich aufgewachsen bin oder Eigentum kaufen möchte, dünkt mich jetzt wirklich nicht eine bemitleidenswerte Ausgangssituation.
Dann stehen in der Motion auch so Sätze wie: "Ziel soll es sein, dass die Käuferfamilien kleine Kinder haben." Also geht es jetzt in diesen Vorstössen um Wohnpolitik oder Bevölkerungspolitik? Es scheint irgendwie, als würde es euch vor allem um die reproduktive Vermehrung von Hausbesitzenden gehen. Ein weiterer sehr absurder Punkt ist die Kritik, dass die Stadt zu stark, bedürftige Personen und Mieter*innen unterstützt und deswegen zunehmend zu einer Stadt von Arm und Reich wird. Diese Unterstützung dient gerade zur Armutsbekämpfung. Wenn die Stadt noch weniger preisgünstigen Wohnraum oder Mietwohnungen generell hätte, wären noch mehr Menschen von Armut betroffen und nicht weniger, das ist einfach logisch. Armut verschwindet nicht, wenn wir sie ignorieren. Und auch dieses Framing, sobald ein Kind da ist, muss ich ein Haus kaufen, das ist jetzt wirklich eine Vorstellung, die wir guten Gewissens im letzten Jahrhundert lassen können. Es ist sicher nicht die Aufgabe der Stadt, Menschen bei der

Verwirklichung ihres Traums einer heteronormativen, bürgerlichen Kleinfamilie mit Eigenheim zusätzlich zu unterstützen und das auch noch auf Kosten von Menschen, die sich nicht einmal eine Mietwohnung leisten können.
Eine FDP, die immer plädiert, der Staat solle sich nicht zu fest ins Privatleben einmischen und der freie Markt regelt sowieso schon alles, will jetzt ausgerechnet Menschen, die offensichtlich ja genügend Geld haben, weil sie sich ein Haus kaufen können und auch wenn es nur in der Agglomeration ist, ist das halt immer noch eine unglaublich privilegierte Position und ausgerechnet diese Personen sollen jetzt noch Unterstützung beim Hauskauf bekommen. Aber hingegen, dass Menschen ein Recht auf Wohnen haben und auf den wenigen preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, den es in dieser Stadt gibt, das ist euch dann wiederum egal. Wir haben nicht einmal genügend Notschlafplätze in dieser Stadt, aber dass Menschen keine Wohnung kaufen können, das ist euer grösstes Problem. Sorry, aber das ist wirklich jenseitig. Darum noch einmal, es gibt kein Recht auf Eigentumswohnungen, es gibt aber sehr wohl das Menschenrecht auf Wohnen und darauf sollten wir unseren politischen Fokus legen.

**Präsident**: Merci, für die Fraktion FDP, Simone Richner.

**Simone Richner (FDP)** für die Fraktion: Bern braucht eine Wohnbaupolitik mit Weitblick und Mut zur Vielfalt. Die aktuelle Entwicklung zeigt eine bedenkliche Tendenz. Der Mittelstand wird zunehmend aus der Stadt verdrängt, nicht, weil er es will, sondern weil er sich ein Leben in Bern schlicht nicht mehr leisten kann. Wenn der Mittelstand geht, verliert die Stadt ihr Rückgrat. Die gesellschaftliche Mitte trägt unsere Stadt wirtschaftlich, kulturell und sozial. Wer heute in Bern aufgewachsen ist, soll auch morgen die Chance haben, mit seiner Familie hier sesshaft zu werden. Wer in Bern bleiben möchte, darf nicht zur Abwanderung gezwungen werden, nur weil das politische System versäumt hat, für faire Bedingungen zu sorgen. Und ich möchte hier nur anfügen, weil hier zutiefst Kritik geübt wurde und nicht zuletzt von der Vorrednerin. Ja, wir haben gerade vorhin im vorigen Traktandum bekräftig, dass wir an der Strategie festhalten wollen, und wir wollen nichts anderes, als dass die Strategie umgesetzt wird. Deshalb haben wir diese Vorstösse geschrieben. Wohneigentum ist dabei mehr als eine Investition ins Private, es ist eine Investition in die Stadtgemeinschaft. Es schafft Bindung, Sicherheit und langfristige Perspektiven. Eine Stadt, die kein Wohneigentum für die Mitte schafft, verliert ihre Balance. Wir müssen aufhören, Wohneigentum als Gegenspieler zum gemeinnützigen Wohnungsbau zu betrachten. Beides hat Platz und beides braucht es, wenn Bern ein Ort für alle bleiben soll. Mit den nun vorliegenden Vorstössen liegt die Chance auf dem Tisch, die wohnpolitische Schieflage zu korrigieren. Wohneigentum für den Mittelstand ist kein Luxus, es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Fraktion der FDP sagt Ja zu dieser Korrektur und wir sind überzeugt: Wer eine soziale und stabile Stadt will, muss auch der Mitte Raum geben. Vielen Dank.

**Präsident**: Gibt es weitere Voten zu diesen beiden Traktanden? Michael Ruefer.

**Michael Ruefer (GFL)**, Einzelvotum: Nur eine kurze Replik auf die Forderung der FDP und die Aussage von Simone Richner, wonach die Stadt Bern mit ihrer Wohnbaupolitik den Mittelstand aus der Stadt verdrängt. Wir werden es nächste Woche hören, wie die Stadt Bern finanziell dasteht und es zeichnet sich schon seit mehreren Jahren ab, dass die Steuereinnahmen sprudeln, wie eh und je und es geht immer weiter hoch. Und das deutet doch sehr stark darauf hin, dass deine These total falsch ist, dass der Mittelstand

verdrängt wird, weil woher sollen denn diese Steuereinnahmen von natürlichen Personen sonst kommen? Und das Zweite, was die FDP auch total ausblendet, das ist doch, dass es nicht nur das Viererfeld und das Gaswerkareal gibt, was die Stadt beplant, sondern es gibt auch privaten Wohnbau, namentlich "gestapelte Stadt", das Wifag-Areal, Weyermannshaus West oder dann auch die Wankdorffeldstrasse und dort ist auch immer ein Drittel Wohneigentum vorgesehen, das sind mehrere 100 Wohnungen, die in den nächsten 10-15 Jahren in der Stadt Bern entstehen werden. Ich sehe das Problem wirklich nicht, danke.

**Präsident**: Merci, als nächstes Nora Krummen.

**Nora Krummen (SP)**, Einzelvotum: Ich habe inhaltlich den Voten von Lena und auch von Anna, nichts hinzuzufügen, jedoch habe ich eine kurze, sehr kurze Recherche während den Fraktionsvoten gemacht. Wenn man auf Immoscout einmal schaut, wie viele Wohnungen momentan in der Stadt Bern zum Verkauf stehen, dann sind es 12 4-Zimmer-Wohnungen oder grösser, die unter 800'000 Franken kosten und momentan zum Verkauf stehen. Sucht man hingegen Mietwohnungen, die 4 Zimmer oder mehr haben, unbefristet vermietet werden und unter 2'000 Franken Miete pro Monat kosten, sind es nur 9. Also ich glaube, das zeigt auch noch einmal auf, dass das Problem definitiv nicht bei den Eigentumswohnungen liegt. Vielen Dank.

**Präsident**: Als nächster Redner, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)**, Einzelvotum: Die SVP unterstützt ganz klar die beiden Vorstösse. Ihr wisst, wir haben uns immer dafür eingesetzt, sei es auf dem Gaswerkareal, sei es an anderen Orten, dass es auch höherwertige Wohnungen gibt, dass man auch Eigentum haben kann. Man hatte früher den Grundsatz, dass ein Drittel Eigentum oder Stockwerkeigentum, ein Drittel genossenschaftlich und ein Drittel Sozialwohnungen sein sollten. Hier in der Stadt Bern geht es offenbar darum, dass die Bürgerlichen oder Leute, die bürgerlich stimmen würden, dass sie gar nicht mehr in der Stadt Bern sind. Ihr habt es auch im Viererfeld gesehen, wie man da den Stimmbürger angelogen hat. Ich erinnere mich noch daran, als ich Vorstösse gemacht habe und gefragt habe, ob die Stadt Bern sich auch beteiligen wird. Man hat gesagt, nein, nein, das ist ein gutes Geschäft, die Stadt beteiligt sich nicht. Ihr seht, dass die Stadt sich immer mehr eingesetzt hat. Ihr habt gesehen, was für einen Fuss voll Wasser man herausgezogen hat. Die Kantonalbank hat sich zurückgezogen und noch andere Kassen haben sich zurückgezogen, die solvent waren. Nein, es gibt jetzt dort weitere GüWR-, genossenschaftliche und soziale Wohnungsanteile. Ihr habt gesehen, wie RGM eben zu ihren Leuten schaut und der Bürger soll verdrängt werden. Wir sind ganz klar der Meinung, dass eben auch Leute mit Familien hier Chancen haben sollen, dass man sie bevorzugt. Aber ich habe wirklich das Gefühl, dass es eben nicht gewollt ist, es ist politisch nicht gewollt. Ich bringe euch immer das Beispiel der Stadt Wien, wo es damals Wien gelungen ist, in den 20er und 30er Jahren eine sozialistische und kommunistische Mehrheit zu integrieren. Es gab erst den Wechsel, als die FPÖ nachher stärker geworden ist und nachher die Wähler in die Wohnungen eingezogen sind. Mir geht es hier darum, dass man eben den Familien eine Chance gibt, deshalb unterstützen wir die Vorstösse.

**Präsident**: Als nächstes Dominik Fitze.

**Dominik Fitze (SP)**, Einzelvotum: Also Alex, erstens einmal möchte ich festhalten, dass die RGM-Wählenden auch Bürgerinnen und Bürger sind, aber das ist okay. Ich habe eigentlich 3 rhetorische Fragen aus der Debatte. Erstens einmal habe ich mich ein bisschen gewundert, wenn diese Familien ja ein wenig Geld haben, wieso sie dann zum Beispiel nicht in eine Genossenschaft ziehen. Zweitens, ob es denn nicht eigentlich der Markt ist, der hier regelt, wenn Leute ihr Eigenheim finden können in der Agglomeration statt in der Stadt, weil hier müssen wir halt schon ein wenig schauen, dass wir genügend Wohnungen haben, dann vielleicht eben auch kein Eigenheim. Drittens habe ich mich dann auch gefragt, ob denn genossenschaftliches Wohnen für den FDP-Mittelstand nicht gut genug ist und eigentlich finde ich es dann aber auch ein bisschen absurd, diese ganze Debatte. Also der Verdrängungseffekt im Wohnbau, den gibt es, den gibt es für Leute, die ihre Wohnung verlieren und da sie wenig Einkommen haben, dann es sich nicht mehr leisten können, eine neue Wohnung zu finden in der Stadt. Und es ist doch schon ein wenig absurd, wenn wir von einem Verdrängungseffekt von Leuten reden, die so gut situiert sind, dass sie sich ein Eigenheim leisten können. Ich hätte also auch schon gerne ein Eigenheim, aber ich glaube, es wird auch eher eine Genossenschaft bei mir sein. Danke.

**Präsident**: Als nächstes Thomas Glauser. Ich bitte, weitere Voten jetzt anzumelden. Ich weiss nicht, ob es zielführend ist, jetzt in ein Pingpong mit Einzelvoten zu gehen. Thomas Glauser.

**Thomas Glauser (SVP)**, Einzelvotum: Eigenheim ja, wenn man diese Politik natürlich mit Steuergeldern machen kann, die Immobilienpolitik. Man kann das Viererfeld verbetonieren, 16 Hektar, man ist nicht einmal fähig, dort in die Höhe zu bauen. Schaut euch mal Ostermundigen an, die hätten das Land viel besser ausgenutzt, es hätte mehr Wohnraum gegeben. Das Viererfeld ist eigentlich so ein bisschen verplant worden. Warum nicht in die Höhe bauen? Als Landwirt verurteile ich das sehr. Pro Sekunde geht ein Quadratmeter grüne Fläche in der Schweiz kaputt und das jeden Tag seit den letzten 30 Jahren. Wenn man eine Durchmischung mit Eigentumswohnraum hat, also Eigentümer ist, dann ist es natürlich auch so, dass die Steuern zahlen. Ein Eigentümer ist nicht so wie der, der das Geld vom Steuerzahler ausgegeben hat. Ein Eigentümer muss selber arbeiten, ein Eigentümer muss selber krampfen. Ich bin selber Wohneigentümer, mir zahlt niemanden die Steuern oder verspielt irgendwie die Sachen. Hier verhindert man einmal mehr, dass eine Familie, die eben Eigentum will, die sich in der Stadt Bern einwurzeln will, deren Kinder vielleicht schulpflichtig sind, etwas kaufen kann mit der Stärke des Steuergeldes, die ihr braucht. Zum Beispiel der Boden-Fonds der Stadt Bern rentiert überhaupt nicht, es ist überhaupt nicht wirtschaftlich, was da gemacht wird. Schaut mal die Projekte an und gerade in einer Stadt, die rot-grün verschuldet ist, zieht sich jetzt eben die Spirale dann wieder runter, wenn man die Privatwirtschaft, die Eigentümer nicht Wohneigentum kaufen lässt. Deshalb finde ich die Motion, den Vorstoss gut, unterstützt ihn. Es ist nicht nur schlecht, wenn man Wohneigentümer ist. Wie gesagt, man zahlt auch Steuern in der Stadt Bern und für die Familie ist es sehr wichtig, dass sie die Möglichkeit hier haben. Besten Dank.

**Präsident**: Und als letztes Einzelvotum... verzichtet, Merci. Somit ist die Reihe an der Gemeinderätin. Für den Gemeinderat, Melanie Mettler. Du müsstest noch einmal schnell drücken für die Anmeldung. Merci, Mago.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die Motion und das Postulat abzulehnen. Der Gemeinderat verfolgt bei seinen Arealentwicklungen das Ziel, auf den begrenzt zur Verfügung stehenden überbaubaren Flächen preisgünstigen Wohnraum für Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen zu schaffen und auch der Fonds. strebt im Rahmen seiner Möglichkeiten ein Wohnungsangebot für verschiedene Bedarfsgruppen an und dabei berücksichtigt er eben insbesondere Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum Zugang zu qualitativ gutem Wohnraum haben. Der Gemeinderat verfolgt so also eine Strategie der marktergänzenden Rolle. Er will so eine Lücke schliessen und die Idee ist, der freie Markt fokussiert beim Wohnungsbau das Hochpreissegment sowohl bei Miete wie bei Eigentum an und die Stadt hingegen auf marktergänzende Mietwohnungen. Nun, die Stadt setzt sich so für eine familienfreundliche Stadt mit lebendigen Quartieren ein, sie fördert die Beteiligung von Jung und Alt in allen Stadtteilen und Quartieren. Nun vielleicht noch ein bisschen zur Einbettung, in der Bundesverfassung ist die Förderung des Wohneigentums in der Schweiz verbrieft und wir haben es auch im Fondreglement der Stadt Bern bei Artikel 2, b: Die Aufgaben der Boden- und Wohnbaupolitik sind die Förderung des Wohnungsbaus, der Erneuerung von Wohnungen und von Wohnungseigentum. Und doch eben Ende 2022 – hier habe ich die Zahlen dazu –, gehören rund 2/3 der Gebäude mit Wohneinheiten eben bereits natürlichen Personen, also natürlichen Personen, 2/3. Und der städtische Bestand von rund 2500 städtischen Wohnungen bietet nur einen begrenzten Spielraum. bei der Bewältigung der Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und auch in Zukunft wird der Gemeinderat seine wohnpolitischen Ziele in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Bauträgerschaften umsetzen. Er fokussiert dabei auf Segmente, welche vom Markt nicht oder nur wenig bedient werden, fördert gemeinwohlorientierte gemeinschaftliche sowie selbstverwaltete Wohnformen und Trägerschaften und handelt im eigenen Wohnungsbau in der Regel marktergänzend.

**Präsident**: Vielen Dank, wir kommen zur Abstimmung. Zuerst über Traktandum 8, eine Richtlinienmotion. Wer diese erheblich erklären will, stimmt Grün und sonst Rot.

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0174: als Richtlinie

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 6 |
| Nein | 59 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt diese Motion abgelehnt.

**2024.SR.0173**

## 9 Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner (FDP): Mehr Wohneigentum für den Mittelstand – es braucht endlich eine Stadtberner Wohneigentumsstrategie

*Traktandum 8 und Traktandum 9 werden gemeinsam behandelt. Siehe Traktandum 8.*

**Präsident**: Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum Nummer 9, das Postulat.

Abstimmung Nr. 013

| 2024.SR.0174: | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 11 |
| Nein | 55 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt auch das Postulat abgelehnt.

**2024.SR.0282**

## 10 Motion Thomas Hofstetter/Simone Richner (FDP): GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels

**Präsident**: Wir kommen zu Traktandum Nummer 10, Richtlinienmotion: GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Auch diese Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Ich erteile das Wort für die Einreichenden an Simone Richner.

**Simone Richner (FDP)** für die Einreichenden: Ich halte heute das Votum für meinen Fraktionskollegen Thomas Hofstetter, der heute leider verhindert ist. Die Motion fordert vom Gemeinderat sicherzustellen, dass bei allen Liegenschaftskäufen der Stadt Bern unabhängig von der Art des Objekts einschliesslich Fonds-Objekten stets ein aktueller GEAK-Plus-Bericht vorliegt, der nicht älter als 6 Monate ist. Dieser Bericht muss integraler Bestandteil der Geschäftsdokumente des Stadtrats sein. In den Unterlagen soll deutlich ausgewiesen sein, welche kurz-, mittel- und langfristigen Investitionen erforderlich sind, um die Liegenschaft energetisch nachhaltig zu sanieren und das Netto-Null-Ziel der Stadt zu erreichen. Zudem ist auszuweisen, welche Auswirkungen das Unterlassen von diesen Investitionen auf den Absenkpfad der Stadt Bern haben würde. Warum wünschen wir dies? Der Gebäudeenergieausweis der Kantone GEAK ist ein schweizweit standardisiertes Instrument zur Beurteilung der Gebäudehülle, der Gesamtenergiebilanz sowie der direkten $CO_2$-Emission von Immobilien. Der GEAK Plus beinhaltet darüber hinaus einen Beratungsbericht, der die verschiedenen Varianten einer energetischen Sanierung aufzeigt. Dieser Ausweis kann auf Wohngebäude, Verwaltungs- und Schulbauten, Hotels, Verkaufsflächen, Restaurants sowie Mischformen dieser Kategorien angewendet werden. Die Energiefachstelle der Stadt Bern empfiehlt allen Immobilieneigentümern, einen solchen Bericht zu erstellen. Ein GEAK-Plus-Bericht ermöglicht der Stadt Bern, dass der Liegenschaftskauf im Einklang mit den Klimazielen der Stadt ist und welche Investitionen notwendig sind, um die Ziele zu erreichen. Aus diesen Gründen soll die Stadt Bern mit gutem Beispiel vorangehen und für sämtliche Immobilienkäufe einen GEAK-Plus-Bericht erstellen.
Dies garantiert eine umfassende und transparente Aufarbeitung aller energetischen und klimabezogenen Aspekte im Rahmen der städtischen Liegenschaftsankäufe. Bei einem rot-grünen Gemeinderat, welcher vor ein paar Jahren den Klimanotstand ausgerufen hat, haben wir eigentlich erwartet, dass er Feuer und Flamme für diesen Vorstoss ist. Mehr noch, dass er sogar freiwillig bei allen städtischen Liegenschaften eine GEAK-

Analyse durchführen lässt, um die notwendige Transparenz zu erhalten und um die Ziele der Klima- und Energiestrategie zu erreichen. Zu unserem grossen Erstaunen ist es aber anders gekommen. In seiner ablehnenden Begründung nimmt der Gemeinderat in mehr als 75% seiner Antwort auf etwas Stellung, was diese Motion gar nicht gefordert hat. nämlich, dass bereits vor dem Kauf eine GEAK-Analyse gemacht werden muss. Weiter schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort, dass die in einer GEAK-Analyse präsentierten Resultate sowieso erhoben werden. Das ist super, denn dann ist es doch kein Problem, diese Daten GEAK-mässig aufzubereiten und dem Stadtrat zu unterbreiten. GEAK-Berichte schaffen Transparenz. Offenbar windet sich der Gemeinderat vor Transparenz bei Liegenschaftskäufen, anders können wir die Antwort des Gemeinderates nicht interpretieren. Wer A sagt, sollte auch B sagen. Wer der Klima- und Energiestrategie zugestimmt hat, müsste konsequenterweise auch hier zu dieser Motion Ja sagen. Die Klima- und Energiestrategie schwebt auf einer rosaroten Wolke, bei dieser Motion geht es aber um die tatsächliche Umsetzung der geforderten Massnahmen. Wer in diesem Rat klimapolitische Verantwortung übernimmt und Transparenz bei den Liegenschaftskäufen wünscht, stimmt dieser Motion zu.

**Präsident**: Somit könnt ihr euch auch hier für Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

**Johannes Wartenweiler (SP)** für die Fraktion: Es ist selbstverständlich klar, dass sich die Stadt darum bemühen muss, ihre eigenen Energie- und Klimaziele umzusetzen, wo immer das möglich ist. Das ist, glaube ich, unbestritten und ich glaube, die Stadt gibt sich auch Mühe, dem gerecht zu werden. Mit diesem Vorstoss der FDP haben wir nun aber eine etwas seltsame Situation, denn mir scheint, dass es gar nicht so sehr um den GEAK geht, sondern um die Verhinderung von Liegenschaftskäufen, so wie wir es vorher in dem überwiesenen Vorstoss diskutiert haben. Und ich kann es fast nicht anders benennen als eine Mogelpackung, die eigentlich auf etwas zielt, das gar nicht eigentlich Bestandteil des Vortrags ist. Und ich erinnere mich daran, dass vor nicht allzu langer Zeit ein ähnlicher Vorstoss im Stadtrat debattiert wurde, wo es offiziell um einen grösseren Spielplatz gegangen ist, Realiter, aber ist es darum gegangen, zu verhindern, dass der Turnweg als Durchfahrtsstrasse gesperrt wird. Es tut mir leid, aber wir können so einem Vorstoss nicht zustimmen und lehnen ihn deswegen ab.

**Präsident**: Merci, Johannes. Für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Wir sehen die Intention der Motionäre, aber wir sind der Meinung, dass man mit dem GEAK-Plus-Bericht – wir sind immer skeptisch, wir sind immer dagegen – Geld für unnötige Dinge ausgegeben wird. Auf der einen Seite kann ich es nachvollziehen, dass man sagt, wenn man das schon von den privaten Liegenschaftsbesitzer verlangt, dann soll die Stadt hier mit gutem Beispiel vorangehen. Aber ich bin der Meinung, dass man hier gewisse Büros einfach mit Steuergeldern alimentiert, für Sachen, die teilweise gar nicht notwendig sind, die man teilweise sogar selber eingereicht hat. Wir sind konsequent. Wir haben immer gesagt, dass wir nicht wollen, dass der Staat das hinterste und das letzte vorschreibt, deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.

**Präsident**: Merci dir. Gibt es da noch weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Ein GEAK-Plus-Bericht eignet sich besonders bei der strategischen Planung von Sanierungsmassnahmen, vielleicht nicht unbedingt für den Erwerb einer Liegenschaft. Die Umsetzung der Motion hätte so für die Stadt als Immobilienkäuferin eben Nachteile und erhebliche Mehrkosten zur Folge. Die Stadt konkurriert auf dem Immobilienmarkt mit finanzkräftigen Mitbewerbenden und erhält aufgrund der hohen Angebote von Dritten sowie deren schnelleren und schlankeren Prozesse bereits heute eher selten den Zuschlag. Wenn wir hier noch zusätzliche Forderungen an die Verkäuferschaft oder an uns selbst stellen, werden künftige Liegenschaftskäufe zusätzlich noch erschwert. Was wir aber haben, ist die behörden-verbindliche Energie- und Klimastrategie 2035. Der Gemeinderat hat die im Oktober 2024 beschlossen und die legt fest, dass der Treibhausgasausstoss bis 2035 um 86% des Verwaltungsvermögens bzw. 70% beim Fonds reduziert werden muss gegenüber 2019 und auch der Wärmeverbrauch muss um 20% abnehmen. Damit ist die Umstellung auf erneuerbare Energien und die energetische Ertüchtigung der Gebäude im Rahmen der Projekte also in der Wirkung sichergestellt. Der Gemeinderat bittet Sie deshalb, diese Motion abzulehnen.

**Präsident**: Merci vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Richtlinienmotion erheblich erklären will, drückt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 014

2024.SR.0282: als Richtlinie

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 4 |
| Nein | 62 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt diese Motion als Richtlinie abgelehnt.

**2024.SR.0147**

## 11 Interfraktionelles Postulat GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 11 und 12.*

**Präsident**: Wir kommen zu den Traktanden 11 und 12, die wir gemeinsam behandeln und ich begrüsse den ursprünglichen Miteinreichenden, Ersteinreichenden Marcel Wüthrich auf der Zuschauertribüne. Traktandum 11, Postulat: Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung. Traktandum 12, Motion: Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen. Beide Vorstösse sind vom Gemeinderat bestritten. Ich erteile das Wort für die Einreichenden an Michael Ruefer.

**Michael Ruefer (GFL)** für die Einreichenden: Ich spreche gleich zu Postulat und Motion, zu den Traktanden 11 und 12. Und ich will mich hier vorne nicht mit fremden Federn schmücken und eines gleich vorwegsagen, Tom hat es schon gesagt, die Idee und die Formulierung dieses Postulates und der Motion zur Bildung einer Sicherheitsreserve stammt von Marcel und das Votum stammt aus meiner Feder und gibt die Haltung der aktuellen Fraktion wieder.
Wenn wir über eine finanzielle Sicherheitsreserve sprechen, dann steht natürlich der grosse Elefant im Raum, es ist dies die wenig nachhaltige Finanzpolitik, die Gemeinde- und Stadtrat auch aus Sicht der GFL derzeit verfolgen. Wenn mich nicht alles täuscht, und das tut es nicht, ich habe mich versichert, ist es nächste Woche nämlich wieder so weit, dass wir erfahren, wie die Stadt finanziell dasteht. Und ich möchte es nicht vorwegnehmen, versteigere mich aber sicher nicht zu einer waghalsigen Prognose, wenn ich sage, die klammen Finanzen begleiten uns auch in der neuen Legislatur. Und ich höre jetzt schon hier einige im Saal oder zumindest vor meinem inneren Ohr, die sofort einwenden, ja, aber in den letzten Jahren ist das immer irgendwie besser gekommen als gedacht. Ja, das mag sein, aber darin zeigt sich kein ewig währendes Muster, sondern vor allem eins, die städtische Finanzpolitik funktioniert nach dem Prinzip Hoffnung. Wir hoffen, dass es eben doch ein wenig besser kommt als gedacht und dass finanzielle Polster eben doch noch ein paar Jahre mehr anhält, und das ist eigentlich absurd in der Zeit, in der wir sind. Wir leben eigentlich in einer Wachstumsperiode. Das BIP wächst zwar moderat, aber die Steuereinnahmen sprudeln regelrecht. Das widerspiegelt sich jedoch nicht in den städtischen Finanzen. Es gelingt uns nicht, in diesen konjunkturell zumindest zufriedenstellenden Zeiten Überschüsse zu erzielen, die nachhaltig sind, in dem Sinne, dass wir auch unsere Investitionen, unsere Rekordinvestitionen selbst stemmen können. Stattdessen sprechen wir hier im Rat darüber, wie wir uns finanziell durch die nächsten 4 Jahre irgendwie durchangeln können.
Genau jetzt wäre aber der Zeitpunkt, um vorzusorgen, um Jahr für Jahr etwas Geld zur Seite zu legen, sozusagen for a rainy day, in eine Spezialfinanzierung, die uns in einer akuten, ausserordentlichen Krise vor der Überschuldung bewahren kann. Eine solche Sicherheitsreserve, wie sie die beiden Vorstösse fordern, soll die Stadt davor bewahren, blindlings und mit bereits angeschlagenen Finanzen in eine Krise zu straucheln. Die Äufnung einer Sicherheitsreserve ist auch als Nachhaltigkeitsperspektive gerecht. Wenn es gut läuft, soll die Bevölkerung ihren Beitrag leisten für den Moment, wo es eben nicht so gut läuft. Das Geld bleibt dann sozusagen als interne Versicherungsprämie 1 zu 1 im System, ohne Verwaltungskosten und sogar mit der Chance, dass es als Cash im Eigenkapital verzinst werden kann. Denkbar wäre zum Beispiel, wie es im Postulatstext steht, jährlich zwischen 2 und 12 Mio. Franken Überschuss in einen Krisentopf zu stecken und ihn so lange zu äufnen, bis er rund 2 Steuer-Zentel, also ungefähr 60 Mio. Franken umfasst. Zum Vergleich, die Zielgrösse der finanzpolitischen Reserve und des Bilanzüberschusses beträgt zwischen 120 und 180 Mio. Franken.
Ich kommentiere noch die Antwort des Gemeinderats, der die beiden Vorstösse zur Ablehnung empfiehlt. Er äussert diverse Vorbehalte in seiner Antwort. Er behauptet, eine ausserordentliche Situation sei nicht per se definierbar und eine solche Krisenkasse würde sofort und nicht nur bei einem Jahrhundertereignis Begehrlichkeiten wecken und vorschnell geleert. Darauf erwidern wir, führt einfach ein 2/3-Quorum ein oder Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit die Kasse eben nicht so schnell angetastet werden kann. Das sind erprobte Instrumente, zum Beispiel bei der Schuldenbremse des Bundes. Der Gemeinderat behauptet weiter, es gebe doch schon einen Puffer für Krisen, und zwar in Form des Bilanzüberschusses bzw. der finanzpolitischen Reserve.

Wir entgegnen, erstens ist diese Kasse eben auch nicht so geäufnet, wie der Gemeinderat es sich eigentlich vornimmt und zweitens hilft diese eben genau in konjunkturellen Baissen und wird dann auch eingesetzt. Drittens behauptet der Gemeinderat, und das ist wohl das denkbar schwächste Argument, wir budgetieren in den nächsten Jahren mit Defiziten. Man könne ohnehin kein Geld zur Seite legen, weder für einen Krisenfonds noch für die finanzpolitischen Reserven. Der finanzielle Spielraum werde durch die Einzahlungspflicht in einen Krisenfonds bloss weiter eingeschränkt. Darauf erwidern wir, dass der finanzielle Spielraum heute schon sehr stark eingeschränkt ist, eben weil man Defizit an Defizit budgetiert und in den nächsten Jahren von den Reserven zehren wird. Das Argument des Gemeinderates ist eine Verdrehung von Ursache und Wirkung. Das Problem ist der Finanzhaushalt, der in Schieflage ist und nicht die Forderung nach einer neuen Reserve. In derselben Logik könnte man zum Beispiel argumentieren, dass wir uns die Kosten zur Bewältigung der Klimakrise nicht leisten können und wir deshalb nichts mehr dagegen machen.
Und schliesslich und endlich behauptet der Gemeinderat, wir haben eine Investitionskrise. Darauf sagen wir, es kommt darauf an, wie man Notwendiges von Wünschbarem trennt. Entweder sind die Investitionen oder meinetwegen andere Ausgaben zu hoch oder die Einnahmen der Stadt eben zu tief. Fakt ist, wir leben auf zu grossem Fuss und es ist ein Märchen, dass alle Investitionen alternativlos sind und wir nur über verlotterte Schulhäuser oder holprige Strassen sprechen hier im Rat. Investitionen sind für Politikerinnen und Politiker immer ein äusserst süsses Gift. Wer eröffnet denn schon nicht gerne einen neuen Spielplatz, einen neuen Park und begrüsst Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger? Wer will schon nicht, dass in einer Legislaturperiode, in der man gewählt ist, möglichst viel beschlossen und nach Möglichkeit auch umgesetzt wird? In der aktuellen GFL-Fraktion gibt es ebenfalls ein paar Vorbehalte gegenüber einer solchen Sicherheitsreserve. Für welchen Ernstfall soll sich die Stadt zum Beispiel wappnen? Müssen wir den Fall im 99,5-Perzentil auch in unserem Stadthaushalt abbilden? Eine weitere Frage ist, ob die Stadt tatsächlich auf Teufel komm raus solche Reserven für den Notfall anhäufen soll. Ist die Äufnung umsetzbar, wenn der Gemeinderat schon heute seine finanzpolitischen Grundsätze nicht einhalten kann und wenn der Stadtrat sich nicht zu einem ausgewogenen Finanzhaushalt durchringen kann, wie dann zu einer Sicherheitsreserve, die noch ambitionierter ist?
Entsprechend wird sich ein Teil der Fraktion bei beiden Vorstössen enthalten. Ihr seht, Finanzpolitik und vor allem eine, die bei einer breiten Mehrheit, bei einer breiten politischen Mehrheit auf Resonanz stösst, ist eine hohe Kunst. Und in diesem Sinne wünsche ich auch der neuen Finanzvorsteherin viel Weitsicht und Spirit in dieser delikaten Kunst. Und an euch gerichtet, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer wie in der Klimapolitik Verantwortungsbewusstsein und Zukunftsorientierung will, der sagt Ja zur Schaffung einer Sicherheitsreserve. Die nächste Krise kommt bestimmt und die Zukunft dankt es euch.

**Präsident**: Vielen Dank, Michael. Ihr könnt euch für die Fraktionsvoten anmelden. Als erstes für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Zuerst schliesse ich mich den Glückwünschen und den Erfolgswünschen von Michael Ruefer an Melanie Mettler an. Wir wünschen ihr auch viel Erfolg, von der SVP, dass sie das angeschlagene Schiff wieder auf Kurs bringt. Die Vorstösse selber lehnen wir klar ab. Ihr erinnert euch – ich bin schon eine gewisse Zeit im Rat –, damals die berühmte Motion Gubser, die wollte, dass man eine Steuersenkung prüft. Nein, man hat es nicht gemacht und was passiert, wenn die Stadt

zu viel Geld hat, sie verdummt es. Was hat sie gemacht? Man hat neues Personal angestellt für Aufgaben, die teilweise sinnlos sind. Bei einigen Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen, zum Beispiel "auawirleben" (Theaterfestival Bern), wurden die Beiträge praktisch verdoppelt. Statt dem Steuerzahler das Geld zurückzugeben, hat man neue Aufgaben gemacht. Eben der Fluch der bösen Tat, ich sage immer, leider haben wir keine Steuersenkung gemacht. Hätten wir die gemacht, hätte die Stadt nicht das Geld verdummt und noch neue Aufgaben gemacht. Jetzt geht es hier wiederum genau darum, wieder so Reptilienfonds zu machen. Ihr habt gesehen, wie die Stadt Bern mit dem Geld umgeht, ihr habt gesehen, wie das wunderbar geht mit der Kita-Krippe, wo man jetzt einen Nachkredit von etwa 9 Mio. Franken oder was auch immer haben muss bzw. Rückstellungen haben muss. Ihr seht, die Stadt kann mit dem Geld nicht umgehen. Man muss die Stadt mit dem Geld knapphalten, sonst wird es verdummet. Man hat es auch im Grossrat sinngemäss gewollt bzw. die Mitte wollte das dann auch, aber man hat es klar abgelehnt. Wir werden die Vorstösse klar ablehnen, wir wollen, dass die Steuerzahler das Geld zurückbekommen, die haben einen Anspruch darauf. Der geht in der Regel, nicht immer, aber in der Regel vernünftiger mit dem Geld um als die Stadt Bern, die irgendwelche Dummheiten macht. Schaut doch jetzt einmal das Citysoftnet an, 28,5 Mio. Franken, die wir wahrscheinlich verbraten haben. Der Kanton hat selber Software, die jetzt kommt. Man hat von Anfang an gewusst, die SVP hat immer gewarnt, dass man hier keine Synergien gewinnt. Wenn man Informatikprojekte mit anderen Kantonen macht, die eine andere Sozialhilfegesetzgebung haben, dann hat man auch gesehen, wie das Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Ihr habt gesehen, was man teilweise für unsinnige Immobilien kauft und nachher das Geld auch wiederum ausgibt, deshalb gibt es für uns hier nur ganz klar zweimal Nein, danke.

**Präsident**: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

**Johannes Wartenweiler (SP)** für die Fraktion: Ich liebe diese völlig wilden Tiraden der SVP, die irgendwo nicht anfangen, nicht aufhören, immer das Gleiche erzählen und nie zu einem Punkt kommen. Ob wir mit dem Geld dumm oder nicht dumm umgehen, ich glaube, da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen und wir sind der Ansicht, dass wir das nicht machen. Ich liebe auch die Logik der Eichhörnchen, die jeden Herbst ihre Haselnüsse irgendwo verstecken und sie dann vielleicht auch nicht mehr finden. Ich finde, die Logik übertragen auf die Stadt Bern, Geld auf die Seite zu stellen für eine schwierige Situation, passt nicht in unsere politische Logik. Ich finde, wir haben zuletzt bei Corona gezeigt, und das war die letzte Krise, in der wir ausserordentlich Geld beansprucht haben, wir haben gezeigt, dass wir Geld flüssig machen können für Mietzinsbeihilfen zum Beispiel und andere Sachen in einem Bereich, den auch das ordentliche Budget durchaus aufzunehmen bereit war. Klar, unsere finanziellen Ressourcen sind beschränkt und wir sind in einer permanent angespannten Lage, aber wir meistern diese Lage plus-minus über all die Jahre erfolgreich. Es gibt überhaupt keinen Grund, jetzt irgendwie in Panik zu verfallen und hier jetzt überhaupt eine politische Diskussion zu führen. Ich finde, es gibt aber auch noch einen anderen Grund, warum man gegen diese Reserven sein muss. Ich glaube, wir sollten uns als Parlament nicht einfach einengen lassen, welches Geld wohin fliessen muss, insbesondere nicht in vorbestimmte Kassen, wo es dann gebunden ist und offensichtlich, wenn es dann nach der Logik der Motionäre geht, nur sehr schwierig freizumachen ist. Ich weiss nicht, welche Krise es dann sein wird, die dieses Geld beanspruchen darf und deswegen würde ich sagen, als Politikerinnen und Politiker in dieser Stadt sind wir gut beraten, wenn wir möglichst situativ reagieren können, wenn wir sehen, dass etwas problematisch ist, dass wir Geld

brauchen. Und nicht eine Reserve aufbauen, von der wir dann jahrelang träumen können, dass sie dort vorhanden wäre, aber wir sie nicht brauchen dürfen, das ist keine intelligente Finanzpolitik.

**Präsident**: Merci, als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Natalie Bertsch.

**Natalie Bertsch (GLP)** für die Fraktion: Unsere Fraktion wird das Postulat annehmen. Antizyklische Finanzpolitik ist nachhaltig und neue Instrumente in diesem Zusammenhang zu prüfen, erscheint uns sinnvoll. Der Vorstoss erscheint in diesem neuen Zeitalter der Instabilität äusserst relevant. Vor ein paar Jahren hätten wir einen solchen Vorstoss nicht diskutiert, aber nach Corona, Inflation und Angriffskriegen in Europa und der Welt, so wie dem Wackeln der Nachkriegsordnung ist es nur rational, neue Krisen zu erwarten und auch vorbereitet sein zu wollen. Für die Motion haben wir allerdings in der Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen. Einige von uns konnten der Argumentation des Gemeinderats folgen, nämlich dass die Krisensituation unscharf definiert ist und der Anwendungsfall dann relativ politisch werden könnte. Auch sollte der Fokus des Gemeinderates auf der Gesundung der Stadtfinanzen liegen. Dann hat die Stadt finanzpolitischen Handlungsspielraum und kann in Krisensituationen Kapital aufnehmen, anstatt jetzt während der anstehenden Investitionsbugwelle weiter Kapital in Spezialfinanzierungen zu binden. Auf der anderen Seite ist die Argumentation des Gemeinderates und ich zitiere: "Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Vorgabe in der Finanzstrategie genügt und es keine weiteren Sicherheiten hinsichtlich möglicher Krisensituation braucht", nicht wahnsinnig überzeugend. Ich habe selber in der letzten Budgetdebatte erleben können, dass der Gemeinderat die Finanzstrategie höchstens als optional betrachtet. Verfehlungen der Finanzstrategie wurden einfach als Fakt präsentiert, mit keinem oder nur so wenig Erklärungen, vor allem ohne spezifische Massnahmen wie diese zu korrigieren sind. Wir erwarten diesbezüglich vom Gemeinderat in dieser Legislaturperiode konkrete Massnahmen und auch eine bessere Kommunikation, denn klar ist auch, dass wenn der Gemeinderat nicht aktiv wird, dann werden Vorschläge aus der Legislative kommen müssen, um diese finanzielle Schieflage zu verbessern. Wie ihr seht, hat dies zu spannenden Diskussionen in der Fraktion geführt und darum auch die Stimmfreigabe.

**Präsident**: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

**Oliver Berger (FDP)** für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen die grundsätzliche Stossrichtung dieser Vorstösse, die für Krisensituationen finanziell vorsorgen wollen. Das ist schlussendlich gesunden Menschenverstand. Die vorliegenden Vorstösse lehnen wir jedoch materiell als nicht zielführend ab. Nebst dem das sich ein bisschen kompliziert und bis zu einem gewissen Grad mit willkürlichen Schwellenwerten operieren, kann man festhalten, dass für Krisenzeiten und das unternehmerische Risiko eigentlich ja das Eigenkapital da ist. Es bringt aus unserer Sicht nicht viel, dass man aus der Passiven heraus mit einer Spezialfinanzierung noch ein neues Töpfchen äufnen will, das man dann noch in einem zu definierenden Not- und Krisenfall vielleicht aufgrund von unklaren Reglementen. gar nicht antasten kann. Die Problematiken bei den Finanzen der Stadt Bern sind nicht in ihren fehlenden zusätzlichen Reserven begründet, sondern primär bei den zu hohen Ausgaben. Die Stadt muss lernen, Mass zu halten und Schulden abzubauen. Es ging also darum, liebe Damen und Herren, Stadträtinnen und Stadträte, beim Budget, und bei der AFP-Debatte ist den Spar- oder Eco-Modus zu schalten, um die Aufgaben und die Ausgaben der Stadt Bern auf ihren Kern

zu reduzieren, anstatt mit "Panem et circenses" (Brot und Spiele), das eigene Elektorat, gnädig zu stimmen. Die Fraktion FDP lehnt sowohl das Postulat als auch die Motion ab. Besten Dank für die Unterstützung.

**Präsident**: Merci dir. Gibt es weitere Voten aus dem Plenum? Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es nicht sinnvoll ist, regelmässig namhafte Beträge in eine neue Spezialfinanzierung einzulegen, eben wie schon erwähnt, weil es nicht klar ist, unter welchen Umständen auf diese Mittel überhaupt zugegriffen werden kann. Es ist dann auch aus buchhalterischer Sicht eigentlich nur ein zweckgebundenes neues Krisenkapital, das keinen Mehrwert bildet, weil wenn man in einer Krise ist, wurde auch schon erwähnt, dann kann ein Staat eben auch Mittel aufnehmen. Wir haben Spezialfinanzierungen, die Eis- und Wasserspezialfinanzierung und die Spezialfinanzierung Schulbauten und wir stellen auch fest, dass diese natürlich die Flexibilität einengen und eigentlich geht es ja darum, dass man sich den politischen Handlungsspielraum erhält oder vielleicht sogar vergrössert. Eigentlich muss ja der politische Handlungsspielraum das Ziel sein in einer Demokratie, wenn man schon beschlossen hat, dass man gemeinsam entscheidet, wie man die gemeinsam erwirtschafteten Mittel auch einsetzen möchte. Und das Instrument, um diesen politischen Handlungsspielraum zu erhalten, wird in der Finanzstrategie definiert und das ist eben das Eigenkapital, die finanzpolitischen Reserven und das Ziel, das dort gesetzt wird, sind die Reserven im Umfang von 120 bis 180 Mio. Franken, die nötig wären, um sich dort ein Polster zu schaffen. Nun eben mit dem finanzpolitischen Spielraum, den wir damit gewinnen würden, mit diesem Eigenkapital in der Höhe der Vorgabe der Finanzschuld, dann wäre das das Instrument, auch um Unvorhergesehenes abzufedern. Man muss natürlich feststellen, keines der finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates wurden in der Vergangenheit erreicht, weder vom Gemeinderat selbst noch hat das Parlament oder haben die Stimmberechtigten ihre Rolle der demokratischen Checks and Balances in dieser Frage einnehmen können. Und ich danke natürlich auch für die Wünsche des Parlaments, an das neue Gemeinderatsgremium hier seine selbstgesteckten Ziele erreichen zu können.

**Präsident**: Vielen Dank, wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über das Postulat, Traktandum 11, ab.

Abstimmung Nr. 015

2024.SR.0147:

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 16 |
| Nein | 48 |
| Enthalten | 3 |

**Präsident**: Ihr habt das Postulat abgelehnt.

**2024.SR.0146**

## 12 Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer/Bettina Jans-Troxler, EVP): Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen

*Traktandum 11 und Traktandum 12 werden gemeinsam behandelt. Siehe Traktandum 11.*

**Präsident**: Wir stimmen ab über die Motion, Traktandum 12.

Abstimmung Nr. 016

2024.SR.0147:

**Ablehnung**

| | |
|---|---|
| Ja | 7 |
| Nein | 54 |
| Enthalten | 7 |

**Präsident**: Ihr habt auch diese Motion abgelehnt.

**2024.SR.0111**

## 13 Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!

**Präsident**: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13. Der Vorstoss "Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!" wurde in ein Postulat gewandelt. Das Postulat bleibt bestritten vom Gemeinderat. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Oliver Berger.

**Oliver Berger (FDP)** für die Einreichenden: Ich halte das Votum im Namen der Florence Pärli Schmid und als Vertreter, respektive als Vertretung von Georg Häsler, der heute Abend nicht da sein kann. 2028 geht der Stadt Bern das Eigenkapital aus. Dazu häuft die Stadt Bern in den nächsten Jahren hunderte Millionen zusätzliche Schulden an und das, obschon die Stadt Bern jedes Jahr mehr Steuereinnahmen hat, vor allem dank unseren Unternehmen. Als Wirtschaftsstandort stehen wir nämlich gar nicht so schlecht an. Aber es ist offensichtlich, die Rechnung, also Verlust und eine sehr hohe zusätzliche Verschuldung trotz stark gestiegener Einnahmen, geht nicht auf. Ich vertrete hier im Namen der FDP eben die Motion von Florence Pärli für die Einführung einer Ausgabenbremse in die Stadt Bern, mit dem Zweck, weniger Schulden zu machen. Ich rede jetzt zuerst zur Sache und im Sinn des Vorstosses, später dann beim Fraktionsvotum habe ich noch die eine oder andere grundsätzliche Überlegung. Also fangen wir mal an.
Bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen in der Stadt Bern kann die Rechnung gar nicht aufgehen. Die Lösung der Ratsmehrheit auf ein Problem lautet viel zu häufig, wir brauchen einfach mehr Geld. Man kann für die Projekte X und Y ja Schulden machen, irgendwo auf dem anonymen Kapitalmarkt. Auch das geht eigentlich nicht auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem nicht ideell. Wir finanzieren in dieser Stadt alles Mögliche mit Geld, das wir in der weiten Welt von den Kapitalmärkten aufnehmen,

bei der UBS, bei der ZKB und wir zahlen dann halt denen, die daran verdienen, hohe Zinsen. Nicht, dass der Mechanismus an sich stören würde, aber es ist schon ein bisschen inkonsequent. In der linken Stadt ist das Kapital offensichtlich eine Art Opium für das Volk, um Karl Marx ad Absurdum zu führen. Zurück zur Sache. Die Motion Pärli will den Gemeinderat beauftragen, eine Vorlage auszuarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen, die per Gesetz verbindliche Vorgaben für einen nachhaltigen Finanzhaushalt festlegt oder noch einmal ein bisschen einfacher formuliert, wir wollen eine Art Ausgabenbremse, die eben wie eine Schuldenbremse wirkt. Der Gemeinderat wedelt unseren Vorstoss mit dem üblichen RGM-Argumentarium ab und mit einer begrifflichen Belehrung, was denn eigentlich mit Konsumausgaben gemeint sei. Ja, vielleicht haben wir halt ein bisschen zu weit gedacht, deshalb sind wir auch einverstanden, die Motion in ein Postulat zu wandeln, damit wir die Möglichkeit eines Instruments zumindest grundsätzlich prüfen können. Die Schuldenwirtschaft begleitet die Stadt Bern seit einer gefühlten Ewigkeit. Nämlich noch, als der bürgerliche Vierer mit am Werk war. In den 90er Jahren haben sich die Schulden von rund 800 Mio. Franken auf fast 1,7 Mrd. Franken verdoppelt und sind angewachsen. Die Stadt hat die Einnahmen einfach direkt wieder ausgegeben und nur zu einem kleinen Teil in die Investitionen in die städtische Infrastruktur. In einem Bericht zur Verschuldungssituation von 2016 steht lapidar, die Situation sei aufgrund fehlender gesetzlicher Vorgaben und unter Ausblendung von betriebswirtschaftlichen und finanzpolitischen Grundsätzen zustande gekommen. Es war eine Höchstzinszeit gewesen.
Ende der 90er Jahre hat die Stadt 85 Mio. Franken pro Jahr nur für Schuldzinsen ausgegeben. Wie sieht das eigentlich heute aus? 2023 hat die Stadt 1,4 Mrd. Schweizer Franken verzinsliche Schulden gehabt, nur die Stadt, die Sonderrechnungen und die Anstalten sind nicht mit eingerechnet. Das belastet das Budget 2023. Wir haben 17,2 Mio. Franken Zinsen gezahlt und das in einem Umfeld mit tiefen Zinsen. Aber, dass das Tiefzinsumfeld bleibt, ist nicht garantiert, vor allem nicht, wenn wir die geopolitische Lage anschauen. Trump bringt die Inflation in den USA nicht runter, eher im Gegenteil, die Europäer machen horrende Schulden, weil sie lange von den Friedensdividenden gelebt haben. Der neue Verschuldungsbericht rechnet bis Ende 2028 übrigens mit einer Gesamtverschuldung von 4,2 Mrd. Schweizer Franken. Am Schluss zahlen wir in dieser Stadt dann vor allem die Zinsen, anstatt dass Steuergelder in Leistungen hineinfliessen, die effektiv der Bevölkerung zugutekommen. Im Verschuldungsbericht heisst es weiter, der Hauptgrund für die hohen Schulden sei die tiefe Selbstfinanzierung trotz steigender Einnahmen. Das heisst, wir geben zu viel aus, wir brauchen eine Ausgabenbremse, damit die Generation von morgen nicht mehr länger die Ausgaben von heute zahlen muss, weil wir mit den Schulden finanziert haben, was wir vielleicht gar nicht hätten finanzieren müssen. Mit der Ausgabenbremse müssen wir klar definieren, welche städtische Leistungen die Bevölkerung effektiv braucht und welche Leistungen nice-to-have sind oder eben sogar schon durch andere Institutionen subsidiär erbracht werden. Im Namen der Fraktion FDP, sagt Ja zu unserem Vorstoss gern eben auch als Postulat, damit die Rechnung auch für die künftigen Generationen von Bernerinnen und Berner aufgeht.

**Präsident**: Merci, Oliver. Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion GB/JA!, Franziska Geiser.

**Franziska Geiser (GB)** für die Fraktion: Unsere Fraktion GB/JA! lehnt das Postulat natürlich ab. Beim Bund können wir im Moment sehen, welche negativen Auswirkungen die Schuldenbremse hat. Es gibt also keinen Grund, diese für Bern einführen zu wollen.

Das Postulat ist wohl ein Überbleibsel des Wahlkampfs vom letzten November. Das Bürgerliche Bündnis hat ja vor allem über Finanzpolitik, also über das Thema Sparen, seinen Wahlkampf gemacht. Das Postulat ist aber grundsätzlich typisch für die bürgerliche Perspektive auf das Thema hier im Rat. Hauptsache die Lage ist immer hochdramatisch. Einmal ist es ein budgetiertes Defizit, auch wenn es moderat ist, ist es eine Riesenkatastrophe, wenn dann aber die Rechnung viel besser herauskommt und aus dem budgetierten Defizit ein positiver Abschluss wird, wie das in den letzten paar Jahren immer wieder gewesen ist, dann ist es plötzlich nicht mehr so spannend. Wenn es nicht das Budget ist, dann ist es das Eigenkapital, das jetzt dann gerade weggeschmolzen ist. Es liegt aktuell bei über 100 Mio. Franken. Grundsätzlich steht Bern in der bürgerlichen Erzählung immer kurz vor der Zwangsverwaltung durch den Kanton. Jetzt also wieder einmal die Verschuldung als das grosse Problem, welches die Existenz unserer Kinder und Kindeskindern gefährdet. Wir teilen die Einschätzung nicht, dass die Verschuldung so problematisch ist. Der Kanton geht davon aus, dass sein Bruttoverschuldungsanteil von 150% noch mittel ist. Die Finanzstrategie peilt 130% an und hält im Moment diesen Wert zumindest noch ein. Klar, wir müssen die Verschuldung mittel- und langfristig im Blick behalten, wir wollen ja nicht Millionen für Zinsen ausgeben. Klar ist aber auch, dass die Verschuldung mit den Investitionen zusammenhängt und nicht mit diesen Konsumausgaben, wie der Vorstoss sagt. Klar ist, wir müssen diese Investitionen machen, wenn wir nicht wollen, dass Schulhäuser oder Schwimmbäder verlottern. Wenn wir diese Investitionen aufschieben, werden sie später halt teurer, da ist dann auch nicht so viel gespart. Klar ist auch, dass die Investitionen im Moment Rekordhoch sind, dass wir sie aber tätigen, darüber besteht eigentlich ein breiter Konsens, der fast immer auch die Bürgerlichen hier im Rat und insbesondere auch die FDP miteinschliesst. Und das ist symptomatisch für die bürgerliche Vorstellung von Finanzpolitik. Wenn ihr sparen wollt, dann müsst ihr doch mal benennen, wo ihr sparen wollt, auf welche Sanierung ihr verzichten wollt, welchen Neubau es nicht braucht. So könnte zumindest eine politische Diskussion zustande kommen. Vorstösse wie dieses Postulat zur Schuldenbremse scheint einfach nur so, als sei es präzise, weil Zahlen drin vorkommen. Aber eigentlich erzählt es immer die gleiche Geschichte, die Geschichte von einer Gegenwart, in der gerade alles noch knapp gut ist und einer dann ganz düsteren Zukunft, aber ohne konkrete Vorschläge, was wirklich eingespart werden soll Und was auch immer gleich ist, das Argument von der Nachhaltigkeit. Wir müssen im Schuldenthema vor allem an die nächsten Generationen denken. Ich glaube, diesen nächsten Generationen hinterlassen wir ein paar gröbere Probleme als einen bestimmten Bruttoverschuldungsanteil, aber das wäre dann ein anderes Thema.

**Präsident**: Merci, für die Fraktion SP/JUSO, Chandru Somasundaram.

**Chandru Somasundaram (SP)** für die Fraktion: Die vorliegenden Forderungen sind, und ich muss es in dieser Deutlichkeit sagen, fahrlässig und wirklich viel zu ideologisch. Sie stellen nämlich die betriebswirtschaftliche Logik über die politische Logik. Die schwarze Null steht in dem Weltbild über allem, egal, wie dringend Investitionen anstehen, egal, welche Herausforderungen auf die Gesellschaft zukommen und egal, ob die Armut zunimmt oder die Stadt Verantwortung für das Klima übernehmen muss. Wenn es nach den Einreichenden ging, müsste all dies zugunsten der viel beschworenen schwarzen Null zurückstehen. So legt man sich eben gerade ein ideologisches Korsett an oder um es in den Worten des Wirtschaftshistorikers Adam Tooze zu sagen, es handelt sich bei der Schuldenbremse um mutwillige Selbstverstümmelung. Von einer Schuldenbremse kann eigentlich auch gar nicht die Rede sein, das ist im besten Fall

ein Euphemismus. Es handelt sich vielmehr um eine Investitionsbremse. Die unnötige Hürde für dringend benötigte Investitionen wird die Steuerung des Haushalts massiv beeinträchtigen. Und anders als das die Motion suggeriert, steckt Bern sein Geld eben nicht in kurzfristigen Konsum, sondern in dringend notwendige Infrastrukturmassnahmen. Die Stadt wächst und mit dem, steigen die Anforderungen an Schulraum, Wohnraum, Verkehr etc. Wir befinden uns also gerade on top eines Investitionszyklus, der das Wachstum auffängt. Wer diesen Investitionen jetzt eine Schuldenbremse entgegensetzt, sorgt dafür, dass die Infrastruktur von Bern verlottert, während mehr Leute in die Stadt kommen, hier leben und hier arbeiten möchten. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik, das ist fahrlässig. Liebe FDP, ihr könnt die Schulden im Haushalt vielleicht tilgen oder es probieren, aber die Schulden sind dann mitnichten verschwunden, sondern sie zeigen sich in Form von maroden Brücken, kaputten Schulen und einem bröckelnden Service Public. Die Frage ist nicht, ob die Schulden gemacht werden, sondern welchen Gegenwert man mit dem Geld schafft. Investitionen in die Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz, Armutsbekämpfung, das sind keine Last, sondern das ist das Fundament der Zukunft unserer Stadt.
Die SP-JUSO-Fraktion möchte den kommenden Generationen keine Ruinen hinterlassen, sondern eine funktionierende Stadt. Schon nur aus Sicht der Generationengerechtigkeit können wir dieser Zukunftsbremse nicht zustimmen. Und neben all diesen Punkten kommt noch dazu, dass die Forderung an sich völlig überflüssig ist. Der Kanton Bern kennt schon ein finanzpolitisches Instrument zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts. Sobald eine Gemeinde einen Bilanzfehlbetrag aufweist, muss sie innerhalb einer bestimmten Frist aufzeigen, wie dieser Fehlbetrag auch wieder behoben werden kann. Und gelingt das nicht, schreitet der Kanton ein. Da hättet ihr doch schon eure Schulterbremse. Und schauen wir noch ins nahe Ausland, erweitern wir den Blick. Gerade vor 2 Wochen hat Deutschland ein Investitionspaket von mehreren 100 Milliarden Euro verabschiedet. Ja, das ist eine finanzpolitische Wende, das kann man weglachen, aber die Realität ist so. Und das ist eben nicht nur in Deutschland zu beobachten. Langsam, aber sicher, befreien sich verschiedene Länder von der unsinnigen Geisel der Austerität, aber leider noch viel zu wenig, um das Leben der Menschen wirklich zu verbessern, sondern leider nur, um aufzurüsten. Und trotzdem schreitet die Erkenntnis voran, dass die Selbstverstümmelung keine Zukunft mehr hat und einer vergangenen Epoche angehört. Die sogenannte Schuldenbremse wird ja auch gerne von den Bürgerlichen auf nationaler Ebene gegen Forderungen von Links ins Feld geführt.
Geht es aber um ihre eigenen Anliegen wie den Kauf von Luxuswaffen, kann die Schuldenbremse nicht schnell genug reformiert werden. Wenn es ideologisch passt, schaufelt man das Geld gerne ins passende Fass ohne Boden. Das habt ihr uns ja eindrücklich bei der Ausgabenerhöhung für die Armee beweisen können. Da greift ihr ja sogar auf die für euch sonst so verhasste Giesskanne zurück und giesst frischfröhlich einmal über eure Klientel in ihrer tarngrünen Uniform. Die Huldigung der schwarzen Null hat noch andere weitreichende Folgen und wir erleben sie auch noch gerade hautnah mit. Wenn das Primat der Betriebswirtschaft über das der Politik gestellt wird, dann entsteht der fatale Eindruck, die Politik sei nur eine Frage von Sachzwängen und Alternativlosigkeiten. Eine Politik, die sich selber in so einen Käfig sperrt, verliert ihre Gestaltungsmöglichkeit. Wer berechtigte Forderungen nach einem besseren Leben als teuer oder unrealistisch abtut, versendet eine klare Botschaft Politik kann nichts verändern. Und genau hier liegt die eigentliche Gefahr, dort, wo demokratische Parteien nicht mehr den Mut haben, echte Alternativen zu gestalten, füllen andere in das Vakuum, nämlich die, die einfachen und autoritären Antworten versprechen. Es ist so auch kein Zufall, dass

rechtsextreme Kräfte dort erstarken, wo die Austerität die Politik zu einer reinen Verwaltung des Status Quo degradiert. Wir Sozialdemokraten lehnen diese Art von Nichtpolitik entschieden ab. Wir wollen eine gestaltbare Zukunft. Geschätzte Anwesende, die SP-JUSO-Fraktion empfiehlt euch, die Zukunftsbremse zurückzuweisen, damit wir weiter Politik für Menschen statt für Zahlen machen können. Danke vielmals.

**Präsident**: Merci, als nächstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Ich muss gleich anfangen, wir hätten den Vorstoss so als Motion unterstützt und jetzt antworte ich gerade rasch Franziska Geiser. Sie hat gesagt, man hätte gescheiter statt dem Vorstoss zur Schuldenbremse Anträge eingereicht. Ich möchte auf die Budgetdebatte verweisen. Wie viele Anträge hat die SVP eingereicht, beispielsweise für ganz massive Kürzungen in der Verkehrsplanung, ganz massive Kürzungen im Kulturbereich, überhaupt teilweise dem Gemeinderat überlassen, massive Kürzungen zu machen, es ist alles abgelehnt worden. Ihr hört es morgen Abend, die die TeleBärn schauen wollen, in Marzili, da hat sogar eine Genossin von euch, Barbara Nyffeler, zu Recht gefordert, dass man in Marzili Kürzungen vornehmen soll, dass man auf den Bootshafen verzichten soll. Man hat das nicht gemacht, jetzt haben wir dafür einen Bootshafen mitten im Marzili-Bad, wo nachher dann der ganze Abfall durch das ganze Bad getragen werden muss. Das bringt wahrscheinlich sehr viele Leute, die das überwachen müssen, viele Mehrkosten mit, aber keinen Nutzen. Wir waren auch beim Waisenhausplatz und Bärenplatz, bei diesem Vorstoss, der Meinung, dass man eine günstigere Variante vorlegen sollte. Das habt ihr abgelehnt, man hat jetzt dort eine Abtretung. Ich bin der Meinung, das geht gerade bei Manifestationen, Demonstrationen, das Gefahren bietet. Ihr habt das abgelehnt. Ich bitte wirklich, schaut all die Anträge, die wir in diesen Finanzdebatten eingereicht haben, an. Ich habe mich bemüht, das muss ich mir jetzt vielleicht auch vorwerfen lassen, wir haben nicht mehr 300 Anträge gestellt, vielleicht wie in anderen Jahren, sondern wir haben es auf etwa 16 oder 17 wichtige Anträge beschränkt, aber auch die waren praktisch alle chancenlos. Also diesen Vorwurf müssen wir mit aller Kraft zurückweisen. Ihr seht, das Problem ist, die Stadt Bern will nicht sparen. Ich habe es schon im vorigen Votum gesagt, wenn man zu viel Geld hat, wird es verdummt und verblödet. Ich habe das Beispiel gebracht, wo man die Kulturausgaben bei gewissen Leistungserbringern gerade verdoppelt hat, man hat neues Personal angestellt für Aufgaben, die unnötig sind, so hat man das Geld verbraten. Deshalb ist dieser Vorstoss richtig. Jetzt komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt. Die Schuldenbremse ist eben wichtig. Es ist immer unangenehm zu sparen, es ist immer schöner, Geld auszugeben und eben gerade dann, wenn es wehtut, muss man halt eben die Schuldenbremse haben, sonst gibt man es für Blödsinn aus. Ihr habt es gesehen, jetzt wollt ihr die halben Strassen wieder aufreissen, aber ich sage es euch immer wieder, das ist mein Evergreen, wenn ihr wirklich Klimaschutz machen wollt, dann müsst ihr das Viererfeld lassen, ihr müsst das Gaswerkareal nicht kaputt machen oder viel kleiner überbauen. Ihr habt zuerst geplant, die "Gumere"-Matte maximal zu überbauen, und dann schlussendlich dank GFL, SP, FDP und SVP haben wir es nachher zustande gebracht, dass wir das verkleinern. So kann man Klimaschutz machen.
Ihr müsst die Allee nach Ostermundigen stehen lassen, aber nicht jetzt dann vielen Milliarden Franken ausgegeben.
*Der Präsident ermahnt den Sprecher, beim Thema zu bleiben.*
Ich bringe nur ein Beispiel, wie die Stadt Bern Geld verschwendet. Ich wurde vorhin angesprochen, man hat mir vorgeworfen, wir hätten noch nie Anträge gestellt. Ich

bringe euch praktische Beispiele, wo wir Anträge gestellt haben. Ich komme jetzt zur Schuldenbremse, dort, wo es eben wehtut. Schauen wir uns jetzt einmal die Schweiz an. Jetzt will man die Schuldenbremse wieder lockern, weil man wieder versuchen wollte ein Päckchen zu machen. Da war die Mitte sehr berühmt, die versucht hat, die Ukraine-Hilfe mit Rüstungsausgaben zu kombinieren. Aber auch Deutschland, wo Merz die Wähler unverschämt angelogen hat, der sich jetzt eine Kanzlerkandidatur schafft mit einer Billion Schulden und eben um die Schuldenbremse so auszuhebeln, wo es noch der alte Bundestag braucht, damit man die Mehrheit noch durchbringt. Das zeigt mir, dass all die fiesen Tricks, die gemacht werden, dass die Schuldenbremse eben etwas Wichtiges ist, etwas, das wir einführen müssen, damit wir hier das Geld des Bürgers schützen und sparen können, und es nicht leichtsinnig verschwendet wird. Ich habe euch immer gesagt, sobald der Staat zu viel Geld hat, wird es verdummt und verblödet. Ich habe euch x Beispiele: Wir können bei Citysoftnet anfangen und hören bei der Velobrücke auf, wo man auch x Varianten durchgeplant hat und jetzt eingestellt hat.
Ihr könnt morgen alle dann bei TeleBärn schauen, was wir für praktische Beispiele gebracht haben, wo man eben sparen hätte können. Ich konzediere das Barbara Nyffeler, sie hat selber auch einen Ansatz gehabt, den ich sehr unterstützt habe, aber auch den habt ihr eben abgelehnt. Ihr habt auch in euren Reihen Leute, die es richtig sehen würden, aber man ist eben nicht bereit zu sparen, man macht dann gerne wieder ein Päckchen, damit man dann halt irgendetwas hat. Dann wird grossartig gesagt, man darf dann nicht beim Marzili sparen, aber ihr werdet sehen mit den Schwimmern und den "Böötler", die sich nachher neu in die Quere kommen und ihr eine unmögliche Querung habt, wie das herauskommt. Deshalb die Schuldenbremse auch als Postulat, selbstverständlich unterstützen wir das geschlossen. Danke vielmals.

**Präsident**: Als nächstes für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

**Oliver Berger (FDP)** für die Fraktion: Il pleut de l'or, so könnte man es zumindest meinen in Bern. Es ist offenbar einfacher, fremdes Geld auszugeben und das Elektorat zu bedienen, als dafür zu sorgen, dass man sparsam wirtschaftet. An die Adresse von Franziska Geiser: Ich weiss nicht genau, wie viele von diesen 50 Anträgen, die ihr abgelehnt habt. Waren es 48, 49 oder 50? Ich bin nicht mehr ganz sicher, man findet es sicher heraus, wenn wir im Protokoll nachschauen. Ich komme zum Votum der Fraktion FDP: Aus aktuellem Anlass erlaube ich mir, noch ein bisschen herauszuzoomen auf einen geopolitischen Kontext. Eine Ausgabe- und Schuldenbremse wirkt aus dieser Perspektive tatsächlich ein bisschen anachronistisch. Der Deutsche Bundestag hat kürzlich mit einer Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz geändert, um die Schuldenbremse zu reformieren. Ausgerechnet Deutschland, das die Südeuropäer in der Euro-Krise vor 15 Jahren gezwungen hat zu sparen, bis es fast nicht mehr gegangen ist. Was war aber das Resultat? Spanien, Portugal, Griechenland und Italien stehen heute wieder auf sicherem Boden und sind finanziell kompetent. Jetzt haben wir aber eine andere Krise, nämlich eine geopolitische. Deutschland will die Schuldenbremse reformieren, um aufzurüsten und die liberale Demokratie zu schützen. Auch der Bund wird nicht darum herumkommen, über solche Fragen nachzudenken. Das geht aber nur, wenn es auch ein Gemeinwesen gibt, das seine Finanzpolitik im Griff hat, das Vertrauen geniesst und auf dem Finanzmarkt Reserven hat.
Deshalb schlagen wir das Instrument vor, damit wir in einer Krise Handlungsfreiheit haben und damit auch diejenigen, die nach uns kommen, noch Geld haben, das sie

gestalten können. Deshalb unseren Vorstoss, eine Ausgabe- und/oder eine Schuldenbremse, die kein Dogma ist, sondern einfach ein Instrument zur Selbstmässigung. Wir wollen fit bleiben, dass wir eben gerade nicht aus ideologischen Gründen für oder gegen Investitionen sind. Wenn ihr mitmacht und unseren Vorstoss überweist, dann haben wir eine Chance zusammen, etwas Massgeschneidertes zu entwickeln, das zur Stadt passt und mehrheitsfähig ist. Auf der Stufe Bund haben bei der Rekapitulation im Jahr 2001 85% einer Schuldenbremse zugestimmt. Vielleicht noch ein letzter Gedanke. Man muss sich schon fragen, was eigentlich unser Kompass ist. Ob rechts oder links ist egal, aber für was stehen wir in unserem Gemeinwesen, was sind unsere Kernaufgaben, wo müssen wir effektive Aufträge erfüllen und wo eben vielleicht auch nicht. Die Finanzpolitik ist vielleicht der Kern unserer Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir uns bei jeder Aufgabe und Ausgabe, die nicht gesetzlich gebunden ist, fragen, ist das jetzt wirklich notwendig und eine Kernaufgabe der Stadt oder ging es eigentlich günstiger ohne Schnickschnack und tausende Auflagen. Aber es fehlt eine verbindliche Definition, was die Kernaufgaben der Stadt Bern sind. Für was die Steuerzahler effektiv etwas zahlen müssen und was sie dafür bekommen. Wir danken euch, wenn ihr diesen gewandelten Vorstoss als Postulat annehmen wollt.

**Präsident**: Merci dir. Als nächstes für die Fraktion GLP/EVP, Maurice Lindgren.

**Maurice Lindgren (GLP)** für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion begrüsst die Initiative der Motionärin für die Einführung einer Schuldenbremse auf Stadtebene. Wir beurteilen auch die Schuldenbremse gerade auf nationaler Ebene sehr positiv, vielleicht im Kontrast zur linken Ratsseite. Sie hat die Verschuldung der Schweiz erfolgreich im Zaum gehalten. Im internationalen Vergleich geniesst die Schweiz eine sehr tiefe Staatsverschuldung, was gleichzeitig die Rolle einer Reserve einnimmt, weil man sich dann im Krisenfall ausserordentlich verschulden kann, ohne gleich in der nächsten Krise zu landen, nämlich in einer Zinsspirale und dann in einer Schuldenkrise und gleich danach in einer sozialen Krise wegen all den Kürzungen etc. Das haben Griechenland und andere ja vorgemacht. Schuldenbremsen sind also eine sehr positive Sache. Die Knacknuss auf Stadtebene ist nun aber, wie man diese Konjunkturlage messen kann. Denn eine gute Schuldenbremse wie eben die auf nationaler Ebene nimmt Rücksicht auf die Konjunktur. Das macht man dort mit den BIP-Daten. Aber wie messen wir das BIP einer Stadt? Wie messen wir die Konjunkturlage in einer Stadt? Dazu gibt es Daten, es gibt Forschung, es gibt auch neue Möglichkeiten und Ideen und dazu möchten wir gerne diesen Vorstoss überweisen. Er wurde nun gewandelt in ein Postulat, um diesen sehr interessanten Fragen nachzugehen und mögliche Lösungen präsentiert zu bekommen. Wir haben nun auch prinzipielle Kritik von Links an der Schuldenbremse gehört, ich möchte hier aber daran erinnern, dass es eine Initiative von Links war auf nationaler Ebene zusammen mit der Mitte, die versucht hat, ausserordentliche Schulden aufzunehmen, um die geplante Aufrüstung der Schweiz zu finanzieren, damit Bildung, Soziales etc. nicht noch härtere Einschnitte erleiden müssen. Auch wenn diese Idee bis dato noch keine Mehrheit gefunden hat, so zeigt dieses Beispiel doch, wie wichtig das Instrument einer Schuldenbremse ist. Denn hätte es die nicht gegeben, wäre die Verschuldungsrate nicht so tief und der Spielraum für diese zusätzliche Verschuldung gar nicht vorhanden, denn bei einer hohen Verschuldung kriegen sie auf dem Markt halt irgendwann einfach kein Kapital mehr oder nur noch zu horrenden Zinsen, wie zum Beispiel damals Griechenland, die dann den nächsten Notfall darstellen. Das ist also nicht einfach nur Wahlkampf, wie gesagt wurde, sondern eine ernsthafte Sache. Auch die Drohung der Verlotterung der Infrastruktur durch die Schuldenbremse ist, wie vom

SP-Sprecher geäussert wurde, Sie entschuldigen die Wortwahl, hanebüchen. Hat doch gerade die Schweiz seit Jahren eine Schuldenbremse und gleichzeitig eine Infrastruktur von weltberühmter Qualität, das geht also sehr gut zusammen. Und der Vergleich mit Deutschland zeigt eben auch, dass diese ausserordentliche Neuverschuldung, die jetzt geplant ist oder möglich gemacht wurde, nur deswegen im Bereich des Möglichen liegt, weil Deutschland vorher eine Schuldenbremse in Kraft hatte und sich so den Spielraum geschaffen hat für eine Steigerung der Staatsverschuldung von ungefähr 60% des BIP auf fast 100% des BIP und sie sich das leisten können in diesem geopolitischen Notfall, in dem sich Deutschland und wohl ganz Europa aktuell befindet. Schuldenbremsen sind also mitnichten eine Selbstverstümmelung, wie gesagt wurde, sondern die Sicherung des finanziellen Handlungsspielraums in der Zukunft und damit ein Instrument der Nachhaltigkeit. Die GLP-EVP-Fraktion findet diese Idee deswegen auch auf Stadtebene sehr unterstützenswert.

**Präsident**: Vielen Dank. Gibt es weitere Voten zu diesem Geschäft? Bernadette Häfliger.

**Bernadette Häfliger (SP)**, Einzelvotum: Ich bin ehrlich gesagt immer ein bisschen alarmiert, wenn Politikerinnen und Politiker ein Politikfeld vollkommen von anderen abkoppeln wollen und dogmatisch werden und genau das passiert meines Erachtens mit dieser Motion. Der Handlungsspielraum zukünftiger Generationen beschränkt sich nicht allein auf den finanziellen Spielraum. Wenn aktuelle Politik es beispielsweise verpasst, das Klima zu schützen, verpasst, soziale Verwerfungen zu reduzieren, und verpasst, die Talente mit welchem Hintergrund auch immer zu fördern, die Bevölkerung vor Kriegen zu schützen, und verpasst, Menschenrechte zu verteidigen, weil sie beispielsweise blind einem Spardogma folgt, dann bleibt der zukünftigen Generation sehr wenig Handlungsspielraum, nicht nur zur politischen Gestaltung, sondern überhaupt zum Leben. Es zeigt sich gerade in den letzten Wochen, dass intelligente Politik nicht mehr nur linear denkt, sondern agil auf bestehende Probleme reagieren können muss. Die Agilität sollte mit dem «whatever it takes» von Merz definitiv auch in bürgerlichen Parteien wieder gesehen werden. Mit gesetzlich oder gar verfassungsrechtlich verbrieften Schuldenbremsen wird die Politik stark an Flexibilität verlieren, denn in einer sich rasant verändernden Welt wird von uns Politiker*innen heute mehr verlangt als ohnehin schon. Natürlich ist mir auch klar, dass sich nicht jedes Problem mit Mehrausgaben lösen lässt. Deswegen fordere ich auch seit Jahren, dass wir uns alle bei staatlichen Aufgaben immer wieder fragen, welche Wirkung wir effektiv erzielen wollen mit unserem Handeln, mit unseren Beschlüssen bei Menschen oder bei der Umwelt. Wir haben erst kürzlich den Verschuldungsbericht der Stadt Bern bekommen. Die verzinslichen Schulden haben seit 2017 zugenommen, und zwar wegen des riesigen Investitionsvolumens, das seither Jahr für Jahr ausgelöst wird. Diese Schulden belasten aufgrund von steigenden Zinsen zunehmend den steuerfinanzierten Haushalt.
Der grösste Teil des zukünftigen Bilanzfehlbetrags ist also auf die Investitionen der letzten Jahre zurückzuführen. Im Verschuldungsbericht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die aktuell konjunkturell angespannte Finanzlage, auf die in früheren Jahren aufgeschobene Investitionen zurückzuführen ist. Ich finde die Qualifizierung der Investitionskosten als a priori gute Ausgaben im Gegensatz zu Kosten für Sozialausgaben, für Klimaanpassungsmassnahmen, Kosten für die Verbesserungen der Chancengleichheit, Kosten für die Bekämpfung der Armut, für Massnahmen gegen Gewalt oder Kosten, um die demografische Alterung der Gesellschaft gut stemmen zu können, als schlechte Ausgaben, ehrlich gesagt eher zynisch. Dass die Renovation eines Bades

den höchsten denkmalpflegerischen Ansprüchen entsprechen muss und deswegen viele Millionen mehr kosten darf, führt bei den allermeisten Menschen nicht zu einem besseren Leben. Wenn allerdings die Stadt Bern mit denen der Motionärin als Konsumausgaben bezeichneten Mitteln beispielsweise die Mobbingprävention in den Schulen verbessert und damit eine der Hauptursachen für psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen reduzieren kann, bedeutet das mehr an Lebensqualität, die weit über einen kleinen Kreis von privilegierten Liebhabern hinausgeht. Es ist unredlich, so zu tun, als ob solche Ausgaben das Problem der Stadt Bern wären. Wie bereits gesagt, ist die aktuell angespannte finanzielle Lage auf das riesige Investitionsvolumen der letzten Jahre zurückzuführen und da gäbe es auch, jenseits der dogmatisch ausgestalteten Schuldenbremsen, Möglichkeiten zum Sparen. Dieser Wille fehlt aber in diesem Parlament "hüben wie drüben". Weil es dem so ist, wäre es ehrlicher, darüber nachzudenken, wie die vorübergehend hohen Investitionskosten gestemmt werden können, ohne dass man den Handlungsspielraum der aktuellen und zukünftigen Politiker*innen auf Bauprojekte beschränken müsste. Soziale Kälte, Raubbau an natürlichen Ressourcen, Ignoranz gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Problemen stehen für mich ganz sicher nicht für eine nachhaltige Politik. Die dadurch entstehenden Schäden sind nicht verantwortbar und haben für die Gesellschaft deutlich tiefergreifende Konsequenzen als einen minimalen Anstieg der Schuldenquote.

**Präsident**: Als nächstes... Jemand meldet sich an und ab und das stört bei mir das Panel. Merci, als nächstes Alexander Feuz.

**Alexander Feuz (SVP)**, Einzelvotum: Nur ganz kurz, nach dieser Debatte habe ich einfach den Eindruck, dass wir noch einmal ein bisschen Adam Smith lesen sollten. Ich habe mich nämlich vorhin erkundigt – ich habe mein Buch nicht abgeholt – und es liegen noch ganz viele im Ratssekretariat. Ihr kennt mich, ich habe auch ein gewisses Herz für Nachhaltigkeit, ich empfehle euch, die zu holen. Wir haben heute einfach wieder einmal gesehen, dass ihr die Schuldenbremse nicht wollt, wie ihr Geld ausgeben wollt, wie sogar gesagt wird, dass wir ja fast nie Anträge gestellt haben. Deshalb empfehle ich euch allen, das Buch, das euch Claudio Righetti hinterlassen hat, abzuholen. Ich habe das Gefühl, für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Rates wäre das sehr von Vorteil, auch wenn es vor einiger Zeit geschrieben wurde. Es ist ein altes Buch, aber gewisse Grundsätze sind immer noch wesentlich und ich habe das Gefühl, nach der heutigen Debatte und den heutigen Voten wäre hier der Input für euch sehr wertvoll. Merci.

**Präsident**: Dann für den Gemeinderat Melanie Mettler.

**Melanie Mettler**, Direktorin FPI: Der Gemeinderat beantragt, dem Stadtrat mit dem Beschluss vom 30. Oktober 2024 die Motion abzulehnen. Zum Vorstoss als Postulat äussert er sich nicht. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine Schuldenbremse in der konkret definierten Form dringend nötige Investitionen verhindern und die Entwicklung der Stadt verhindern würde. Dazu kommt, dass mit dem Projekt FISBE (Finanzielle Steuerung und Berichterstattung der Stadt Bern) ein wichtiger Schritt zur Verwesentlichung der finanzpolitischen Berichterstattung und zur Stärkung der finanzpolitischen Steuerung gemacht worden ist. Und neben den finanziellen Eckwerten im AFP und durch die in der Finanzstrategie vorgegebenen Rahmen, sowie den kantonalen Vorgaben drängen sich aktuell keine zusätzlichen Regelungen für verbindliche Vorgaben zur Sicherstellung eines Finanzhaushalts auf. Der Gemeinderat lehnt die Motion ab. Er

sieht keinen Mehrwert von zusätzlichen Regelungen. Wenn die Stadt aber die bestehenden Ziele und Vorgaben umsetzen würde, wären die Finanzen nachhaltig.

**Präsident**: Vielen Dank, wir kommen somit zur Abstimmung über das Postulat. Wenn ihr das erheblich erklären wollt, stimmt ihr Grün und sonst Rot.

Abstimmung Nr. 017

| 2024.SR.0111 | |
|---|---|
| **Ablehnung** | |
| Ja | 22 |
| Nein | 43 |
| Enthalten | 0 |

**Präsident**: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Bitte kurz aufpassen. Bei der Erstellung der Traktandenliste für die heutige Sitzung ging ich davon aus, dass wir spätestens Mitte der zweiten Sitzung bei der SUE ankommen. Einmal mehr war bei dieser Traktandierung offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Da die Wahl in die Tierparkkommission aber heute erfolgen muss, lassen wir Traktandum 14 aus und kommen somit zu Traktandum 15, damit wir diese Wahl durchführen können. Wird diese Änderung der Traktandenliste bestritten? Das ist nicht der Fall.

*Änderung der Traktandenliste: Traktandum 14 wird ausgelassen und es folgt Traktandum 15.*

**2025.SUE.0002**

## 15 Tierpark Bern; Gesamterneuerungswahl der Tierparkkommission

**Präsident**: Wir kommen somit zu Traktandum 15, es ist ein Wahlgeschäft: Tierpark Bern; Gesamterneuerungswahl der Tierparkkommission. Dieses Geschäft kommt direkt vom Gemeinderat ins Parlament und war somit nicht in einer vorberatenden Kommission. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Wahl. Nominiert sind Martin Krebs, SP, Benjamin Zumbühl, Grünes Bündnis und Samuel Nüesch, Tier im Fokus. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Dann scheint das nicht der Fall zu sein. Wir wählen mittels Handerheben. Seid ihr damit einverstanden, die 3 Personen im Globo zu wählen? Das scheint auch der Fall zu sein. Dann bitte mit Handerheben. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann sind diese 3 Herren gewählt und ich gratuliere Ihnen zur Wahl und zum neuen Amt.

*Einstimmige Wahl*
Ich erlaube mir, die Sitzung hier zu beenden. Wenn wir jetzt noch ein neues Traktandum beginnen würden, könnten wir das erst in 4 Wochen nach den Frühlingsferien abschliessen. Wie gesagt, wir haben jetzt 4 Wochen Pause, ich habe das Gefühl, die brauchen wir. Ich wünsche euch schöne Frühlingsferien, gute Erholung und wir sehen uns Ende April wieder.

**Verschoben und eingereicht**

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
Traktandum: 16 | 2023.SR.0221
Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken
Traktandum: 17 | 2024.SR.0014
Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum
Traktandum: 18 | 2024.SR.0028
Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz)/Simone Machado (GaP): Tierpark Bern: Der Streichelzoo und der Spielplatz an der Aare dürfen nicht abgeschafft werden! Es muss langfristig sichergestellt werden, dass in diesem Perimeter ein frei zugänglicher grosser tiergerechter Streichelzoo und ein attraktiver Kinderspielplatz bestehen bleiben. Die entsprechenden Reglemente sind entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls sind entsprechende Kreditvorlagen auszuarbeiten
Traktandum: 19 | 2024.SR.0015
Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein
Traktandum: 20 | 2023.SR.0256
Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Personalprobleme im Tierpark Bern: Eine unabhängige anonyme Mitarbeiterbefragung ist gefordert
Traktandum: 21 | 2023.SR.000078
Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!, AL/PdA (Barbara Keller, SP/Lea Bill, GB/Eva Chen, AL): Niemand soll im Dunkeln sitzen
Traktandum: 22 | 2022.SR.000229
Postulat Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich/Tanja Miljanovic, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Energieschub für individuelle Heizkostenabrechnungen!
Traktandum: 23 | 2024.SR.0172
Postulat Florence Pärli Schmid (JF)/Simone Richner/Ursula Stöckli/Oliver Berger (FDP): Dauer des Baubewilligungsverfahrens halbieren!

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
Es wurden ausserdem folgende Anträge eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisionen/6861086771.php
2025.SR.0097 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Langfristige Sicherstellung der Gasversorgung
2025.SR.0096 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Prüfung der Weiterverwendung des Gasnetzes: z.B. Verkauf an Dritte Abgabe im Baurecht? Wie können die drohenden Verluste, die infolge des vorgesehenen Abbruchs der bestens ausgebauten Gasleitungen entstehen, minimiert werden?
2025.SR.0095 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Digitale Jugendarbeit in Bern: Neue Wege für eine vernetzte Jugend
2025.SR.0100 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen
2025.SR.0098 | Postulat | Erledigt
Dringliches interfraktionelles Postulat: Alternative Wärmeversorgung Viererfeld prüfen
2025.SR.0103 | Kleine Anfrage | Erledigt
Kleine Anfrage: Feminismus Demo in Bern: Störungen ÖV: Was unternehmen die Behörden in Zukunft, damit die ÖV Benutzer zumindest ein Grundangebot während den Demos haben?
2025.SR.0102 | Kleine Anfrage | Erledigt
Kleine Anfrage: Wiederherstellung der Baumallee an der Thunstrasse 100-110
2025.SR.0101 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Kritische Fragen zur Verzögerung Tram Bern Ostermundigen: Prüfung Busbetrieb?
2025.SR.0094 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Umsetzung der am 1.1.2024 in Kraft getretenen Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
2025.SR.0099 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Fraktion SP/JUSO Armutsbetroffenheit von alleinerziehenden Eltern in der Stadt Bern – Gründe und Massnahmen

**Schluss der Sitzung: 22.24 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi